

Internationale Strategie

Publikation der Trotzkiistischen Fraktion - für die Vierte Internationale

2

Herbst/Winter 2006-2007

NAHER OSTEN

*Imperialisten
und Vasallen
raus aus dem Libanon!*

LATEINAMERIKA

Mexiko

*Verteidigen wir die
Kommune von Oaxaca!*

*Für ein revolutionäres
Programm und eine
revolutionäre Strategie*

Argentinien

*Nach drei Jahren
Kirchner-Regierung*

*In Kirchners Argentinien
sind 95% der Schlächter
weiterhin straffrei*

Bolivien

*Es lebe der Kampf
der lohnabhängigen
Bergarbeiter in Huanuni!*

*Gefahren und Herausforderungen
Die kubanische Revolution
und der Marxismus*

Kuba am Scheideweg

**Welche Fragen wirft
die Machtübertragung
in Kuba auf?**



POLITISCHE THEORIE

Trotzki und die Rätedemokratie

*Jenseits von liberaler
Demokratie und Totalitarismus*

DEUTSCHLAND

NACH DER BUNDESTAGWAHL

**Kapitalistischer Angriff und
Vertiefung der Risse im Regime
der Nachkriegszeit**



Inhalt

Seite

DEUTSCHLAND

Deutschland nach den vorgezogenen Wahlen: Eine Bilanz

Kapitalistischer Angriff und Vertiefung der Risse im Regime der Nachkriegszeit 4

INTERNATIONALES

Naher Osten

Imperialisten und Vasallen raus aus dem Libanon! 9

Mexiko

Für den Konstituierenden Kongress der APPO

Für ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Strategie 11

Mexiko

Verteidigen wir die Kommune von Oaxaca 13

Kuba

Welche Fragen wirft die Machtübertragung in Kuba auf? 15

Gefahren und Herausforderungen

Die kubanische Revolution und der Marxismus

Kuba am Scheideweg 16

Argentinien

Nach drei Jahren Kirchner-Regierung 39

Argentinien

Eine politische Krise hat sich aufgetan

In Kirchners Argentinien sind 95% der Schlächter weiterhin straffrei 40

Bolivien

Es lebe der Kampf der lohnabhängigen Bergarbeiter in Huanuni! 42

THEORIE

Trotzki und die Räte-demokratie

Jenseits von liberaler Demokratie und Totalitarismus 44

Die **Trotzkistische Fraktion- für die Vierte Internationale (FT)** ist eine internationale Strömung, die sich das marxistisch-revolutionäre Erbe Lenins und Trotzki's auf ihre Banner geschrieben hat.
Wir vertreten die Auffassung, dass allein die Selbstorganisation aller Unterdrückten und Ausgebeuteten der Schlüssel zur Befreiung aus der kapitalistischen Barbarei ist.
Wir kämpfen wir für den Aufbau revolutionärer Parteien in allen Ländern der Welt, mit dem Ziel der Rekonstruktion der IV Internationale, einer Weltpartei für die sozialistische Revolution. Diese muss unbarmherzig gegen Klassenkollaboration, Opportunismus und alle anderen Kräfte, die die Arbeiterklasse verraten, vorgehen.
Wir rufen alle echten Revolutionäre dazu auf, mit uns gemeinsam auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Denn nur wenn wir einen eindeutig klassenpolitischen Kampf führen, kann sich in der Arbeiterklasse ein Klassenbewusstsein entwickeln. Nur in diesem Kampf, indem sie den Verrat ihrer traditionellen Führung erlebt, wird sie erkennen, dass sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen muß. Die Trotzkistische Fraktion (FT) besteht aus der PTS (Partido de Trabajadores por el Socialismo) in Argentinien, der LTS (Liga de Trabajadores por el Socialismo) in Mexiko, der LOR-CI (Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional) in Bolivien, der LER-QI (Liga Estrategia Revolucionaria) in Brasil, der CcC (Clase contra Clase in Chile), CcC (Clase contra Clase) im Spanischen Staat und Genossen in Europa.
Um mit uns Kontakt aufzunehmen, schreiben sie uns eine E-mail an kontakt@ft-europa.org und besuchen Sie unsere Internetseite unter <http://www.ft-europa.org> bzw. <http://www.ft-ci.org> (Spanisch).

Impressum

Herausgegeben von de FT-Europa, Herbst/Winter 2006
(V.i.S.d.P.) Fracción Trotskysta
Casilla de Correo 1375 - Correo Central (1000)
Buenos Aires, Argentinien

Editorial

In dieser Ausgabe der Internationalen Strategie ziehen wir eine Bilanz der schwachen Regierung aus SPD und CDU, die bisher ihre Ziele schleppend vorantreibt. Dabei besprechen wir den Verlust an institutioneller Legitimität und deren Folgen für die Massen in Deutschland.

Trotz der relativen Schwäche der Koalitionsregierung liegt ihre Fähigkeit, die Vertiefung der massiven Verarmung durchzusetzen, in dem Fehlen unabhängiger Arbeiterinnenkämpfe und der Abwesenheit einer politischen Opposition, die bereit wäre den offenen Kampf aufzunehmen. Dabei ist der beste Schützenhilfe für die kapitalistischen Angriffe die Gewerkschaftsbürokratie, die immer noch in der Lage ist, den Kampfgeist und -bereitschaft der Arbeiter durch Verrat und Lüge zu dämpfen.

Angesichts der israelischen Aggression gegen den Libanon stellen wir uns klar auf der Seite der libanesischen Massen trotz ihrer klerikalen Führung. Ziel der israelischen Offensive, die im Rahmen einer relativen, wenn auch prekären, imperialistischen Einigkeit stattfand, war es, den Widerstand sowohl seitens einiger palästinensischen Organisationen, sowie der Hisbollahmilizen im Südlibanon endgültig zu brechen und dadurch all jene Kräfte zu zerstören, die sich, wenn auch auf reaktionäre Weise, noch der Zweistaaten-Lösung der Palästinenserfrage widersetzen. Das Scheitern der israelischen Aggression hat die imperialistische Rettungsmaschinerie in Bewegung gesetzt, um den Völkern der Region und der Welt zu signalisieren, dass niemand sich den imperialistischen Diktaten widersetzen kann, ohne seine Selbstbestimmung zu verlieren.

Über die Lage in Lateinamerika haben wir zwei Artikel unserer mexikanischen Sektion, der LTS-CC, über die jüngsten Ereignisse in Oaxaca, wo der Kampf der Lehrgewerkschaft um bessere Löhne sich in einen politischen Kampf verwandelt, dem sich immer weitere Teile der Bevölkerung anschlossen, bis die Bewegung zu einer alternativen Macht auf lokaler Ebene wurde, die die bürgerliche Regierbarkeit in Oaxaca in Frage stellt: Die APPO (Volksversammlung der Völker von Oaxaca). Die Doppelmacht, die in Oaxaca herrscht, drückt sich darin aus, dass die Massenmedien den Kampf koordinieren, die Solidarität ausdehnen und der Unzufriedenheit der Unterdrückten Ausdruck verleihen. Dies ist ein Umstand von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit, da er zum erstenmal ermöglicht, dass die Stimme der kämpfenden Arbeiter und des Volkes bis zu den Ohren jener gelangt, die genauso unterdrückt und ausgebeutet werden. Im Artikel „Für ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Strategie“ verdeutlicht die LTS-CC die Notwendigkeit eines revolutionären Programms für den Konstituierenden Kongress der APPO.

Wie die Frage nach der plötzlichen Erkrankung Castros bewies, ist, angesichts des wachsenden imperialistischen Drucks und der Stärkung der pro-kapitalistischen Tendenzen in Kuba, die einzige sozialistische Revolution auf dem amerikanischen Kontinent und eine Analyse der allgemeinen Tendenzen in Politik und Wirtschaft notwendiger denn je. In Kuba haben die von der „castristischen“ Bürokratie eingeleiteten Reformen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ausbleiben der Subsidien Anfang der 90. Jahren zur Entwicklung sozialer Kräfte geführt, die die Zukunft der kubanischen Revolution gefährden. Schlimmer noch, der US Imperialismus zusammen mit den europäischen Imperialismen, insbesondere der Spanische, üben Druck auf die kubanische Führung aus, damit diese demokratische und wirtschaftliche Reformen durchführt. Sollten diese Reformen tatsächlich implementiert werden, implizierte dies den Zusammenbruch des kubanischen Arbeiterstaates. Daher wollen wir mit diesem Artikel, der Teil eines in Estrategia Internacional Nr. 20 erschienenen Dossiers ist, dazu beitragen, die ideologischen Maßnahmen zu treffen, um die Massen gegen diese Perspektive vorzubereiten und den Kampf mit geschliffenen Schwertern aufzunehmen.

Wir ziehen auch eine Bilanz der Regierung Kirchners, die Befragungen zufolge ihr drittes Amtsjahr auf einem sehr hohen Popularitätsniveau absolviert hat. Dennoch, trotz Kirchners kritischer Rhetorik gegenüber der „neoliberalen Politik der 90er Jahre“, verfolgt das gültige Wirtschaftsschema weiterhin neoliberale Ziele. Die „linke“ Rhetorik auf Menschenrechtsebene wurde aber mit der bitteren Realität konfrontiert: Das Verschwinden von Julio López, das aller Wahrscheinlichkeit nach durch Sektoren der Polizei von Buenos Aires und ultrarechten Gruppen durchgeführt wurde. Über die Strafflosigkeit im demokratischen Argentinien wird „In Kirchners Argentinien sind 95% der Schlächter weiterhin straffrei“ berichtet.

Ende September Anfang Oktober ist es in Huanuni, dem größten Zinnfundort Boliviens zu schweren Zusammenstößen mit fast 20 Toten zwischen den mit der MAS Regierung verbündeten Kooperativisten und den von der staatlichen Bergbaugesellschaft COMIBOL beschäftigten lohnabhängigen Bergarbeitern gekommen. Die Mine Huanuni, die in der Hochzeit des Neoliberalismus privatisiert worden war, wurde von ihren Arbeitern nach einem Scheinbankrott des ausländischen Investors vor ein paar Jahren für den Staat zurückerobert. Als die Gewerkschaft in Huanuni ihre Arbeitsplätze in Gefahr sah und zudem die von ihnen erfolgreich durchgesetzte „Nationalisierung“ des Cerro Posokoni durch die Privatisierungsabsichten und den Angriff der Kooperativisten in Frage gestellt wurde, organisierten sie die Selbstverteidigung des Bergwerks und entwarfen einen strategischen Plan in Zusammenarbeit mit den Bauern und den Arbeitslosen der Region, zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze. Dies garantierte ihnen die breite Unterstützung der Bevölkerung und nach dem Sieg der FSTMB muss die MAS sich schweren Herzens in das Schicksal fügen, mit den Kooperativen brechen und eine Politik der „Nationalisierung“ der Bergwerke verkünden. Die Erfahrung von Huanuni zeigt, wie sich die Arbeiterklasse organisieren und ihre strategischen Alliierten an sich ziehen kann.

Im Artikel „Jenseits von liberaler Demokratie und Totalitarismus“ wird der beschränkte Horizont der zeitgenössischen Politiktheorien, die von dem falschen Gegensatz zwischen „Demokratie“ und „Totalitarismus“ bestimmt wird, aus einem marxistischen Blickwinkel kritisiert. Diese vulgäre Vereinfachung der komplexen Ereignisse des Klassenkampfes bemüht sich mehr als ein-einhalb Jahrhunderte Geschichte der Arbeiterklasse zu ignorieren und jegliche revolutionäre Erfahrung auf den Stalinismus in seinen verschiedenen Varianten zu reduzieren.

Kapitalistischer Angriff und Vertiefung der Risse im Regime der Nachkriegszeit

Von: Mark Turm
28.09.06

Die vorgezogenen Wahlen des vergangenen Jahres waren das Ergebnis der Glaubwürdigkeitskrise der „rot“-„grünen“ Regierung und ihrer neoliberalen Politik, die sich in einer Vertiefung der Ablehnung des institutionellen Systems und der Gesamtheit der führenden politischen Klasse ausdrückt. Die Regierung der sozialdemokratisch – christdemokratischen Koalition ist das Ergebnis schwieriger Verhandlungen, deren Ergebnis ein Abkommen über gemeinsame Ziele, das heißt ein Regierungsprogramm, war oder in den Worten der Repräsentanten der Bourgeoisie „die schlechteste vorstellbare politische Möglichkeit“. Daher ist die gegenwärtige schwarz-„rote“ Regierungskoalition sehr schwach. Deshalb hat sie bis jetzt nicht gewagt, das im Regierungsprogramm vereinbarte Paket von Gegenreformen ganz durchzusetzen. Das Programm sieht vor „Höhere Steuern. Weniger Subventionen und steuerliche Vergünstigungen. Ein längeres Arbeitsleben(...)“, wie ein Journalist der Süddeutschen Zeitung zusammenfaßt.

Die gegenwärtige Regierung hat sich bisher darauf beschränkt, die Einführung zweitrangiger Aspekte des Programms anzukündigen oder wie ein politischer Analytiker sagte: „die Arbeit der Großen Koalition ist noch unsichtbar, der Zahnarzt hat noch nicht angefangen zu bohren“.¹

Sowohl die Kapitalisten als auch die Regierung wollen und müssen –aus kapitalistischer Sicht– die Angriffe auf die Arbeiterklasse verstärken, die gegenwärtig im Rahmen einer leichten ökonomischen Belebung stattfinden (der Außenhandel bleibt die Hauptader der deutschen Wirtschaft), der größten in den letzten sechs Jahren, die nach den Monaten der ökonomischen Stagnation 0,4% über dem Wirtschaftswachstum des letzten Jahres liegt.²

Dabei erhalten sie wertvolle Schützenhilfe seitens der Gewerkschaftsbürokratie, die mit ihrer

Kompromissbereitschaft und Kampfablehnung, „Standort“-Logik und Desorganisationstätigkeit eine große ideologisch-organisatorische Hürde für die Kräftenammlung und Vorbereitung effizienter Verteidigungsmaßnahmen ist.

Die Kraft dieser heiligen Allianz aus Kapital, Regierung und Gewerkschaftsbürokratie liegt also eher in ihrer Fähigkeit, die Arbeiterreihen erfolgreich zu desorganisieren sowie in der Unfähigkeit des Proletariats die Passivität und den Skeptizismus, in denen ihre Organisationen versunken sind, zu überwinden.

Der bürgerliche Block ist auch alles andere als homogen: Es sind kleine Risse in seinem Zusammenhalt zu bemerken, wie die Ablehnung von Teilen des Handelssektors gegenüber der Vertiefung der Maßnahmen, die die Großbourgeoisie von ihrer Regierung verlangt, zeigt. Auch der Legitimitätsverlust Angela Merkels, die sinkenden Umfragewerte der Regierung, der Mitgliederschwund bei CDU und SPD, die Korruptionsvorfälle in der Wirtschaft und Politik, usw. tragen maßgeblich zur Unruhe in den Reihen der Kapitalisten bei.

Daher sieht sich die Regierung zu einem langsameren Tempo gezwungen, um die politische Situation nicht übermäßig anzuspannen und um zu verhindern, daß die ramponierte Regierung ihre fragile Legitimität in den Augen der Massen verliert und ihre ebenfalls fragile Stabilität weiter zu belasten. Während die SPD zu beweisen versucht, Hüter der Schwachen zu sein, indem sie verbal natürliche Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise und –logik kritisiert, zieht die CDU am anderen Ende des Stranges und kritisiert die SPD der Logik des Marktes zu wieder zu laufen.

Das Ergebnis erleben wir zur Zeit: die Politik der „kleinen Schritte“, die „schmerzhaften Entscheidungen“ bedeuten (A. Merkel), wie die von der

Regierung angestrebte indirekten Steuererhöhung durch allgemeine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 % ab 2007.³ Größere Schritte werden vorerst vertagt, wie der Kündigungsschutz, ein Eckstein im Koalitionsvertrag, der einerseits aufgrund der zahlreichen Kritiken seitens der fünf Wirtschaftsverbände BDA, BDI, DIHK, HDE und ZDH die ihn als unzureichend abgelehnt hatten, andererseits aufgrund der Spannungen in der Regierungskoalition im Rahmen allgemeiner Ratlosigkeit angesichts sinkender Umfragewerte, vorübergehend fallengelassen wurde.

Der deutsche Imperialismus: den inneren Feind schlagen um den äußeren bekämpfen zu können

Die Schwierigkeiten der Regierungskoalition ihr mühselig erarbeitetes Regierungsprogramm durchzusetzen, im Vergleich zu der rasanten Geschwindigkeit mit der die sozialdemokratische Regierung die Verelendungsmaßnahmen durchsetzen konnte, stellt ein Hindernis für die deutsche Bourgeoisie dar ihre Ziele so bald wie möglich verwirklicht zu sehen. Kurz gesagt ist das Ziel der Bourgeoisie im Inneren, das Gleichgewicht des Klassenkampfes zu ihren Gunsten zu verschieben, indem sie mittels der Verringerung der Arbeitskosten, starke Schläge gegen das Proletariat führt, um nach außen ihr europäisches Projekt wieder beleben zu können und dadurch unter besseren Bedingungen ihre imperialistischen Konkurrenten herausfordern zu können.

Die Wiederbelebung des europäischen Projektes, aber jetzt ohne Frankreich, das sich in einer tiefen politischen Krise befindet, ist jedoch ein schwer zu erreichendes Ziel geworden, das aber trotzdem notwendig ist. Deutschland, arm an Naturschätzen, benötigt eine Verhandlungsbasis, um den Zugang zu Energiequellen in Ländern wie Rußland oder Iran zu sichern, die durch die

nordamerikanische und europäische Schwäche auf internationalem Gebiet fähig sind, bessere Verhandlungsbedingungen auszuhandeln. Das europäische Projekt hat nur dann sichere Perspektiven der Lebensfähigkeit, wenn die deutsche Bourgeoisie fähig ist, bedeutende Siege im Inneren zu erreichen, das heißt der deutschen ArbeiterInnenklasse bedeutende Niederlagen zufügen kann: die Erhöhung des Ausbeutungsgrades und, in den nächsten zehn Jahren, die Schaffung einer Reservearmee oder eine Ultraprekarisierung von ungefähr 20 – 25 % der aktiven Bevölkerung. In diesem Sinne ist es, daß aus dem industriellen Sektor eine Million Arbeitsplätze (um 5 %) in Sektoren der weniger technisierten Produktion verlagert werden, die mehr manuelle Arbeit bedeuten. In Deutschland gibt es gegenwärtig ungefähr 34 Millionen Lohnarbeiter bei einer Bevölkerung von 82 Millionen. Die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt 5 Millionen, das bedeutet 11 – 12 % auf nationaler Ebene. Zu ihnen kommt hinzu die eine Million neuer Arbeitsloser im industriellen Sektor in den nächsten zehn Jahren und die Arbeitslosen, die durch den Technologiewandel und die Erhöhung der Ausbeutungsrate entstehen sowie die verdeckte Arbeitslosigkeit (Menschen die sich in Projekten der „Umschulung“, der Zeitarbeit usw. befinden), ungefähr eine Million, die dieser Zahl hinzuzurechnen sind.⁴ Gemeinsam damit strebt die Bourgeoisie die Einführung und/oder Vertiefung eines technologischen Wandels an, um so einen höheren Produktivitätsgrad zu erreichen, um mit neuer Stärke die Eroberung neuer Märkte oder direkt und ökonomisch die USA herauszufordern, wie wir jetzt im Fall von Indien sehen, das nach Schätzungen von Analysten dazu in der Lage ist, in den nächsten zehn Jahren Investitionen von ungefähr 150 Milliarden Euro aufzunehmen: Merkel und Singh vereinbarten, die indisch – deutschen Beziehungen in der Energiepolitik zu intensivieren. Nach



Wilderstreik bei Opel

dem Treffen sprach Merkel von einem „neuen qualitativen Schritt“.

Außenpolitik

In der internationalen Politik verteidigt der deutsche Imperialismus, und daher Angela Merkel, eine offen atlantistische Position. Sie hat einen doppeldeutigen Diskurs, der durch eine „Annäherung“ an die USA auf dem Gebiet der „westlichen Werte“ angesichts der Bedrohung durch den „moslemischen Terror“ charakterisiert ist. Das ist eine Gegenposition zur gegen den Krieg gerichteten und populistischen Rhetorik ihres Vorgängers Schröder. Auf geopolitischem Gebiet wird im Gegensatz dazu nach Möglichkeiten dafür gesucht, sich von den Yankees abzugrenzen, wenn möglich zu vermeiden, mit den USA verbunden zu sein, deren historischer Niedergang sich sehr schnell durch den strategischen Fehler im Irak beschleunigt hat, als der Irak besetzt wurde, ohne die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen dieser einseitigen Entscheidung zu beachten

Das ist jedoch kein Hindernis, um im Irak zusammenzuarbeiten, wie G. W. Bush einer wichtigen deutschen Zeitung sagte „mit Deutschland haben wir – sowohl bei der gegenwärtigen als auch der vorherigen Regierung, eine enge Zusammenarbeit und einen intensiven Austausch zwischen unseren Geheimdiensten und Polizeien“⁵, und gemeinsame Sache im „Kreuzzug“ gegen den Terrorismus zu machen.

Die Notwendigkeit eine „neue“ Aufteilung der Märkte zu beginnen, führt den deutschen Imperialismus zu einem größeren politischen Protagonismus auf internationalem Niveau, mit den „Pflichten“, die diese Haltung beinhaltet. In diesem Sinne und hinsichtlich des Konfliktes über die iranischen Nuklearanlagen sagte Merkel „wir befinden uns in einer Phase neuer Konflikte, jedoch handeln wir sowohl mit Entschiedenheit als auch vorsichtig“ und daß „der Verhandlungsspielraum noch nicht erschöpft ist“.⁶

Der wachsende politische Protagonismus seinerseits zwingt zu großen Militärinterventionen im Ausland wie die Entsendung der Marine vor die Küsten des Libanon, um jene zu bekämpfen, die die Existenzberechtigung Israels in Frage stellen, der Stationierung von Truppen in Afghanistan oder die Sendung von Truppen nach Kongo „damit die EU und

Deutschland legal und gemäß den Interessen der Marktwirtschaft die reichen Bodenschätze an Wolfram, Mangan, Kupfer und Coltan ausbeuten können“⁷ oder genau wie die langfristige Unterhaltung von Truppen am Horn von Afrika.

Deutschland strebt jedoch, sich seiner ökonomisch-militärischen Grenzen bewußt, keine imperialistische Führungsrolle gegenüber den USA an. Die EU, geschwächt durch die letzten Ereignisse in Frankreich (das Nein, zur europäischen Verfassung, die Explosion in den Vorstädten und zuletzt die Rebellion gegen den CPE), versucht wenn möglich ihre Außenpolitik gegenüber den USA zu koordinieren. Das ist an der von Frankreich und England in Zusammenarbeit und mit Hilfe Deutschlands eingereichten Resolution über die Urananreicherung im Iran zu sehen. Deshalb erklärten der Außenminister Steinmeier und andere hohe Beamte der Bundesregierung, daß Deutschland „trotz der guten Beziehungen zu Teheran keine Vermittlerrolle“ übernehmen kann, weil es „die selben Besorgnisse wie viele andere Länder“ hat. Andernfalls würde „Deutschland sich übernehmen“.⁸ Gegenüber dem iranischen Nuklearprogramm tritt Deutschland für einen diplomatischen Weg ein und fordert von den USA direkte Kontakte zum Iran. Die EU erhofft, nach den Worten ihres Chefdiplomaten Solana, „eine diplomatische Lösung. Der Sicherheitsrat muß intervenieren“.⁹

Ideologische Umkehr

Auf ideologischem Gebiet sind das Ausmaß der Kürzungen, die schnelle Verarmung großer Teile der Massen¹⁰, die wachsende soziale Unsicherheit, der deutliche Prozeß des Verschwindens des „Sozialstaates“, der gemäß dem Bundesminister der Finanzen Steinbrück (SPD) „keine Zukunft hat“, und das Ende des Status Quo der Nachkriegszeit, der Beginn einer „ideologischen Umkehr“. Das beinhaltet eine Konsolidierung des Skeptizismus gegenüber der bürgerlichen Demokratie zusammen mit deren tiefer Erosion die Erosion ihrer Institutionen und ihrer Auswechsel-Mechanismen. Alles mit dem Geruch des Neoliberalismus ist verdächtig. In einem Fernsehprogramm dachten einige „Philosophen“ nicht über das Thema der Sendung nach, ob der Kapitalismus im Widerspruch zur Demokratie steht, sondern darüber „wie

es möglich ist, daß die Bürger eine Politik unterstützen, die ihnen schadet aber dem Staat dient“.¹¹ Dieses Zitat drückt sehr gut das Dilemma aus, in dem sich die Mechanismen der bürgerlich – demokratischen Herrschaft in Deutschland befinden. Das ideologische Gebäude der Nachkriegszeit beginnt tiefe Risse zu zeigen. So hat der demokratische Zustimmungsgang unter den Massen, der für eine ruhige und friedliche bürgerliche Herrschaft nötig ist, sich deutlich verringert. Die bürgerliche Demokratie und die wirtschaftlichen und politischen führenden Kreise, die keinerlei sozialen Diskurs führen, rufen Abscheu hervor (Josef Ackermann, der Präsident der Deutschen Bank, der ein Musterbeispiel der herrschenden Kreise ohne soziale Ethik darstellt, wird auch von Rechten kritisiert). Der Autor des traurig berühmten Verarmungsprogramms Hartz IV Peter Hartz, früherer Arbeitsdirektor von VW, riskiert fünf Jahre Gefängnis wegen Unterschlagung von Firmengeldern. DGB-Chef Sommer sagte, „der Maßstab der Manager ist ihr Bankkonto und nicht die Menschenwürde“ (sic!). Nach den Angaben der im Auftrag der Regierung durchgeführten Umfrage „Perspektive Deutschland“ wünschten sich vor einem Jahr 56 % der Deutschen eine geringere soziale Ungleichheit, heute sind es 76 %. Heute wünschen sich 38 % eine größere staatliche Intervention in der sozialen Sicherung während es vor einem Jahr 32 % waren. Für die Bourgeoisie ist es nicht einmal mehr symbolisch möglich Sicherheit und Vertrauen auszustrahlen oder wie ein sozialdemokratischer Analyst sagte: „Die Politik symbolisiert in der Vorstellung die Lösung der Probleme, während in der Realität die Instrumente und Strukturen dafür fehlen“.¹² Daher kommt der Diskurs der „sozialen“ Kürzungen bei den Parteien der Regierung und der Opposition und der Gewerkschaftsbürokratie. Auf dem Kongreß des DGB trat Gewerkschaftschef Sommer für eine Steuer für Börsengewinne und eine Beschränkung der Stimmrechte derjenigen Aktionäre ein, die ein Unternehmen nur vorübergehend kaufen. Er verlangte auch eine größere Kontrolle über den Wettbewerb und die Fusionen in Europa während der Präsident der BRD, das heißt das Staatsoberhaupt und frühere Generaldirektor des IWF Horst Köhler, der auch zum Kongreß des DGB eingeladen war, behauptete, daß „es völlig falsch sei, daß die enormen

Gehälter der Unternehmensmanager durch den Anstieg des Wertes für die Aktionäre gerechtfertigt seien, die auf gemäßigten Löhnen und Entlassungen basieren“.¹³ Angela Merkel ihrerseits hatte die Pfiffe der Gewerkschafter auszuhalten, weil sie sich gegen die Einführung eines Mindestlohns aussprach, den es in Deutschland nicht gibt.

Der Verlust der institutionellen Legitimität bringt die Bourgeoisie dazu, durch ihre diensthabende Regierung, nach einem Gegengewicht zu suchen. Dabei greift sie zunehmend auf repressive Maßnahmen zurück, zuerst gegenüber den ärmsten Teil des deutschen Proletariats, die Sans Papiers, die beinahe in völliger Abwesenheit elementarer demokratischer Freiheiten leben, kein Zugang zur Gesundheitsversorgung, der Willkür von Behörden und Polizei ausgesetzt sind, und ein langes etcetera. Das zeigt sich aber auch in der Beschränkung der öffentlichen Freiheiten wie dem Versammlungsrecht und dem Recht des Beitritts zu Parteien¹⁴, der Forderung nach größerer Präsenz der Polizei in den Straßen und mehr Befugnissen für diese und dem Einsatz der Armee im Inneren, dem Verbot von Demonstrationen ohne gesetzliche Grundlage, Gentests an Demonstranten, Verfolgung und Kriminalisierung junger Antifaschisten etc. Auf ideologischem Gebiet wird versucht, dem Verlust der Zustimmung durch Kampagnen zu begegnen, um den Patriotismus unter der Jugend zu wecken und gleichzeitig die Reihen der ArbeiterInnen zwischen Einheimischen und Ausländern zu spalten. Dazu dient ein ausländerfeindlicher Diskurs ausgeprägt antiislamischen Charakters, der mit „demokratischen und christlichen Werten“ gewürzt ist und mit dem Anspruch der Kirche verbunden ist, das soziale und politische Leben nach christlichen Vorschriften zu organisieren.

Die Krise des Ausgleichs ...

Die Institutionen des Nachkriegsregimes, wie die politischen Parteien, sind in einer Krise versunken die sich dadurch vertieft, daß die Regierungskoalition relativ schwach ist. Ihre Fähigkeit zur weiteren Vertiefung der massiven Verarmung resultieren aus dem Fehlen unabhängiger ArbeiterInnenkämpfe und der Abwesenheit einer politischen Opposition, die bereit wäre den offenen Kampf aufzunehmen. Die wichtigen Parteien des



Nachkriegsregimes erleiden die Angriffe der Enttäuschung und Ablehnung durch breite Teile der Massen. „Die SPD befindet sich in einer Desorientierung, weil in der „öffentlichen Meinung“ ihre Politik zum Teil als geistiges Eigentum der CDU betrachtet wird, während die CDU nicht erträgt, daß sie zu sehr mit merkantilistischen Positionen in Verbindung gebracht wird. Die inneren Kämpfe der Regierungskoalition, der Großen Koalition, sind jedoch Kämpfe oberflächlichen Charakters, während in den allgemeinen politischen Grundlinien Übereinstimmung herrscht. Die zeitweiligen Gewinner dieser Situation sind die kleinen Parteien wie die FDP und teilweise die Grünen, die auf nationaler Ebene für einen Moment den Prozeß der Abnutzung bremsen konnten, den sie erlitten haben, oder „neue“ politische Phänomene wie die Linkspartei und auch das langsame aber anhaltende Wiedererstarken der ultrarechten Parteien.

Die SPD leidet unter dem Fehlen eines charismatischen Parteichefs: Lange vorbei sind die Zeiten von den symbolischen Figuren eines Willy Brandt oder eines Oskar Lafontaine. Und sie hat sich noch nicht völlig von der Abspaltung nach links erholen können, die sie durch die Bildung der Wahlalternative (WASG) erlitten hat, die langsam beginnt den Platz zu besetzen, der durch die Rechtschwende der SPD freigeworden ist. Außerdem ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unfähig, ihrer sozialen Basis eine klare Vision für die Zukunft zu geben. „Die SPD ist inhaltlich ausgestorben, das Syndrom der Abnutzung existiert noch“.¹⁵ Der neoliberale Pragmatismus ist der schlimmste Feind der Sozialdemokratie, deren Basis, vor allem ArbeiterInnen, ihr den Rücken gekehrt hat, enttäuscht über die wirtschaftlichen Maßnahmen, die „von ihrer Regierung“ eingeführt worden sind und über das Fehlen von „politischer Ethik“.

Die CDU ihrerseits ist eine Partei mit einer konservativ-katholischen

sozialen Basis, mit gemeinsamen „Werten“ wie „Vaterland, Nation, Religion und Familie“. Und gerade das ist ihr Hauptproblem: Sie muß eine offen neoliberale Politik mit den Werten des Christentums rechtfertigen, die, jenseits der Politik der Katholischen Kirche, durch die Solidarität charakterisiert sind. Das zwingt zum Ausgleich zwischen einer rückschrittlichen Sprache und klerikalen Positionen sowie den Interessen der Industrie, etwas was viele liberale Sektoren nicht überzeugen kann, die aufgehört haben für die liberale Partei (FDP) zu stimmen. Die christdemokratische soziale Basis setzt sich aus Elementen zusammen, die sich „mehr Entschlossenheit und Eifer im Prozeß der Deregulierung“ wünschen, „andere ihrerseits wünschen sich, daß alles so bleibt, wie es seit einer Ewigkeit ist. Die CDU teilt sich in völlig unterschiedliche Welten. Einige sind leidenschaftliche Mitglieder in Schützenvereinen, zuverlässige Besucher der Messe, überzeugte Anhänger der Familie und der Ehe, alteingesessene Sparer, die sich ihren Traum, ein Haus zu bauen, verwirklicht haben; die anderen sind supermobile Individualisten, Junggesellen, die oft ihre Partner wechseln, ungezwungene Konsumenten. Einerseits die, die um ihre Rente und Altersvorsorge fürchten, andererseits die, die keinen Cent Abgaben und Steuern zahlen wollen.“¹⁶ In wenigen Worten, die neoliberale Vorhut untergräbt die Anhänglichkeit der alten Konservativen. Die CDU ist eine zerbrechliche Partei ohne ein klares ideologisches Element, daß die verschiedenen Sektoren und Tendenzen in ihrem Inneren verbinden könnte, wie es der Antikommunismus oder die Religion waren.

Die Linkspartei ihrerseits hat den Wiederaufbau einer reformistischen Vermittlung angesichts der tiefgreifenden Abnutzung der SPD zum Ziel. Die Grenzen des Reformismus und ihr Ausdruck in der Regierungskoalition in Berlin (SPD – PDS), mit allem was sie beinhalten, sind die „Regierungsverantwortung“ oder die Verwendbarkeit für die Pläne zur bürgerlichen Angleichung. Die alten und neuen Reformisten der Linkspartei. PDS bewiesen einmal mehr, wie weit sie bereit sind zu gehen, um ihre Seriosität zu zeigen, als sie im Europäischen Parlament für eine von der spanischen PP eingebrachten Resolution gegen die Verletzung der Menschenrechte in Kuba stimmten. Ein anderes sehr deutliches Beispiel für den

Opportunismus, das niedrige Niveau des Bewußtseins und das Aufblühen des finstersten Rassismus und Antikommunismus ist, daß ein Chef der WASG, Vertreter im sächsischen Landtag, sich der Nazipartei NPD angeschlossen hat und daß bei den Landtagswahlen in Sachsen – Anhalt die Linkspartei, zweite Kraft in der Region hinter der CDU und vor der SPD, 1000 Stimmen an die neofaschistische DVU (Verbündete der NPD) und 21.000 Stimmen an die Nichtwähler verloren hat. Diese Tendenz hat sich auch bei den letzten Parlamentswahlen in Mecklenburg Vorpommern und Berlin, wo die PDS fast die Hälfte ihrer Wähler verloren hat, bestätigt.

... und der linken Alternativen

Die Krise hat ihren Weg auch in die WASG gefunden, die, gespalten in links und rechts, beginnt ernste Symptome des Zerfalls zu zeigen. Die WASG versucht trotzig zu einer Fusion mit der PDS zu kommen, wobei die Bildung einer „pluralen Linken“ die Richtung angibt. Bis jetzt nur ein Wahlbündnis, hat sie begonnen offen und in großem Ausmaß bürokratische Methoden wie die administrativen Entscheidungen um die unabhängigen Kandidaturen ihrer Sektionen in Berlin und Mecklenburg – Vorpommern zu verhindern (Druck gegen die Linken), die von der SAV (KAI) dominiert werden und die die Regierungsbeteiligung der PDS in diesen Ländern und die Durchführung neoliberaler Maßnahmen in Frage stellt. Ziel der SAV ist es dabei, eine „revolutionäre“ Alternative zu schaffen, die, falls sie in die Regierung geht, „eine Regierung für die Menschen und die Lohnabhängigen“ ist, „wie in der sozialistischen Kommune Liverpool“. Diese Situation, die stark auf dem Kongreß der WASG Anfang Mai 2006 diskutiert wurde und mit dem Rücktritt von drei Vorstandsmitgliedern aus Protest gegen den bürokratischen Kurs endete, das übertrieben schnelle Tempo und die Vorbehalte gegenüber der Nachfolgepartei der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) stellen den Aus-



Lafontaine und Bisky

gangspunkt für die Auflösung der Sektionen in Berlin und Mecklenburg – Vorpommern und ihre „Säuberung“ von trotzkistischen Elementen der KAI dar.

Angesichts dieser Situation ist die Strategie der SAV (KAI) zutiefst auf die Wahlen ausgerichtet und besteht darin, an die Basis gegen den bürokratischen Kurs zu appellieren, wobei sie ihre Politik einem äußerst niedrigem Bewußtsein anpaßt. Die Anpassung an das niedrige Bewußtsein führt die Gailionsfigur der SAV sogar dazu, zu behaupten, dass „100 Gramm Praxis schwerer wiegen als 1000 Gramm Theorie“.¹⁷ Die etwas saloppe Wiederholung der von Lenin im Was tun? scharf kritisierten Ausspruch „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme“ zeigt, wie „mit den tönenden Phrasen gegen die Verknöcherung des Denkens usw. nur Sorglosigkeit und Hilflosigkeit in der Entwicklung des theoretischen Denkens bemäntelt werden“. Wir werden der Genossin mit Lenin antworten: „**Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben.** Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart.“ Wohin die Ablehnung der Theorie führt, zeigt sich in der Praxis: Die SAV ist bereit Verantwortung in einer (bürgerlichen) Regierung zu übernehmen, die „linke Politik“ betreibt. Die SAV ist sich leider auch nicht zu schade, bürgerliche Gerichte einzuschalten, damit diese politische Differenzen mit dem Reformismus schlichten.

Linksruck ihrerseits verfolgt weiter ihre liquidationistische Politik: Sie sieht ihre Aufgabe darin, beim Aufbau der „neuen Linken“ mitzuhelfen. Ihre laue Kritik an der Regierungsbeteiligung seitens der Linkspartei. PDS ist steril und inkonsequent. Sie betrachtet das Wahlergebnis in Berlin, als einen „Auftrag, aus der Regierung auszutreten“. Für die selbsternannten „Trotzkisten“ von Linksruck, ist die Regierungsbeteiligung eine Art Flüchtigkeitsfehler, die die Linke durch das Verlassen der Regierung wiedergutmachen würde, denn somit „würden sich ihre Chancen stark verbessern, sich den „Menschen“ als glaubwürdige Partei für den Kampf gegen den Sozialabbau der Bundesregierung sowie der Landesregierungen zu präsentieren“.¹⁸ Als ob die

Linkspartei nicht ein Teil des Übels wäre. Linkruck ist also nichts weiter als die linke Säule des stalinistischen Reformismus geworden. Ihre Ratschläge zielen darauf ab, den Reformisten das Wasser vom Hals zu entziehen.

Der Widerspruch zwischen dem Bewußtsein der ArbeiterInnen und der Notwendigkeit des Kampfes

Die Massenbewegung ist das am wenigsten entwickelte Element des Klassenkampfes. Ein Beispiel dafür ist die geringe Kampfkraft der ArbeiterInnen in den Kämpfen des Dienstleistungssektors (Gewerkschaft ver.di), die trotz der herrschenden großen sozialen Unzufriedenheit von Routine beherrscht werden. Das heißt, wir befinden uns in einem Widerspruch zwischen niedrigem Bewußtsein und höchster Bereitschaft zum Kampf. So stimmten rund 95 % der ver.di – Mitglieder dafür, in den Streik zu treten, worin sich leider nicht eine Infragestellung der Gewerkschaftsführung ausgedrückt hat. Man kann jedoch eine wachsende Unzufriedenheit mit der versöhnlerischen Prägung der Gewerkschaftsführung beobachten. Die Unzufriedenheit, gemeinsam mit den dreimonatigen routinierten Arbeiterkämpfen im Dienstleistungssektor, ist allgemein sporadisch und trägt spontanen Charakter. Beispiele dafür sind der wilde Streik im Opelwerk Bochum (bis jetzt hat sich diese Erfahrung leider nicht wiederholt), die Montagsdemonstrationen und einige kleine Streiks, die tatsächlich die Gewerkschaftsführungen in Frage stellten aber nicht politisch wurden. Das drückt sich sehr gut im strukturellen Niveau aus, in den Wahlen mit geringer Beteiligung, in der allgemeinen Infragestellung der Leitungen, dem großen Ansteigen der Stimmen für Extreme und dem Aufkommen neuer politischer Phänomene außerhalb der traditionellen Instanzen, wie die Linkspartei. Es ist auch das langsame Ansteigen der Beteiligung anderer Teile der Gesellschaft am politischen Leben zu beobachten, wie die StudentInnen, die in einigen Universitäten Aktionen wie Universitätsbesetzungen unternahmen, um die Einführung von Studiengebühren zu verhindern.

Als Gegentendenz zu dieser Situation ist das ständige Ansteigen des Populismus der extremen Rechten zu beobachten, der vor allem durch die

rassistischen Kampagnen der CDU/CSU und in kleinerem Maße durch die offen faschistischen Parteien wie DVU oder NPD angefeuert wird, die noch am Rand stehen und schwach sind. Die Frustration und das Fehlen von Perspektiven haben jedoch einen fruchtbaren Boden für den finstersten Rassismus und Antisemitismus geschaffen.

Die Gewerkschaften: wirkungsvolle Mechanismen der Beruhigung

In diesem Zusammenhang sind die Gewerkschaften die einzigen Vermittler, die noch in wirkungsvoller Art die Unzufriedenheit und die Kämpfe in Deutschland zügeln und unterdrücken können. Noch sind sie in der Lage, teilweise Niederlagen als Siege auszugeben und die Aufnahme des Kampfes zu verhindern, wie im Fall der Verhandlungen in der Metallindustrie und dem dort angetriebenen Streik. Sie war einmal mehr fähig den Streik wegen der fehlenden Verbindung von Arbeitslosen und ArbeiterInnen zu verhindern. Am Anfang wurden die Montagsdemonstrationen von denjenigen angestoßen, die am meisten unter dem fortschreitenden Neoliberalismus der Regierung Schröder zu leiden hatten, wie den Arbeitslosen. Sie erhielten die Sympathie der ArbeiterInnen, die jedoch die Gewerkschaftsbürokratie nicht politisch – ideologisch in Frage stellten. Diese Annäherung in den Reihen der ArbeiterInnen wurde von der bürokratischen Gewerkschaftsmaschinerie verhindert, die es schaffte diesen Prozeß in seinen Anfängen zu spalten. Das sinkende Ansehen der Gewerkschaftsbürokratie angesichts ihrer Mitarbeit an den neoliberalen Plänen zwingt sie jedoch dazu, um einen größeren Spielraum zu bekommen und wegen des Anstiegs der Unzufriedenheit, einen radikaleren Diskurs zu führen, als sie eigentlich will. So sagte zum Beispiel Sommer, angesichts der Ablehnung von Merkel, einen Mindestlohn einzuführen, „Wenn Merkel sagt, daß es mit ihr keine 7,50 Euro gibt [als Mindestlohn], dann sagen wir, daß wir 7,55 Euro wollen“, denn „wir wollen die Hungerlöhne in Deutschland abschaffen“¹⁹. Die steigende Verarmung der Massen und die harten Angriffe gegen das Proletariat, gemeinsam mit dem Prozeß der Auflösung der Sozialdemokratie, und daher der Utopie ihrer „Ideale“, düngen den Boden für das Aufkommen einer ArbeiterInnenvorhut, die einen Kampf



Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer begrüßt Bundeskanzlerin Angela Merkel beim DGB-Bundeskongress in Berlin

beginnt, der schwer zu kontrollieren ist. Diese Situation erlaubt auch, daß eine radikale Politik immer breitere Teile der Massen beeinflussen kann, den Samen eines neuen klassenbewußten und revolutionären Proletariats einpflanzend.

Für den Aufbau trotzkistischer, revolutionärer und internationalistischer Parteien

Jetzt mehr als jemals zuvor ist es notwendig, die ersten Schritte für den Aufbau einer revolutionären Alternative zu gehen, die fähig ist, die Vorhut der ArbeiterInnen und der Jugend zusammenzufassen. Das müsste eine revolutionäre und trotzkistische Alternative sein, die sich in einem unerbittlichen ideologischen Kampf gegen den Reformismus, den Revisionismus und den parlamentarischen Kretinismus wehrt und auch dagegen die Fehler derjenigen zu wiederholen, die eine Alternative innerhalb des Kapitalismus sehen oder den Klassencharakter der zukünftigen Gesellschaft ignorieren, wodurch die ArbeiterInnenklasse zu Ohnmacht, Skeptizismus und Niederlagen verurteilt werden würde, herausbildet. Die Alternative zur gegenwärtigen Krise ist eine unabhängige ArbeiterInnenalternative, das heißt klassenbewußt und revolutionär. Die Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale stellt ihre bescheidenen Kräfte zur Verfügung, um dieses Werk gemeinsam mit den anderen Organisationen und Gruppen zu verwirklichen, die der Dringlichkeit zustimmen, die Fahnen des revolutionären Marxismus zu hissen.

Fußnoten

¹ Deutschland mit Autopilot, Spiegel Online. 26. 03. 2006

² Das Haushaltsdefizit beträgt nach den Schätzungen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-

wicklung) gegenwärtig beinahe 2,2 % des BIP, das bedeutet, daß es sich innerhalb der vorgeschriebenen Prozentsatzes des Europäischen Stabilitätspaktes bewegt. 2006 überschreitet Deutschland die Grenzen des Haushaltsdefizits, die vom Stabilitätspakt vorgeschrieben sind, um 3,1 %.

³ Damit werden jährliche Staatseinnahmen von ungefähr 20 000 Millionen Euro angestrebt, während die Steuereinnahmen durch die Unternehmen verbessert werden sollen.

⁴ Daten der Site des Statistischen Bundesamts entnommen.

⁵ Ich habe erkannt, daß die Deutschen Krieg verabscheuen. Bild Zeitung, 07. 05. 2006

⁶ Merkel setzt sich für eine Verhandlungslösung ein. Spiegel Online, 15. 02. 2006

⁷ Regierung verteidigt Kongo-Einsatz. Spiegel Online, 19. 05. 2006.

⁸ Westliche Vetomächte bringen Resolution ein. Spiegel Online, 03. 04. 2006.

⁹ EU-Chefdiplomat fordert friedliche Lösung mit Iran. Spiegel Online, 29. 04. 2006.

¹⁰ In Deutschland gibt es mindestens 3 000 000 „arbeitende Arme“ (working poor), daß heißt, daß sie trotz Arbeit nicht genug zum leben haben. In einigen Gebieten der Wirtschaft beträgt der Stundenlohn 4 Euro und weniger.

¹¹ Die Frau, die den Staat abschafft. Die Zeit, 16. 02. 2006, Nr.8.

¹² Franz Walter: Sehnsucht nach dem Masterplan. Spiegel Online, 30. 04. 2006

¹³ Köhler in der Kältezone. Spiegel Online, 22. 05. 2006

¹⁴ Die Linkspartei.PDS wird durch das Bundesamt für Verfassungsschutz überwacht.

¹⁵ Die SPD ist inhaltlich ausgebrannt. Spiegel Online, 21. 05. 2006

¹⁶ Die Frustrierten des Bürgertums, Spiegel Online, 25. 05. 2006.

¹⁷ Liebling der Partei. junge Welt, 15.09.06.

¹⁸ „Ein Auftrag, aus der Regierung auszutreten“. Linksruck Nr. 222, 22. September 2006

¹⁹ DGB

– Chef attackiert Merkels Sozialpolitik. Spiegel Online, 25. 05. 06

Mittlerer Osten

Imperialisten und Vasallen raus aus dem Libanon!

**Nein zur UNO Eingreiftruppe!
Israel raus aus Palästina!
Deutschland raus aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afghanistan!**

Während die amerikanischen Bomben Israels unter dem beharrlichen, ja Komplizenhaften Schweigen der arabischen Bourgeoisien auf libanesischem Boden einschlugen, versuchten und versuchen die imperialistischen Regierungen Europas den Anschein zu erwecken, sie täten das Möglichste um einen „dauerhaften Frieden“ zu erreichen. Durch solche wohlklingenden Erklärungen, die, natürlich mit Nuancen, von Condolezza Rice, über Blair und Chirac bis hin zu Angela Merkel ausgesprochen worden sind, versuchten sie die „öffentliche Meinung“ einzuschlänern und dadurch Zeit für den israelischen Angriffskrieg zu gewinnen. Die Zerstörung des Libanons und die anhaltende Terrorisierung der Bevölkerung sollten ein starkes Signal an die Massen der Region senden.

Die selben Politiker, die als Vertreter der Bourgeoisie „Sparmaßnahmen“ und eine Rasenmäherpolitik im Innern durchführen, die die Privatisierung des öffentlichen Dienstes und der staatlichen Unternehmen vorantreiben, die selben, die von den Arbeitern und anderen subalternen Klassen fordern, den Gürtel enger zu schnallen, damit der „Standort Deutschland“ erhalten bleibt, die selben, die die Besetzung Afghanistans und des Kongo, des Irak und Haitis gutheißen, haben die kriegerischen Handlungen Israels voll unterstützt. Den Grund für das große Verständnis

für das Massaker an der palästinensischen und libanesischen Bevölkerung hat Bundeskanzlerin Angela Merkel auf einen Nenner gebracht: „Die Hisbollah spricht Israel das Existenzrecht ab“. Dies lieferte nicht nur den Vorwand aus dem die „westliche Welt“, d.h., die mächtigen imperialistischen Länder Israel Beiseite stehen müssten sondern es machte auch deutlich klar wer letzten Endes für den Krieg im Libanon verantwortlich gemacht wird.

Die militärische Aktionen der zionistischen Armee stellten die wichtigste Offensive der Reaktion im Mittleren Osten seit der 2003 von der Bush-Administration angeordneten Invasion des Iraks dar. Im Gegensatz zum Irak-Krieg in dem inter imperialistische Spannungen deutlich zu Tage kamen, fand die israelischen Offensive im Rahmen einer relativen, wenn auch prekären, imperialistischen Einigkeit statt, was sich daran zeigt, dass kein einziges imperialistisches Land ernsthafte Kritik geübt oder gar Gegenmaßnahmen ergriffen hätte. Auch gab es keine gewaltige Massenbewegung, die derjenigen gegen den Irakkrieg gleichkäme, und sich wie jene über die fünf Kontinente hinweg ausgebreitet hätte.

Das beharrliche Schweigen bzw. die Parteinahme für die Imperialisten seitens der Pazifisten verdeutlicht letztendlich wieder einmal ihre Ohnmächtigkeit und theoretische Inkonsistenz. Die Pazifisten sind nicht auf die Straße gegangen, weil sie angesichts des „muslimischen Terrors“ bzw. der „Islamfaschisten“ (sic!) und der „besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israels“ (sic!) ihr kleinbürgerliche Friedenspredigt fallengelassen haben, weil sie, wie immer, auf der Seite der Demokratie und Kultur standen. Die deutsche, sowie die französische, italienische, spanische, amerikanische, usw., Bourgeoisie „...betrügt die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen, indem sie behauptet, sie führe den Krieg, um die Heimat, die Freiheit und die Kultur zu verteidigen“.¹ Der rettenden Ausweg aus dem unabwendbaren Verderben in das der Kapitalismus die Menschheit stürzen will, liegt nicht in moralischen Appellen oder in der Gesetzmäßigkeit eines Krieges – Stichwort: Völkerrechtswidriger Krieg-, „sondern allein darin mit neuer Kraft die internationale Revolution auf die Tagesordnung“ zu setzen. „Nur der Sturz der Bourgeoisie durch das sich erhebende Proletariat kann die Menschheit vor



Merkel beim Besuch der Marine

neuen verheerenden Völkermorden bewahren, wie der jetzige Angriff Israels auf den Libanon und der Dauerkrieg gegen das palästinensische Volk deutlich zeigt. Der Pazifismus ist eine politische Heuchelei, ebenso wie die „pazifistische“ Politik der Grünen oder der Schröder-Regierung. „Es ist unmöglich, gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen, wenn man nach der Art der Pazifisten nach Frieden jammert. «Pazifismus und abstrakte Friedenspredigt sind eine Form der Irreführung der Arbeiterklasse. Im Kapitalismus, und besonders in seinem imperialistischen Stadium, sind Kriege unvermeidlich.»“²²

Erklärtes Ziel der israelischen Offensive war es, den Widerstand sowohl seitens der palästinensischen Organisationen wie Hamas, Fatah und Islamischer Dschihad, sowie der Hisbollahmilizen im Südlibanon endgültig zu brechen und dadurch all jene Kräfte zu zerstören, die sich, wenn auch auf reaktionäre Weise, noch der Zweistaaten-Lösung der Palästinenserfrage widersetzen. Ziel war auch den Einflussbereich der USA auszubreiten, den Libanon dauerhaft und vollständig zu kolonisieren sowie sich eine günstigere Position gegenüber dem iranischen Regime zu verschaffen, um die Ausbreitung von dessen politischem Einfluss in der Region zu stoppen. Die Hisbollah ist also, neben den palästinensischen Organisationen des bewaffneten Widerstands, der „letzte Unruhestifter“ der Region und somit der Dorn im Auge sowohl der israelischen Bourgeoisie als auch der großen imperialistischen Mächte, die ihre Interessen durch die Aktivitäten und den wachsenden Einfluss der Hisbollah bedroht sehen, da diese nebenbei eine Stärkung des Iran als Regionalmacht mit sich bringen könnte.

Wider aller Erwartungen Washingtons brachte der syrische Rückzug aus dem Libanon 2005, Folge der von den USA und der Europäischen Union eingefädelt „Zedern-Revolution“



Opfer der israelischen Angriffe

nach der Ermordung Rafik al-Hariri, des starken Mannes des Libanon, der Hisbollah mehr militärische Bewegungsfreiheit gegenüber dem zionistischen israelischen Staat ein. Ihre wiederholten Angriffe auf die Armee und immer mehr Städte Israels hat die Verwundbarkeit des zionistischen Staates deutlich zu Tage gebracht und den Stolz der Armee stark angeschlagen. Das kann und konnte die, vor Beginn des Angriffskriegs innenpolitisch sehr schwache israelische Regierung unmöglich tolerieren, besonders, da sie sich „umgeben von Feinden“ mit dem Panzer der „Unbesiegbarkeit“ umgeben muss. Das Ziel der israelischen Armee war es daher: „Bedingungen vor Ort zu schaffen, damit eine internationale Intervention handeln kann“, wie der Verteidigungsminister Israels, Amir Peretz, berichtete. Das heißt also eine Politik der vollendeten Tatsachen, die dann von der UNO besiegelt und anerkannt wurde.

Die Entsendung einer internationalen „Friedensmission der UNO“ dient einzig und allein dazu, der imperialistischen Enklave im Nahen Osten den Rücken frei zu halten, damit sie weiter die Rolle des unbesiegbaren Vertreters des Imperialismus in der Region wahrnehmen kann. In der Tat könnte sich Israel ohne die tatkräftige finanzielle und militärische Unterstützung seitens der USA sicherlich nicht lange in der Region behaupten. In den letzten 30 Jahren ist Israel der weltweit größte Empfänger von US-Auslandshilfe-Geldern gewesen. Israel, geschaffen als Bollwerk gegen Kommunismus und Fundamentalismus, erhält ca. 10 % seines gesamten Haushalts von den Vereinigten Staaten und erhält zusätzlich finanzielle Unterstützung im Wert von 50 bis 70 % seiner Verteidigungsausgaben.

Das Scheitern der israelischen Aggression hat die imperialistische Rettungsmaschinerie in Bewegung gesetzt, um den Völkern der Region und der Welt zu signalisieren, dass niemand sich den imperialistischen Diktaten widersetzen kann, ohne seine Selbstbestimmung zu verlieren. Die imperialistische Obhut im Libanon bedeutet die verdoppelte Unterdrückung und Ausbeutung der Massen der Region. Um dies zu verhindern, muss die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern dafür kämpfen, dass die Kriegsmaschinerie ihrer jeweiligen Länder, getreu dem Motto Liebknechts „der Feind steht im eigenen Land“, gestoppt wird. Es ist notwendig dem palästinensischen und libanesischen

Volk zur Hilfe zu eilen, um seiner langsamen Ausblutung ein Ende zu setzen.

Als Revolutionäre müssen wir für die Beseitigung des Statthalters des Imperialismus und der Quelle andauernder Kriege kämpfen: des zionistischen Staates Israel. Seine Schaffung bedeutete die Diaspora und Gettoisierung der Palästinenser. Der israelische Staat kann nur durch permanenten Krieg und rassistische Unterdrückung gegen die arabischen Nachbarländer bestehen und dafür ist er auf die Unterstützung der imperialistischen Mächte wie der USA oder auch Deutschland angewiesen. (Man gedenke nur der zu einem Großteil von den deutschen Arbeitern -Steuerzahlern- finanzierten israelischen Atom U-Boote etc.)

Deswegen verteidigen wir Revolutionäre die Hezbollah trotz ihres fundamentalistisch-reaktionären Charakters gegen die israelische Aggression und sehen ihren bewaffneten Widerstand gegen den terroristischen Staat Israels nicht nur als legitim sondern als Pflicht an. Nichts desto trotz, bestehen wir auf unserer völligen politischen Unabhängigkeit gegenüber allen radikal islamischen Gruppen, da wir uns sehr wohl bewusst darüber sind, dass deren Ziele reaktionär sind. Obwohl wir als Revolutionäre sowohl alle Kämpfer des palästinensischen Widerstands als auch das Recht der Palästinenser ihre eigene Regierung zu wählen bedingungslos gegen die Angriffe des zionistischen Staates Israel verteidigen, sagen wir auch ganz klar, dass die Strategie der islamischen Führungen, wie Hamas oder auch Hisbollah, die darauf aus sind, einen theokratischen Staat zu errichten, unserer revolutionären Strategie diametral entgegengesetzt ist. Die von Hamas, Hisbollah etc. angestrebten religiösen Staaten zerstören nicht nur die elementarsten demokratischen Freiheiten, sondern versuchen auch durch die illusorische Idee einer „Gemeinde der Gläubigen“ die obszönen Klassenunterschiede innerhalb der islamischen Gesellschaften zu verdecken und rechtfertigen damit jegliche revolutionäre Ideen und Bewegungen im Keim zu ersticken.

Die Strategien und Pläne dieser fundamentalistischen Organisationen zielen daher besonders darauf ab eine unabhängige Politik des Proletariats zu verhindern und es ihm unmöglich zu machen, als Führer der unterdrückten Massen der Region, den Imperialismus und seine lokalen Vasallen zu bekämpfen

fen und so den Kampf für die nationale Befreiung bis zur letzten Konsequenz durchzuhalten.

Allerdings kann nur eine revolutionäre Arbeiterführung, unabhängig von allen bürgerlichen Regierungen der Region, nicht nur von den „Freunden Israels“, sondern auch von denen, die heute als seine Feinde gelten wie z.B. Syrien oder der Iran, eine wirkliche Alternative für die der Massen in der Region darstellen und eventuell deren berechnete Wünsche erfüllen: Frieden, Land und Wohlstand.

Eine Niederlage Israels hätte die Position des Imperialismus in der Region geschwächt, während der Sieg des zionistischen Staates die Lage der Palästinenser deutlich verschlechtert und die Aussichten auf eine eventuelle nationale Befreiung der Palästinenser stark schmälern könnte. Für den Libanon bedeutet die UNO Mission eine deutlich stärkere Einmischung und direktere Kontrolle seitens des Imperialismus das gesamte Staatsleben. Dies schränkt nicht nur die staatliche Unabhängigkeit sondern auch die Aspirationen der Massen nach sozialer Emanzipation dauerhaft ein.

Daher stellen wir revolutionären Marxisten der reaktionären Strategie der Hamas, Hisbollah etc., die den Kampf um die nationale Befreiung in die religiöse Sackgasse führen, den konsequenten Kampf gegen den Imperialismus und seine Vertreter entgegen und kämpfen nicht nur für die Zerstörung des reaktionären zionistischen Staates sondern fordern darüber hinaus einen laizistischen, demokratischen und nicht rassistischen palästinensischen Staat welcher sich allein in der Form eines sozialistischen Palästina verwirklichen lässt. Nur ein solcher laizistischer, nicht rassistischer und sozialistischer Staat kann die Voraussetzungen schaffen, um das friedliche Zusammenleben zwischen Arabern und Juden und Angehörigen anderer Religionen zu ermöglichen und der Region einen dauerhaften Frieden und Wohlstand sichern. Dieser neue Staat Palästina muss alle Territorien umfassen, die heute von Israel besetzt gehalten werden, sowie Gaza und die Westbank und stellt nur einen Meilenstein auf dem Weg zu einer Föderation Sozialistischer Republiken des Nahen Ostens dar.

Fußnoten

¹ L. Trotzki: Lenin und der imperialistische Krieg. 30. Dezember 1938

² Ibid.

Für den Konstituierenden Kongress der APPO

Für ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Strategie

Das Volk von Oaxaca ist weiterhin auf dem Kriegspfad, aber es braucht ein revolutionäres Programm und eine ebensolche Strategie um zu siegen.

Für eine unabhängige Mobilisierung um die PFP und Ulises Ruiz Ortiz aus Oaxaca hinauszuerwerfen

Von: Aldo Santos
LTS-Mexiko
10.11.2006

Was die Bundesregierung auf alle Fälle vermeiden wollte, war der Sturz von Ulises Ruiz durch eine revolutionäre Massenbewegung, da diese wenn sie Erfolg hätte das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Massen und der Arbeiter verschieben könnte und ein leuchtendes Beispiel dafür wäre, dass es möglich ist, die bürgerlichen Parteien des verfallenen, antidemokratischen Rotationssystems zu besiegen.

Es zeigt sich klar und deutlich, dass die „institutionellen Auswege“ innerhalb dieses Regimes (wie das Verschwinden der Mächte), unfähig sind, auch nur den Fall UROs (Akronym von Ulises Ruiz) herbeizuführen, da die besagten Institutionen die Partei Mafia repräsentieren, welche entschlossen ist ihn um jeden Preis an der Macht zu halten, entgegen der Interessen des Volkes. Dies zeigt, dass unter dem Rotationssystem die Repression und der Autoritarismus nur noch zugenommen haben. Der „Dialog“ mit der SEGOB (Innenministerium) wurde vom Innenminister Abascal einzig und allein dazu genutzt, die Bewegung zu zermürben und zu spalten, die APPO (Volksversammlung der Völker von Oaxaca) als sturköpfig darzustellen und dem Verrat von Enrique Rueda Pacheco (Vorsitzende der Lehrgewerkschaft) Tor und Tür zu öffnen, während er die militärische Besetzung der Stadt vorbereitete.

Leider hat ein Sektor der APPO dazu aufgerufen, auf diese „Auswege“ zu vertrauen und ist darauf eingegangen, dass ein Staatssekretär vom Regierungsministerium die Kontrolle über die Repressivkräfte des Staates übernehme (als ob dies deren Charak-

ter ändern würde!) und versuchte sogar, wenn auch verdeckt, Illusionen zu erwecken, dass die Intervention der PFP (Bundespolizei) nicht Repressionszwecken dienen würde, sondern dazu, die paramilitärischen Gruppen von URO zu kontrollieren. Einige haben sogar erwogen, zusammen mit dem Repräsentanten von Abascal eine Art von „Kommunitärer Polizei“ mit zu führen.

Aus unserer Sicht ist diese Politik auf dem Irrweg. Die Bewegung kann nur auf ihre eigene Kraft vertrauen. Dass hat sich auch am 12.11. gezeigt, als Tausende von Kämpfern spontan auf die Strasse gingen und, mit Hilfe der Koordination von Radio Universidad, zeigten, dass es möglich ist, die Repressivkräfte zu besiegen.

Damit URO fällt und die PFP abzieht, muss man sich am Kampfesmut der Anwohner ein Beispiel nehmen, einheitliche Massenproteste organisieren (die Erfahrung des Riesenmarsches vom 5.11. vertiefen) und einen politischen Generalstreik vorbereiten, der den gesamten Staat lahm legt. Dafür ist es jedoch unabdingbar, die Selbstorganisation von der Basis ausgehend auf alle Arbeiter des Staates auszudehnen, was die APPO bis jetzt noch nicht gemacht hat. Gleichzeitig muss man die Selbstverteidigung, welche die PFP in der Universitätsschlacht besiegt hat, koordinieren und zentralisieren. Dies ist der Weg um die Hauptforderungen, den Rücktritt des Tyrannen und den Rückzug der PFP durchzusetzen.

Die APPO und das Volk von Oaxaca werden dies nicht durch den „guten Willen“ der Institutionen dieses

Unterdrückerregimes oder der bürgerlichen Parteien erreichen, auch wenn diese nach Monaten des Kampfes eine „Gewissenstat“ von URO gefordert haben. Dabei ging es nur darum durch einen Pakt der Führungen den Konflikt aus der Welt zu schaffen bevor Calderón seine Präsidentschaft antritt.

Die PRD sah sich nach fünf Monaten des Kampfes endlich dazu gezwungen, der APPO ihre Unterstützung auszudrücken. Trotzdem möchte diese Partei den Rücktritt UROs aushandeln um den „Konflikt zu entschärfen“. Deswegen versprechen sie der PRI, dass diese den neuen Gouverneur benennen könne, somit bliebe also das Schicksal Oaxacas in den Händen der selben Mafia. Sie wollen um jeden Preis die Stabilisierung Oaxacas damit nicht etwa diese radikalisierte Bewegung die demokratische Bewegung beeinflussen könne, die AMLO (Akronym von Andrés Manuel López Obrador) so erfolgreich passivisiert hat. Jenseits all ihrer Kritik an den Institutionen ist die PRD Teil des selben Rotationssystems, dass sie zwar angeblich reformieren will aber dass sie gleichzeitig stützt. Dies zeigte die Partei der Demokratischen Revolution (PRD) deutlich, indem einige ihrer Abgeordneten in Oaxaca die von Abascal angeregte Reform zur Verstärkung des Oaxaca'schen Kaziken Regimes unterschrieben und manche sogar den Einmarsch der PFP forderten. Außerdem hat die PRD Bundesabgeordnete, die die SME (der PRD nahestehende Elektrikergewerkschaft) und andere Gewerkschaften führen, welche bis heute noch keinen Finger für Oaxaca gerührt haben.

Für ein Arbeiter und Volksprogramm und eine Regierung der Arbeiter und des Volkes die es durchsetzt

Angesichts des möglichen Falls von URO, fragen sich viele Genossen „und dann?“ Die Bourgeoisie hat schon verschiedene Alternativen in Petto: ein Übergangsgouverneur der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) oder einer anderen Partei der die Amtszeit zu Ende führt oder zu Neuwahlen aufruft.

Die APPO kann sich nicht darauf beschränken den Rücktritt von URO zu fordern und dann abwarten, dass ein anderer Diener der Bourgeoisie die Regierung übernimmt, welcher UROs Armut- und Unterdrückungspläne einfach weiter anwendet. Jedweder bürger-

licher Austausch der von Oben organisiert wird, wird nur versuchen, die Kontinuität des Autoritarismus und der kapitalistische Ausbeutung des Staates durch die Kaziken zu garantieren.

Dem entgegen muss die APPO für ein Arbeiter und Volksprogramm kämpfen. Dieses muss zuerst beinhalten, den korrupten und repressiven Apparat der Oaxaca seit Jahrzehnten regiert auszumerzen und eine Regierung mit Beamten einzusetzen, welche denselben Lohn wie ein qualifizierter Arbeiter verdienen und die zu jeder Zeit abwählbar sind. Ein Programm, dass Steuern für die großen Tourismus Unternehmen und die Großkapitalisten anderer Industrien und des Handels vorsieht, den Tourismus unter die Kontrolle der Arbeiter stellt, damit die Gesamtheit der Einkünfte geplant und im Interesse des Volkes von Oaxaca investiert wird. Dies würde neue Arbeitsplätze und einen allgemeinen Lohnanstieg auf den Level der Lebenshaltungskosten mit sich bringen. Ein Arbeiter- und Volksprogramm müsste eine wirkliche radikale Landreform vorsehen, um endlich Schluss mit dem Großgrundbesitz zu machen, damit das Land endlich dem gehört, der es bearbeitet und gleichzeitig müsste den Indianischen Völker sofortige Autonomie gewährleistet werden und ihre Rechte und Kulturen anerkannt werden.

Die Kommune von Oaxaca hat eine anfängliche Vorausschau dafür geliefert, wie die Macht der Arbeiter und des Volkes aussehen könnte, welche fähig sein könnte ein solches Programm wie von uns vorgeschlagen durchzusetzen. Allerdings muss sie sich ausbreiten und in einen echten Organismus der Selbstorganisation des Kampfes verwandeln um die Kapitalisten und Großgrundbesitzer zu besiegen. (Dafür muss sie die Grenzen überwinden die ihr dadurch gesetzt sind, eine Front verschiedener Organisationen zu sein, sie müsste jederzeit abrufbare Delegierte mit Mandat direkt von ihrer Basis integrieren, vor allem von den Barrikaden aber auch aus den Stadtbezirken, Kommunen und Arbeitsstätten des ganzen



Kongress der APPO

Staates, die für die Verteidigung der Kommune und von Radio Universidad gekämpft haben. Besonders wichtig wäre es, Arbeiter aus allen Sektoren zu integrieren, die die kapitalistische Wirtschaft am Laufen halten.

So könnte man den politischen Generalstreik organisieren, der URO stürzt und eine provisorische Regierung der APPO und aller kämpfenden Organisationen einsetzt, welches die einzige Regierung ist welche dieses Arbeiter- und Volksprogramm in einer anti-kapitalistischen Perspektive durchsetzen kann. Dazu müsste sie zu einer revolutionären Verfassungsgebenden Versammlung auf den Ruinen des Kazikenregimes aufrufen, in der das ganze Volk das Schicksal des Staates diskutiert.

Für eine reformierte bürgerliche Republik oder für eine Republik der Kommunen?

Ja, wovon wir offen sprechen ist, dass in Oaxaca genau wie im Rest des Landes ein soziale Revolution von Nöten ist, welche das antidemokratische Regime entmachtet und eine Arbeiter, Bauern und Volksregierung an die Macht bringt um anzufangen die nötigsten Forderungen der Massen zu erfüllen. Wie es auf den Demos zu hören ist: „Oaxaca gibt uns eine Lektion in Würde“. Eine solche Geste wäre eine Referenz für alle kommenden Kämpfe der Arbeiter und des Volkes im ganzen Land. Oaxaca kann nicht alleine bleiben und genauso wenig kann es überleben, solange das verfaulte Rotationssystem weiter bestehen bleibt. Schaffen wir zwei, drei, viele Oaxaca um das Rotationsregime zu Fall zu bringen!

Wir wollen keine reformierte bürgerliche Republik wie AMLO vorschlägt, in der die Mechanismen der kapitalistischen Herrschaft perfektioniert und mit sozialer Demagogie kombiniert werden. Wir wollen, dass sich das Beispiel der Kommune verbreitet und vertieft, da es die Basis für eine neue Form der Republik ist, in der die Arbeiter, die Indigene Bevölkerung, die Bauern und das Volk ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und eine Regierung die auf ihren Organismen der Autoorganisation beruht einsetzen. Für eine sozialistische Arbeiterrepublik der Kommunen! Dies wäre ein großer Schritt im Kampf der lateinamerikanischen Völker gegen den Imperialismus und seine nationalen Agenten, welcher nur im internationalen Triumph der sozialistischen Revolution gipfeln kann.

Für den Konstituierenden Kongress der APPO

Der konstituierende Kongress der APPO kommt näher. Die heldenhafte Kommune von Oaxaca hat eine mächtige Perspektive für den Weg der revolutionären Emanzipation der Arbeiter und des Volkes von Oaxaca und des ganzen Landes aufgeworfen. Deswegen dürfen das großartige Beispiel der APPO und die Bewegung nicht aufgeweicht oder in eine politische-soziale Front verwandelt werden, die sich darauf beschränkt Druck auf das Rotationsregime auszuüben. Daher, selbst wenn URO geht, wenn die APPO nicht eine Perspektive des Kampfes gegen das Regime annimmt, wird sie die Institutionen des Rotationsregimes beschönigen, durch die der Imperialismus das Land ausraubt. Dieser konstituierende Kongress muss beschließen ob die APPO in einer unabhängigen Perspektive voranschreiten will oder ob sich die reformistischen und populistischen Strömungen durchsetzen, die aus ihrem Inneren –obwohl sie von „Volksmacht“ reden- dazu aufgerufen haben, auf die Abkommen mit dem Regierungsministerium und auf Parteien wie die PRD zu vertrauen.

Das Programm, welches wir oben skizziert haben und die Notwendigkeit einer unabhängigen Strategie möchten wir mit den Hunderten von heldenhaften Kämpfern der Kommune von Oaxaca diskutieren, die dagegen sind den Kampf aufzugeben und die weiterkämpfen werden, bis die PFP abgezogen und URO gefallen ist, und noch weiter. Alle diese rufen wir dazu auf, mit uns zusammen innerhalb der APPO und ihres konstituierenden Kongresses dafür zu kämpfen, dass dieser beispielhafte Kampf von Erfolg gekrönt sein wird.

Verteidigen wir die Kommune von Oaxaca

Von: Andrés Aullet und Martin Juárez

LTS - Liga de Trabajadores Socialistas - Mexiko

In Oaxaca haben Volk und Arbeiter das Kriegsbeil ausgegraben. Die Radiostationen, in der Hand der Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca (APPO) [Volksversammlung der Bevölkerung Oaxacas], neben Telefonanrufe von Eltern entgegen in denen sie die Lehrer auffordern, auf keinen Fall ihren Streik aufzugeben. Die Barrikaden und das Protestzelt werden sowohl von den Arbeitern, als auch von den Bauern und den Eltern unterstützt, die den Lehrern helfen damit sie ihren Protest durchhalten können.

Tag für Tag kommen mehr Arbeiter zur Unterstützung, wie zum Beispiel von der Comisión Federal de Electricidad, die sich -ohne dass ihre Gewerkschaft dies beschlossen hätte-weigern der APPO den Strom abzustellen oder die Radiostationen abzuschalten. Oder die Fahrer von Coca Cola, die ihre Lastwagen zum Barrikadenbau zur Verfügung gestellt haben. Die Doppelmacht die in Oaxaca herrscht drückt sich darin aus, dass die Massenmedien den Kampf koordinieren, die Solidarität ausdehnen und der Ausdruck verleihen Unzufriedenheit der Unterdrückten. Dies ist ein Umstand von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit, da er zum erstenmal ermöglicht, dass die Stimme der kämpfenden Arbeiter und des Volkes bis zu den Ohren jener gelangt, die genauso unterdrückt und ausgebeutet werden.

Auch die Comisión de Mujeres de Oaxaca (COMO) [Kommission der Frauen aus Oaxaca] spielt eine sehr wichtige Rolle in diesem Kampf, da sie demonstriert, dass die Emanzipation der Frau nur dadurch verwirklicht werden kann, dass die Frauen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, sich am Kampf beteiligen und diesen konsequent bis zu Ende führen: wer könnte die Errungenschaften besser verteidigen als die Arbeiterinnen und das Volk. Die

Bevölkerung von Oaxaca hat bereits begonnen die APPO als eine echte „Volksregierung“ (deren Macht direkt auf dem Volk beruht) anzusehen was auch den wachsenden Rückhalt der APPO in der Bevölkerung erklärt.

Gleichzeitig zieht die Karawane der Basis der Lehrgewerkschaft und der APPO weiter nach DF [Distrito Federal – Mexico City, d.h. Bundesbezirk]. Überall wo sie hinkommen schlägt ihnen Solidarität und Unterstützung entgegen, während die Dörfer ihre eigenen Versammlungen gründen und den Marsch mit Wasser und Essen unterstützen erhebt sich überall der Schrei: „Ulisses muss weg!“ Das zeigt, dass im ganzen Staat Oaxaca ein echter Volksaufstand gegen die Regierung von Ulises Ruiz Ortiz (URO) in Gange ist. Dieser hat nicht nur das Potenzial die Sympathie der Arbeiter, der indigenen Völker und Sektoren der Massen in Oaxaca, sondern auch in Puebla, Mexico City etc. zu wecken, und so die landesweite Unzufriedenheit mit der Regierung und dem gesamten Staatsregime noch anzufachen.

Die Fallen welche die Regierung der Bewegung stellt

Die reaktionären Institutionen, die Unternehmer und die Massenmedien schreien nach einem „energischen“ Ausweg der die Ordnung und die Ruhe der herrschenden Klasse wieder herstellt. Während diese Provokationen ständig zunehmen bleibt die Repression immer noch eine schwierige Option für die Regierung, nicht etwa weil sie Gewissensprobleme damit hätten diesen heldenhaften Kampf mit Gewalt zu beenden, sondern weil sie weiß, dass sie nicht nur den Widerstand der Bewegung zu fürchten hat, sondern auch einen weiteren „Legitimitätsverlust“ des Regimes welcher nur die Anti-Wahlbetrugs Bewegung gegen die ille-

gitime Regierung Calderons und der PAN stärken würden.

Die Diskussion innerhalb der APPO

Die Falle, die die Regierung mit ihren Vorschlägen zur „Deeskalation“ gestellt hatte, hat eine wichtige Diskussion in der APPO ausgelöst, wie sich z.B. in der Versammlung vom 19. September gezeigt hat. Genauso wie der Versuch die Karawane zu stoppen, wurde der Vorschlag der Direktion der Sektion 22 der CNTE (Lehrgewerkschaft) den Unterricht wieder aufzunehmen, von der Basis entschieden abgelehnt.

Dem Druck der Regierung nachzugeben und auf ihre Erpressungen einzugehen (wie das leider ein Teil der Direktion der CNTE tut) kann zur Niederlage und zur Frustration der Bewegung und ihrer Forderungen führen. Angesichts der Repressions-Drohungen, ist es unabdingbar die „Topiles“ und Selbstverteidigungs-Komitees weiter auszudehnen bis sie eine echte bewaffnete Arbeiter- und Volkswacht der Massen darstellen, um die körperliche Integrität der Mitglieder der Bewegung zu gewährleisten und die Provokationen der Regierung und der Reaktion aufzulösen. Der beste Weg die Bewegung zu stärken und jedwede Attacke seitens der Polizei oder der Armee zu bremsen wäre, dass die APPO und die Sektion 22 alle Arbeiter und das Volk ganz Oaxacas und ganz Mexikos zur größtmöglichen Solidarität aufrufen. Die große Unzufriedenheit die überall herrscht, zeigt dass die Bedingungen für eine große nationale Mobilisierung gegeben sind, wie man an den Millionen sehen konnte die gegen den Wahlbetrug in Mexico City demonstriert haben. Gleichmaßen haben die Gewerkschaftszentralen wie die SME (Elektriker), die UNT (Unión Nacional de Trabajadores) und die CNTE (Lehrgewerkschaft) sowie die Kräfte der „Otra Campaña“ (Bewegung die von den Zapatisten ausgeht), die Verantwortung, zu einem großen solidarischen nationalen Streik aufzurufen und eine nationale Koordination zu garantieren um Oaxaca zu unterstützen. Initiativen wie die Asamblea de Solidaridad in DF müssen sich vervielfältigen. Eine solche Organisation würde auch den Kampf gegen die illegitime Regierung Calderón stärken.

Seitens der LTS unterstützen wir die Forderung „Ulisses muss weg“ aber

warnen gleichzeitig vor jedem Ausweg der einen anderen Politiker des Regimes (sei er von der PRI, von der PAN oder von der PRD) an die Macht bringt und nur die Konservierung der reaktionären Institutionen des Staates zum Ziel hat. Der Versuch die „Institutionen grundlegend zu reformieren“, wird die Essenz des jetzigen Regimes aufrechterhalten ohne die Forderungen des Volkes von Oaxaca zu gewähren. Falls sich dieser Ausweg konkretisieren sollte, würde er eine „Umleitung“ des Kampfes darstellen, die garantiert, dass die Ausbeutung, die Unterdrückung und die Armut weitergehen, für alle die Ausgebeuteten und Unterdrückten die sich heute dagegen auflehnen.

Dieser heroische Kampf stellt die Frage nach der Ergreifung der Macht danach wie man die Probleme der großen Mehrheit nachhaltig lösen kann. Deswegen muss man für den Fall von URO kämpfen und dafür, dass die APPO und die anderen Arbeiter-, Bau-



ern- und Volksorganisationen des Staates Oaxaca eine provisorische Regierung bilden. Diese Regierung müsste zu einer Revolutionären verfassungsgebenden Versammlung auf den Ruinen des heutigen Staates aufrufen, um über die Forderungen des Volkes zu diskutieren und Lösungen für sie zu suchen, als Teil eines nationalen Kampfes gegen das „régimen de alternancia“ (Zweiparteien – Wechselregierung).

Voraussetzung um in dieser Richtung weiterzukommen ist den Kampf auszuweiten und zu koordinieren, auf den ganzen Staat, auf alle Dörfer und Städte und alle Arbeiter dafür zu gewinnen. Wichtig wären vor allem die Arbeiter der Raffinerien und der Elektrizitätswerke, um mit ihnen einen unbegrenzten Generalstreik vorzubereiten, bis Ulises Ruiz gehen muss.

Dafür kann die APPO die Forderungen der Ausgebeuteten und Unterdrückten aufgreifen, wie eine radikale Landreform, die die Großgrundbesitzer enteignet und das Land an die armen Bauern verteilt, das Autonomierecht für die indigenen Völker, die Lohn- und

Arbeitsrechtforderungen der Arbeiter des ganzen Staates und gleichzeitig den Kampf für Arbeiterkontrolle in deren Betrieben vorantreiben.

Auch würde es den Kampf sehr verstärken, wenn die APPO gewählte Delegierte aus den Arbeitszentren, Dörfern etc. dazu einladen würde ihrer Base mit deren Mandat in der APPO zu repräsentieren. Dort wo die PRI mehr Kontrolle hat, können wir zur Bildung von Komitees Pro-APPO aufrufen.

Um diese Perspektive weiter voranzutreiben ist es von fundamentaler Wichtigkeit eine revolutionäre Arbeiterpartei zu gründen, in der die kämpferischsten Sektoren vertreten sind und die dafür kämpft, dass die APPO und die Arbeiter- und Volksorganisationen nicht nur ihre territoriale Macht behalten, sondern diese auf das gesamte Staatsgebiet ausdehnen und auf eine wirkliche Regierung der Arbeiter, Bauern und indigenen Völker hinarbeiten. Dies wäre die beste und effektivste Lösung für alle ihre Forderungen. In den Augen von Millionen von Arbeiter, Unterdrückten und Ausgebeuteten im ganzen Land könnte dies ein leuchtendes Beispiel für den Kampf sein: für den revolutionären Fall des Regimes „de alternancia“ das für sie sowieso nur mehr Hunger, Armut und Repression auf Lager hat.

Kuba

Welche Fragen wirft die Machtübertragung in Kuba auf?

Von: *Diego Dalay*

Quelle: *LVO Nr. 198*

Nach der Teilnahme am MERCOSUR Gipfel in Córdoba, Argentinien, und der Gedenkfeier des 26. Julis auf Kuba, verkündete Fidel Castro die Machtübertragung auf seinen Bruder Raúl da er sich einer dringenden Operation unterziehen musste. Diese Nachricht wurde auf der ganzen Welt schnell bekannt, und wurde Quelle aller möglichen Spekulationen über Fidels Zukunft und vor allem über den Kurs den das Land möglicherweise einschlagen könnte.

Gewiss ist, dass dieses Ereignis ein neues Moment im politischen Kurs der Insel darstellt, welcher Auswirkungen weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus haben wird. Zum ersten Mal in knapp fünfzig Jahren fand eine Machtübertragung statt, was verschiedene Sektoren veranlasste, ihre Karten bezüglich der sozialen und politischen Zukunft offen zu legen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika behalten ihre harte Gangart bei, welche das Abdanken von Castro und einen „demokratischen Übergang“ unter Einbeziehung aller Mittel impliziert. Vergangenen Monat hat die Bush Administration ihre Pläne für die Destabilisierung des Landes mit Hilfe der „Unterstützungskomitee für ein freiheitliches Kuba“ bekannt gemacht, die 80 Millionen Dollar für dieses Vorhaben bereitstellen, um oppositionelle Gruppen und Aktivitäten zu finanzieren. Am selben Dienstag kündigte der Pressesprecher des Weissen Hauses an, dass „wir nicht mit dem Gesundheitszustand Castros spekulieren können, aber wir arbeiten weiterhin für ein freiheitliches Kuba“ (The Guardian, 02.08.06).

Innerhalb imperialistischer Kreise werden aber auch hellsichtigere und weniger abenteuerliche Stimmen laut: „Washington müsste Kontakte mit den Nachfolgern knüpfen (...), eine rasche Lockerung des wirtschaftlichen Embargos könnte die angeschlagene Mittelklasse stärken und ihr helfen, eine akti-

vere Rolle im kommenden politischen Übergang zu spielen“ (The New York Times, 02.08.06).

Der spanische Imperialismus, der mit Kuba sehr eng zusammenarbeitet und ein notwendiges Bindeglied zwischen der Insel und Europa ist, zeigte sich versöhnlich und wünschte eine „rasche Genesung“ Castros. Der Sprecher der PSOE im spanischen Kongress, Diego López Garrido, sagte aber auch, dass seine Partei sich wünscht, dass Kuba sich auf den Weg in Richtung einer „vollen Demokratie begibt, die es heutzutage noch nicht gibt“ (Europa Press, 2/8/6). Der von allen Sektoren des nordamerikanischen oder europäischen Imperialismus an die große Glocke gehängte „demokratische Übergang“ ist die Formel, die das wahre Ziel, nämlich die Zerstörung der Errungenschaften der Revolution, die der kubanische Arbeiterstaat trotz seines bürokratischen Charakters bewahrt hat zu vollenden und die Rekolonisierung Kubas durch die großen Monopolen und den Imperialismus zu vervollständigen.

Die castristische Bürokratie ihrerseits versucht so zu tun, als ob nichts Ernstes geschähe, darauf pochend, dass die Machtübertragung „provisorisch“ ist, und dass sie im Rahmen einer gesetzmäßig „geordneten Nachfolge“ geschieht. Ihre Politik besteht darin, eine „geordnete Nachfolge“ durchzusetzen, die ihr ermöglicht an der Macht zu bleiben und, bei strikter Kontrolle der Massen, als Gesprächspartner gegenüber den imperialistischen Interessen zu fungieren. Es wäre ein „Castrismus ohne Castro“, mit dem sie ihre enormen Privilegien aus ihren Beziehungen mit dem ausländischen Investoren, aus den leitenden Stellen in den mit dem ausländischen Kapital verbundenen staatlichen Unternehmen im Export- und Tourismussektor bzw. die aus dem Schwarzmarkt entstandenen wirtschaftlichen Vorteile, sichern könnten.

Die „Nachfolge“ würde jedoch

ein viel schwächeres Regime ohne die unersetzliche Figur Fidels mit sich bringen, was mit hoher Wahrscheinlichkeit die Beziehung der Bürokratie mit den Massen schwächen und den innerparteilichen Kampf um Machtsphären zwischen den verschiedenen Flügeln der Bürokratie entfachen würde. Außerdem, wie wir gesehen haben, wurde die „Nachfolge“ bisher von den Vereinigten Staaten nicht abgesegnet. Die revolutionären Sozialisten der Trotzkiistischen Fraktion für die Vierte Internationale lehnen von vornherein jeglichen Versuch des Imperialismus ab die Situation auszunutzen, um eine seinen Interessen günstigeren Ausgang zu forcieren. Gegen jegliche imperialistische Provokation verteidigen wir die kubanische Revolution. Gleichzeitig denken wir, dass die Kontinuität der castristischen Bürokratie, d.h., eines „Castrismus ohne Castro“ oder mit seinem Bruder nur die Schwächung des kubanischen Arbeiterstaates bedeuten würde. Somit wären Tür und Tor der Stärkung der restaurationalistischen Kräfte geöffnet.



Fidel und Raul

Wie wir im Artikel „Kuba am Kreuzweg“ schon gesagt haben, gehen wir immer noch davon aus, dass „die Revolution noch am Leben ist. Noch konnten weder die imperialistische Belagerung noch die schreckliche bürokratische Leitung ihre Kräfte erschöpfen“ (...)Im Fall der militärischen Aggression stehen wir bedingungslos auf der Seite Kubas um den Imperialismus zu besiegen. Aber in keinem Fall würde das bedeuten, der castristischen Führung politische Unterstützung zu geben, die die Eroberungen der Revolution in den Ruin führt, die Massen demoralisiert und den Weg für die Restauration des Kapitalismus öffnet. Es ist nicht möglich, den Kampf gegen den Imperialismus von den Aufgaben der politischen Revolution zu trennen und diese für eine „zweite Etappe“ zu hinterlassen. Die Verteidigung der Revolution ist die erste Aufgabe und hat den unversöhnlichen Kampf gegen die Herrschaft der

Bürokratie und für ein Regime der Arbeiterdemokratie zur Voraussetzung (...) basierend auf den Machtorganen der Werktätigen, die von unten bis oben demokratisch organisiert sind, gebildet aus direkt gewählten Vertretern, mit Basis Mandat die zu jeder Zeit abrufbar sind und nicht mehr erhalten als ein qualifizierter Arbeiter verdient“.¹

Volle politische und organisatorische Freiheiten für die Arbeiter sowie jene Parteien, die die Revolution verteidigen! Für das Streik- und Unabhängigkeitsrecht der Gewerkschaften, Fabrikkomitees oder die Organisationsformen, die die Arbeiter sich wünschen!

Gründliche Revision der wirtschaftlichen Politik der Zugeständnisse an das ausländische Kapital! Arbeiterkontrolle in Industrie und Verwaltung der Ressourcen! Nieder mit den Privilegien der Bürokratie!

Nieder mit der Politik der friedlichen Koexistenz mit dem Imperialismus und der Unterstützung der „befreundeten Bourgeoisien“ der Halbkolonialen Welt! Die Verteidigung der kubanischen Revolution ist eng mit dem Sieg der Arbeiter und armen Bauern in Lateinamerika und der ganzen Welt verbunden!

Für eine Regierung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte!

Fußnoten

¹ Kuba am Scheideweg, von Eduardo Molina in dieser Ausgabe der Internationalen Strategie.

Gefahren und Herausforderungen Die kubanische Revolution und der Marxismus

Kuba am Scheideweg

Überlegungen über seine Geschichte und Gegenwart

Von Eduardo Molina

Einleitung

Die kubanische Revolution hat wieder einen wichtigen Platz in der lateinamerikanischen und internationalen Politik seit ihrer Einbeziehung in die sogenannte „Achse des Bösen“ durch die Regierung Bush und weil es in den politischen Regimen der wesentlichen herrschenden Klassen im Süden Amerikas einen Wechsel gegeben hat. Fidel Castro hat als Ehrengast die Amtseinführung von Lucio Gutierrez in Ekuador, Nestor Kirchner in Argentinien und Lula da Silva in Brasilien gefeiert. Andererseits ist durch die kürzlichen Erschießungen von drei Schiffsführern und die Verurteilung dieses Ereignisses durch Intellektuelle, die sich bis vor Kurzem sehr zu ihrer Verbindung zum Castrismus bekannt haben, die Diskussion über den Charakter des kubanischen Regimes an erste Stelle gerückt. Gleichzeitig zeigt die Neuordnung unter den kubanischen Dissidenten, wo sich ein Sektor hervorhebt, der nicht zu den Würmern von Miami gehört, um die sogenannte Nachfolge von Fidel Castro auf der Insel zu erlangen, die in den imperialistischen Medien und von der Opposition zum castristischen Regime der Übergang genannt wird, die Wichtigkeit davon.

Dieser Artikel will ein Zugang sein zum nötigen politischen und programmatischen Nachdenken über Kuba und die Gefahren, die die Revolution belauern, sowie eine politische Erklärung geben - aus dem Blickwinkel der permanenten Revolution - für die Entstehung, die Dynamik und die Entwicklung des kubanischen sozialen Prozesses, der viele Leidenschaften und Klagen in den Gruppen der Linken und der Intellektuellen im Verlauf dieser Geschichte erweckt hat.

Kuba am Scheideweg

Kuba ist wieder im „Auge des Hurrikans“. Der steigende imperialistische Druck, die Krise der kubanischen Wirtschaft nach einem Jahrzehnt der „Marktreflexen“ und der Zugeständnisse an das ausländische Kapital im Namen der „Spezialperiode“, die Debatte über den zukünftigen politischen Weg nach Fidel, während der äußere Druck erstarkt um einen „Übergang“ zu erzwingen, der den Weg zur kapitalistischen Rekolonisation freigibt, sind die Schlüssel dieses Scheideweges.

Natürlich, die Zukunft von Kuba erweckt wachsende Diskussionen in den Medien der Linken im Weltmaßstab und besonders in Lateinamerika. Es ist offensichtlich, daß abgesehen von der „automatischen Übereinstimmung“ der stalinistischen Linken mit dem offiziellen Diskurs von Castro: „der Aufbau des Sozialismus ist endgültig und die Garantie sind Fidel und die KP Kubas“ und der „Kritik“ der sozialdemokratischen Höflinge der bürgerlichen Demokratie: „der Markt hat gesiegt, ein Übergang zur Demokratie ist nötig“, durchläuft eine legitime Sorge breite Sektoren. Was bedeuten die wirtschaftlichen Änderungen in Kuba? Hält sich dadurch die kubanische Revolution oder ist die Rückkehr des Kapitalismus unvermeidlich? Wie kann man die Revolution verteidigen?

Die Diskussion unter Marxisten (besonders im Kreis der trotzkistischen Bewegung) hat zwei Pole: derjenigen, die mehr oder weniger kritisch der kubanischen Führung politische Unterstützung geben (oder ihre Hoffnungen in einen Teil davon legen) und sich der castristischen Bürokratie angepaßt haben, und derjenigen, die von verschiedenen theoretischen Positionen aus die Existenz eines Arbeiterstaates in Kuba bestreiten, und sei es auch eines tief bürokratisierten, und in ihrer Kritik zu

halbsozialdemokratischen Positionen ableiten (wie die LIT, der argentinische MAS, die britische SWP). Wir halten uns nicht mit der Kritik an beiden Richtungen auf sondern weisen darauf hin, daß es ihnen nicht gelingt auf marxistischen Art, wissenschaftlich, von dem Prozeß den Kuba erleidet und von den Aufgaben des kubanischen Proletariats Rechenschaft zu geben.

Einmal mehr wird die „kubanische Frage“ zu einem „Stein des Anstoßes“ für die revolutionäre marxistische Politik, speziell in den Vereinigten Staaten und Lateinamerika. Wir glauben, daß der unerlässliche Anfangspunkt, um sich dieser Frage zu stellen, das breite theoretische, methodologische und programmatische Arsenal ist, das Trotzki zum Studium der Probleme des nachrevolutionären Rußland und seiner bürokratischen Degenerierung ausgearbeitet hat. Dies sollte auch durch die Bilanz des Desasters, in das der Stalinismus die Sowjetunion und die Länder des Ostens geführt hat, erweitert werden. Die von Trotzki in brillanten Analysen, wie in der Verratenen Revolution, verfeinerte Methode erlaubt es, den Determinismus einer rein ökonomischen Betrachtungsweise (den einige haben, die der Meinung sind, die kapitalistische Restauration sei schon realisiert oder unvermeidlich) oder den Subjektivismus einer im wesentlichen politischen Betrachtungsweise (die eine Garantie dagegen in der fidelistischen Führung sieht) zu überwinden und, wesentlich, eine marxistische Analyse (zusammenhängend und dynamisch) mit der Strategie der politischen Revolution als einem teilweisen Ausdruck der Theorie und des Programms der permanenten Revolution zu artikulieren und erlaubt eine unabhängige und revolutionäre Arbeiterpolitik für die konsequente Verteidigung der Revolution vor ihren äußeren und inneren Feinden zu entwerfen.

Mit dem hinauswerfen des Imperialismus und der Enteignung der Kapitalisten und der einheimischen und ausländischen Großgrundbesitzer Anfang der 60er Jahre, errichtete die kubanische Revolution den ersten Arbeiterstaat von Amerika und verzauberte die lateinamerikanischen Massen in ihrem Kampf gegen kapitalistische und imperialistische Ausbeutung. Jetzt, wo die Arbeiterklasse von Kuba die vielleicht schwierigsten Problemen und Aufgaben in ihrer Geschichte gegenü-

bersteht, sind mehr denn je eine marxistische und internationalistische Klassenprogrammatische und -strategie notwendig, die sich zu einem Programm der Arbeiterdemokratie, der politischen Revolution und des Anstoßes zu einer internationalen sozialistischen Revolution entwickeln kann. *Die Verteidigung von Kuba verlangt die Revolution zu revolutionieren.*

Die Beurteilung der Situation der kubanischen Wirtschaft, des Grades des Vordringens der restaurationalistischen Tendenzen und der Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur, in der Dynamik der politischen Kräfte und in der Situation der Arbeiterklasse ist grundlegend für die Ausarbeitung einer programmatischen und politischen Antwort auf die strategischen Aufgaben des kubanischen Proletariats. Das ist die Orientierung, die die fortgeschrittensten Elemente in Kuba benötigen, die einen Weg suchen der sowohl vom Fidelismus und seinen Freunden als auch von den probürgerlichen und proimperialistischen „Dissidenten“ unabhängig ist. Diese Arbeit versucht ein kleiner Beitrag in diese Richtung zu sein. Es wurde vorzugsweise auf offizielle Daten und auf Veröffentlichungen von staatlichen und universitären Institutionen von Kuba zurückgegriffen.

Die Wirtschaft der „Spezialperiode“

I „Verteidigung des Sozialismus“ oder Rückkehr zum Kapitalismus?

Das „optimistische“ offizielle Trugbild der kubanischen Regierung behauptet, daß das schlimmste der Krise der 90er Jahre schon hinter uns liegt. Die Politik der sogenannten „Spezialperiode in Zeiten des Friedens“, basierend auf der wirtschaftlichen „Öffnung“, dem freien Kurs des Dollars, den Marktreformen und den Zugeständnissen an das ausländische Kapital, die als nötiges aber zeitweiliges Zugeständnis dargestellt wurde, setzte sich zur gleichen Zeit durch, als erklärt wurde, daß der „Aufbau des Sozialismus endgültig ist“. Die Erholung, die auf die kritischen Jahre 1992 - 94 folgte, wird als Beweis des Erfolges und der Richtigkeit dieser Politik und Garantie des Überlebens des „kubanischen Gegenmodells“ angeboten. Ein Bewunderer der gegenwärtigen Orientierung sagt:

„Der pragmatische pluralistische Sozialismus der während der 90er durch Anstöße der dramatischen Umstände ausgeübt wurde ist gar kein Paradies sondern besser gesagt eine vernünftige Alternative, die den Kubanern erlaubt, in einer karibischen und lateinamerikanischen Umgebung, die jeden Tag mehr der Hölle gleicht, in Würde zu überleben.“⁴¹

Wir leugnen nicht, daß ein kleines Land, schwach und bedrückt durch die imperialistische Belagerung, sich gezwungen sieht Zugeständnisse zu machen und zu manövrieren, um die Widersprüche des Weltmarktes ausnützend zu überleben. Trotzdem, weit entfernt eine „vernünftige Alternative“ zu sein, untergräbt die von Fidel und der kubanischen Führung als Antwort auf die Krise der 90er angenommene Orientierung schwerwiegend die fundamentalen Grundlagen der nationalisierten Wirtschaft und ermutigt die Bildung von starken prokapitalistischen Kräften auf der Insel und bereitet neue Krisen vor.

Die „Freunde von Fidel“ behaupten „Es ist nicht möglich, gegenwärtig vom einem Übergang zum Kapitalismus auf Kuba zu sprechen.“⁴² Ausgehend von einem gegensätzlichen Blickwinkel gelangen viele kubanisch - amerikanisch „Kubanologen“ und die Vertreter der „Dissidenten“ zu ähnlichen Schlußfolgerungen: „In Kuba findet ein sozialer Übergang statt der in den letzten 3 oder 4 Jahren seinen Rhythmus merklich beschleunigt hat, nachdem der Beginn am Anfang der 90er Jahre sehr langsam war. Aber er ist noch nicht ausreichend um zu erlauben in kurzer Frist den Weg zur Demokratie zu öffnen.“⁴³ Es gibt dabei ein Körnchen Wahrheit: Kuba hat noch nicht aufgehört ein Arbeiterstaat zu sein. Aber Tatsache ist, daß die Politik der Reformen der kubanischen Führung zu einer Zerstörung der nationalisierten Wirtschaft führt und die starken prokapitalistischen Tendenzen anheizt, die unkontrollierbar zu werden und zum Ruin der kubanischen Revolution zu führen drohen. Es steht auf dem Spiel ob die grundlegenden Eroberungen der Revolution erhalten werden, die die elementaren Grundlagen des Übergangs zum Sozialismus sind, oder ob Kuba das selbe Schicksal wie die alte Sowjetunion, die Länder Osteuropas und China erleidet, das heißt, ob es zum Abgrund der Zerstörung und der kapitalistischen Restauration steuert.

Der Charakter der kubanischen Gesellschaftsformation

Der Staat, der aus der Revolution entstand, war s von Anfang an deformierter Arbeiterstaat“, weil es keine Regierung der Arbeiterdemokratie gab und sich unter dem Schutz der fidelistischen Führung schnell eine privilegierte Bürokratie herauskristallisierte, ein parasitärer Körper am entstehenden Organismus des Kubas der Arbeiter und Bauern. Dieser Prozeß wurde erleichtert durch die schnelle Integration der Insel in das sogenannte „sozialistische Lager“ unter dem Schutz der Sowjetunion.

Vom Standpunkt der Entwicklung des Übergangs zum Sozialismus war diese Erscheinung entscheidend für die Widersprüche und besonderen Wesenszüge der nachrevolutionären Gesellschaftsformation und ihrer Dynamik.

Die Enteignung der kubanischen Bourgeoisie, die Nationalisierung des größten Teils des Bodens und die Verdrängung des Imperialismus schufen die unentbehrlichen Grundlagen um den Übergang zum Sozialismus einzuleiten: die Nationalisierung der wichtigsten Produktionsmittel, die Einführung des Außenhandelsmonopols, das Verbot der Ausbeutung von Lohnarbeit, die Wirtschaftsplanung usw. Aber diese Wandlungen von historischer Bedeutung schufen nur die Grundlage, um den Übergang einzuleiten. Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist eine Aufgabe von historischer Tragweite, die nur im Weltmaßstab gelöst werden kann, mit der endgültigen Niederlage des Imperialismus und auf der breitesten Entwicklung der Produktivkräfte und der Kultur. Natürlich kann ein rückständiges und halbkoloniales kleines Land, mit einem sehr niedrigen Niveau der Industrialisierung, knappen Ressourcen und kleiner Bevölkerung, isoliert und knapp 90 Meilen vom hegemonialen Imperialismus entfernt, nicht allein den Weg zum Sozialismus vollenden.

Aber das entscheidende Problem ist, daß die fidelistische Bürokratie eine schwere soziale und politische Reaktion innerhalb der Revolution bedeutet. In der gleichen Zeit, als sie die Insel gegen den Imperialismus verteidigte und in einer ersten Periode die revolutionären Eroberungen festigte (obwohl mit desaströsen Methoden), provozierte sie schwerste Verzerrungen und Deformationen am jungen Arbeiterstaat.

Trotz der anfänglichen Fortschritte, die die ungeheure Überlegenheit der nationalisierten Wirtschaft über den halbkolonialen Kapitalismus bewiesen, führten zu der bürokratische Parasitismus und seine desaströse Führung (unter dem utopischen Anspruch des „Aufbaus des Sozialismus auf einer einzelnen Insel“) unvermeidlich mehrfache Scheitern, riesige Disproportionen in der Wirtschaft, wachsende Unzufriedenheit bezüglich der Befriedigung der Bedürfnisse der Massen und technologische Rückständigkeit. Dadurch wurde die Möglichkeit blockiert, weitere entscheidende Schritte im Übergang zum Sozialismus zu machen. Die Fortdauer ihrer Herrschaft begann dazu zu führen, die wesentlichen Eroberungen der Revolution zu untergraben, um in die aktuelle schwere Krise zu führen und sie schließlich mit dem Ruin zu bedrohen.

Wenn wir eine Kurve der ökonomischen Entwicklung des nachrevolutionären Kuba zeichnen, könnten wir schematisch sagen:

- 1959 - 65. Der Ausgangspunkt⁴ weiter unten in diesem Dossier, die mit der Befestigung der nationalisierten Wirtschaft und der neuen Gesellschaftsstruktur, aus der sich die Bürokratie herauskristallisierte und das politische System seine grundlegenden Umrisse erwarb. Somit wurde, trotz der Belagerung durch den Imperialismus und der geerbten Rückständigkeit, eine wichtige Phase eines bedeutsamen Entwicklungsprozesses der Produktivkräfte und der Anhebung des materiellen und kulturellen Niveaus des kubanischen Volkes, was einen historischen Sprung vorwärts bedeutete.

- 1965 - Ende der 70er: sie bedeuteten den mißglückten Versuch der Industrialisierung und den Schritt von der relativen Autonomie (abgeschlossen durch die Krise bei der großen Zuckerrohrernte von 1970) zur Integration in den RGW, das volle Bündnis mit der Sowjetunion. Der nach der Krise von 1970 von Fidel gewählte Weg war die enge Verbindung mit dem „sozialistischen Lager“, wodurch die „Spezialisierung“ auf Zucker und einige wenige andere Produkte als Teil der angeblichen „sozialistischen Arbeitsteilung“ auf den Märkten des RGW verstärkt wurde. Das, zusätzlich zur massiven sowjetischen Hilfe (in Anleihen, lieferbar in Erdöl usw.), hatte für einige Jahre Wirkungen, die erlaubten, die Erdröselung der kubanischen Wirt-

schaft zu mildern und Mittel für die Verbesserung des Sozialsystems und des kulturellen Niveaus zu verwenden. Die strukturellen Ergebnisse waren jedoch desaströs. Nicht nur weil sie die Möglichkeit einer großen industriellen und technologischen Entwicklung blockierten, sondern auch weil sich die Grenzen des „sozialistischen Austausches“ dramatisch gegen Kuba wendeten und sich die bürokratische Deformation verschärfte, indem sie in extremer Weise das „sowjetische Modell“ nachahmte.

- Anfang der 80er - 1989: Die Tendenz zur Stagnation konnte nicht überwunden werden und trotz des Zickzacks mißglückten systematisch die Anstrengungen des Regimes: vom Versuch einiger frühzeitiger Markt-reformen, wie der Eröffnung der Bauernmärkte und Freiräumen für selbständige Arbeit am Ende der 70er, ging man 1986 über zur „Periode der Berichtigung von Fehlern und negativen Tendenzen“, ohne große Erfolge zu erzielen. Wenn bis 1985 die kubanische Wirtschaft jährlich um durchschnittlich 3,1% wuchs, setzte seit diesem Jahr die „Verlangsamung und die Instabilität“ ein, bis zum Beginn der entscheidenden Krise 1990.

Schon in den 80er Jahren war es deutlich, daß Kuba die typischen Widersprüche jeder bürokratischen Planung erlitt. Ernest Mandel faßte sie so zusammen: „Der Widerspruch zwischen dem geplanten Charakter der sowjetischen Wirtschaft und dem privaten Interesse der Bürokraten, betrachtet als hauptsächlich Motor für die Erfüllung des Plans (...) seine Effekte kombinieren sich mit zwei anderen Widersprüchen, die aus dieser bürokratischen Maßnahme resultieren: der Widerspruch zwischen dem hohen Entwicklungsniveau der Produktivkräfte und dem Mangel an Konsumgütern auf der einen Seite, der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der vollständigen Planung und den unheilvollen Konsequenzen der bürokratischen Überzentralisierung auf der anderen Seite.“⁵ Im Fall von Kuba finden sich diese Widersprüche wegen seiner besonderen Situation verschärft: der geerbte Charakter der von Agrarexporten abhängigen und rückständigen Wirtschaft, die kleine Bevölkerungszahl und der Mangel an eigenen materiellen Mitteln, die Isolation durch die imperialistische Einkreisung und die sowjetische Politik, die eine untergeordnete Spezi-

alisierung Kubas auf den Märkten des RGW als Gegenleistung für seine massive Hilfe erzwang (die untergeordnete Spezialisierung verewigte die historischen Deformationen der auf Zucker ausgerichteten Wirtschaft und schuf neue).

Die schlechten Folgen der bürokratischen Maßnahmen waren eine unbestreitbare Erscheinung: „Die Baubetriebe gewannen mehr, wenn sie Erde bewegten, wenn sie den Bau angingen, wenn sie die Fundamente legten, wenn sie Gerüste montierten; sie gewannen viel mehr und hatten Zulagen, Prämien usw., aber wenn sie den Bau zu beenden hatten, war die Produktivität sofort sehr viel niedriger, es gab kein Interesse, den Bau zu vollenden (...) die Baustellen fingen an, sich zu verewigen und wurden nicht beendet (...) Gemäß einer Analyse von CEE (...) hat sich die durchschnittliche Verzögerung der Investitionen zeitlich rasch vergrößert, am Ende der analysierten Periode <1980 - 1988> hatte sich die Zeitdauer der Bauausführung praktisch verdreifacht (...) Die selbe Quelle zeigt andere Probleme, die sich auf den Investitionsprozeß beziehen, wie den Kostenanstieg für Investitionen, die den Gesamtwert der Investitionen weit überstiegen, sowie die Änderungen beim Fortgang der Realisierung von Projekten, gelegentlich auf Baustellen, wo sogar Investitionen ohne vorbereitete Dokumentation durchgeführt werden.“⁶ Eine weitere neue Studie zieht eine folgende Bilanz über den veralteten „Standard des industriellen Wachstums“: „die entwickelten industriellen Kapazitäten stützten sich auf die Verwendung von Technologien, die durch eine merkliche Verspätung gegenüber den Weltstandards, hohes Niveau an Verbrauch von Energie, Kraftstoffen und primären Rohstoffen, unflexiblen technisch - produktive Schemata und ein niedriges Niveau der Integration, Kooperation und produktiven internen Ergänzung, charakterisiert waren.“⁷

Mit diesen Methoden war es unmöglich, die wirtschaftliche Stagnation, Rückstand in der technologischen Erneuerung, die niedrige Arbeitsproduktivität, die Mangelprobleme, die schlechte Qualität der Konsumgüter usw. zu bewältigen. Nach 1989 konnte die explosive Kombination der äußeren Wirkungen (der Zusammenbruch der Sowjetunion und der schlagartige Abbruch der Verbindungen, von denen Kuba abhing) und der von innen kom-

menden Krise, die durch die bürokratischen Maßnahmen verursacht war, nur katastrophale Ergebnisse haben.

II. Der „Ofen der 90er“

„In unserer Geschichte ist das jetzt endende Jahrzehnt nur vergleichbar mit dem, in dem wir zwischen 1959 und 1965 lebten. Jenes Jahrsiebt stellt eine Wasserscheide im geistigen Leben unserer Nation dar. Es waren die Jahre der Revolution. (...) Und im Ofen der 90er fing diese Suppe an zu kochen, zusammengesetzt aus Unternehmern und Abenteurern, den Einkaufsstrassen und als Burguis getarnten McDonalds, den freiwilligen Arbeiten und der Wiedererlangung des Denkens des Che, den „Kamelen“ und den Touristentaxis, den Fünf-Sterne-Hotels und der Reparatur der privaten Wohnungen.“⁸

Tatsächlich, die Wasserscheide der 90er bedeutet eine entscheidende Wendung, aber ihr Richtung ist entgegengesetzt zu dem der heldenhaften Jahre der Revolution. Jetzt geht man in Richtung „der radikalen Restrukturierung der politischen Ökonomie, der Methoden der sozialen Regulierung und der herrschenden ideologisch-kulturellen Produktion der letzten Jahrzehnte. Hier ist ein Zeichen der qualitativen Transformation von großer Bedeutung zu bemerken: die allmähliche marktwirtschaftliche Kolonialisierung der Sphären der gesellschaftlichen Betätigung, durch die vielfältige Herausforderungen entstehen, die den zentralen Inhalt der Politik betreffen: die Machtverteilung. Wenn wir von der unbestreitbaren Wahrheit ausgehen, daß die Verbindung des kämpferischen Antiimperialismus mit kostenlosen sozialen Diensten nicht identisch mit Sozialismus ist, dann stellt sich die Frage hinsichtlich der Größe dieser Wandlungen des Systems, in erster Instanz auf der sozialen Ebene (und hauptsächlich der Ebene der sozialen Klassen), und später in der völligen Neuformulierung der Politik.“⁹

Der kritische Moment dieses Prozesses sind die Jahre von 1992 bis 1994, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und Osteuropas und dem plötzlichen Abbruch der Verbindungen und der für Kuba wesentlichen wirtschaftlichen, finanziellen, technologischen und politischen Hilfe.¹⁰

Der Warenaustausch brach um 75% ein. Es verschwand nicht nur die sowjetische finanzielle Hilfe, sondern die Lieferung der wichtigsten Güter

wurde unterbrochen, Erdöl, Ersatzteile, Grundstoffe usw., unentbehrlich um den Produktionsapparat in Gang zu halten, und es verschlossen sich die Märkte für Zucker, Nickel und andere kubanische Produkte. Der nordamerikanische Imperialismus benutzte das Toricelli-Gesetz (1992) und das Helms-Burton -Gesetz (1996) um die Blockade zu verstärken und den Druck zu erhöhen, mit dem Ziel den Zusammenbruch zu beschleunigen.

Zwischen 1989 und 1993 brach das Bruttoinlandsprodukt von Kuba um ein Drittel ein. 1993 war der Konsum der Bevölkerung um 30% geringer als 1989. „1989 erreichten die Exporte von Kuba 5.400 Millionen Dollar und die Importe 13.500 Millionen, aber 1994 sanken die ersten auf 1.300 Millionen und die zweiten auf 3.600 Millionen. Das Handelsdefizit – eine chronische Krankheit – setzte sich fort, aber jetzt ein beträchtlich verringertes produktives System ernährend. In der Periode 1989-93 stürzten das BIP und die Arbeitsproduktivität real jährlich um durchschnittlich 12% ab und die Auswirkung für die Bevölkerung war verheerend: der pro-Kopf-Konsum von Fleisch sank von 39 kg 1989 auf 21 im Jahr 1994; der von Fisch von 18 auf 8 kg; der von Milchprodukten von 144 auf 53 kg; der von Gemüse von 59 auf 27 kg. Der Energiemangel, hervorgerufen durch das Verschwinden der sowjetischen Erdöllieferungen, trat als die schwerwiegendste Tatsache in einem Panorama des Unheils auf. Die Wirtschaft war kurz vor dem Abgrund, die Revolution schien zu Ende zu gehen, die große lateinamerikanische Utopie des 20. Jahrhunderts war in Agonie.“¹¹

Die Regierenden in Havanna wohnten praktisch bestürzt den Zusammenbruch ihrer Partner im Osten bei, indem sie bis zum Ende auf die am meisten diskreditierten stalinistischen Führer unterstützten und hofften, daß „etwas“ das Unglück verhindern würde. Die politische Krise traf die KPK auf ihrem IV. Parteitag, der im Oktober 1991 abgehalten wurde. Sie drückte sich aus in einem „harten Flügel“, geleitet von General Ochoa, und einem „reformistischen Flügel“, dessen Anführer Carlos Aldana war. Fidel köpfte beide Tendenzen (Aldana verlor sein Amt und Ochoa wurde wenig später verurteilt und erschossen) um einen dazwischenliegenden Kurs der graduellen Reformen zu bekräftigen. Der Rahmen dafür war die sogenannte

„Spezialperiode in Friedenszeiten“, die sich an das Konzept der „Spezialperiode in der Kriegszeit“ anlehnte war. (Dieses handhabte die kubanische Verteidigung in einem hypothetischen Konflikt für den Fall einer völligen Blockade durch die Vereinigten Staaten angesichts der Situation, in der „plötzlich, über Nacht, jeder Handel mit dem sozialistischen Lager und der UdSSR verschwand“.)

Gewöhnlich wird die von Fidel gewählte Politik mit dem Argument gerechtfertigt, daß entweder der wirtschaftliche Kurs der vergangenen Jahrzehnte geändert oder Kuba umkommen würde. Tatsächlich gab es drei mögliche strategische Wege:

a) Die demokratische Annahme eines zentralen Plans, mit dem hauptsächlich Ziel, die Kräfte der Arbeiterklasse zu schützen und die wesentlichen Errungenschaften der Revolution zu sichern. Obwohl Zugeständnisse an das ausländische Kapital und ein bestimmter Grad von „Markt“ als unvermeidliche Rückzüge eingeschlossen werden müssen, gäbe es das Gegengewicht einer aktiven führenden Rolle des Proletariats (durch seine Gewerkschaften, Sowjets oder Arbeiterkomitees und seine revolutionären Parteien und Tendenzen) und einer breiten Arbeiterdemokratie die, darüber hinaus, eine internationalistische Politik der Unterstützung der Prozesse der Klassenkämpfe erfordert. Aber an die revolutionäre Mobilisierung der Massen zu appellieren um der Krise zu widerstehen bedeutet, einen Prozeß der „Revolution in der Revolution“ hervorzurufen, der nicht nur die absolute politische Kontrolle durch Fidel und die KPK bedrohen, sondern zur Beseitigung der parasitären Bürokratie selbst führen würde. Natürlich besteht die Möglichkeit einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen „Selbstreform“ des Castrismus in einem revolutionären Sinne nicht. Angesichts der Unmöglichkeit, die „Unbeweglichkeit“ beizubehalten, bleiben der Bürokratie nur Möglichkeiten, die sie objektiv auf den Weg der kapitalistischen Restauration führen werden.

b) Eine Kehrtwendung zur offenen Restauration, mit zwei Varianten:

· Die Strategie der wirtschaftlichen „Öffnung“ und der politischen „Liberalisierung“ die, in einer kubanischen Version von Gorbatschows

glasnost und *perestroika*, Markt-reformen bringen und das politische Monopol der KPK allmählich schwächen würde. Aber diese Politik wurde in Rußland ein riesiger Mißerfolg und wäre außerdem in Kuba nicht praktikabel, denn die Feindseligkeit des nordamerikanischen Imperialismus und die Existenz einer starken Bourgeoisie im Exil lassen keinen Platz für eine Vereinbarung, die die Positionen der castristischen Bürokratie bewahren würde.

· Der „chinesische Weg“ (prokapitalistische Reformen unter Beibehaltung einer scharfen bonapartistischen Kontrolle durch die KP, wie sie von der maoistischen Bürokratie seit dem Ende der 80er Jahre durchgeführt wird). Dieser Weg würde in erster Linie eine Niederlage der kubanischen Massen und eine Übereinkunft mit dem Imperialismus bedeuten. Ohne Zweifel ist Kuba nicht China, nicht nur wegen der Größe des Landes und wegen der wenigen Möglichkeiten, die für ausländische Kapitalanlagen angeboten werden können (während sich China in eine „Lunge“ des Weltmarktes verwandeln konnte), sondern wegen der andersartigen Beziehung zum Imperialismus und vor allem weil die kubanischen Massen keine Niederlage erlitten haben, die vergleichbar wäre mit der stalinistischen politischen Konterrevolution in der UdSSR in den 30er Jahren oder dem, was die chinesischen Studenten und Werktätigen nach dem Massaker auf dem Tian-an-Men-Platz 1989 erlitten haben.

Die Bürokratie in Havanna muß sich unter strategischen nationalen und internationalen Bedingungen bewegen, die bestimmt werden durch die grundlegende Tatsache der Lebenskraft der kubanischen Revolution, die extreme imperialistische Feindseligkeit, auf einem Kontinent in Aufruhr, wie es Lateinamerika ist – was ein erheblicher Hindernis für die imperialistischen Anmaßungen darstellt – , sowie durch die Verbindungen, die die regierende Gruppe mit den Massen aufrecht erhält. Es verblieb, einen „dritten Weg“ zu entwerfen:

c) Die Politik wachsender wirtschaftlicher Zugeständnisse, zurückgreifend auf die Zusammenarbeit mit dem ausländischen Kapital und die Einführung von Marktmechanismen in immer größerem Umfang. Trotzdem

wurde das Monopol der politischen Macht aufrechterhalten, ohne die Massen frontal anzugreifen. Vielmehr stützte man sich auf sie, um der imperialistischen Feindschaft zu widerstehen. Diese Politik ähnelt unter einigen Gesichtspunkten den ersten Reformen in der UdSSR und China und objektiv bereitet sie die Bedingungen für einen Sprung in die Restauration vor. Der von Fidel eingeschlagene Weg – der Zickzacks nach links und rechts nicht ausschließt – ist eine Sackgasse, die unvermeidlich zu den Varianten der offenen Restauration („russisch“ oder „chinesisch“) oder zur politischen Revolution führt.

Tatsächlich wurde in den folgenden Jahren eine bedeutende Erholung erreicht, die mit 1989 vergleichbare Kennziffern des BIP zurückbrachte. Dadurch „wurde es geschafft, den katastrophalen Absturz der Wirtschaft aufzuhalten und seit 1995 einiges Wachstum zu erreichen, dessen Größe auf etwas mehr als 12% geschätzt wird. Es muß anerkannt werden, daß sich damit der Weg verschloß, den die amerikanischen Ultrarechten und ihre Partner in Miami anstrebten: ein Marsch „nach Art der Konterrevolutionäre von Versailles“ gegen eine wirtschaftlich zusammengebrochene Revolution.“¹² Allerdings nur die gewaltigen Möglichkeiten und die Widerstandsfähigkeit der nationalisierten Wirtschaft und das Heldentum und die Opferbereitschaft des kubanischen Volkes erlaubten es, den Zusammenbruch zu verhindern. Aber der Wirtschaftskurs, den Fidel eingeschlagen hat, öffnete zur selben Zeit, als sich einige „heilsame Effekte“ in der geschwächten kubanischen Wirtschaft einstellten, die Türen zu einer „marktwirtschaftlichen Kolonialisierung auf allen Gebieten“. Dadurch wurden neue und große Widersprüche geschaffen, die grundlegend durch die Öffnung zum kapitalistischen Weltmarkt, die Ausbreitung der Marktmechanismen und die Stärkung der prokapitalistischen Tendenzen verursacht wurden. Diese Erscheinungen sind dadurch viel gefährlicher, daß keine wirkliche Arbeiterdemokratie der Massen als Gegengewicht besteht. Diese Wirtschaftspolitik schwächt die Grundlagen der nationalisierten Wirtschaft selbst und droht die Kräfte zu entfesseln, die offen die kapitalistische Restauration anstreben.

III. Die Reformen

Die Wirtschaftspolitik der Spezialperiode wurde mit der Notwendigkeit gerechtfertigt *„die Wiedereinbeziehung der kubanischen Wirtschaft in den Weltmarkt zu bewerkstelligen und den äußeren Zusammenbruch des lokalen Produktionssystems zu vermeiden“*. Sie drückte sich in einem großen Komplex von Gesetzen und Maßnahmen aus, die fast alle Seiten des Wirtschaftslebens des Landes betreffen. Diese Gesetze und Maßnahmen sind charakterisiert durch die Verknüpfung mit dem ausländischen Kapital auf vielfältigen Ebenen und die Abtretung von immer größeren Räumen an die „Marktmechanismen“ und die private Tätigkeit sowie durch die Reform des Staatsapparates nach dem Prinzip der *„Dezentralisierung der Wirtschaft, die den Staat vom Verwalter von fast allem in den Besitzer – Einkommensprofiteur von allem möglichen verwandelt.“*¹³ Eine kubanische Wissenschaftlerin faßte diese Maßnahmen so zusammen: *„1992 wurden Änderungen in der Verfassung des Landes vorgenommen um die neuen Eigentumsformen in Rechnung zu stellen; es wurde das staatliche Außenhandelsmonopol beseitigt und der Planung eine flexiblere Rolle gegeben. Im Jahre 1994, als sich die finanziellen Disproportionen verschlimmerten, wurden auch Maßnahmen angenommen, um diese Disproportionen, einschließlich eines hohen Haushaltsdefizits, zu berichtigen. Seit dem Jahr 1992 wurden auch wichtige Maßnahmen im institutionellen und organisatorischen Bereich ergriffen, um eine dauerhafte Änderung der Funktionsweise der Wirtschaft zu erreichen, besonders eine Effektivitätssteigerung beim Gebrauch der Ressourcen. Gleichzeitig wurden auch Bestimmungen für eine größere Dezentralisierung betrieblicher Maßnahmen angenommen.“*¹⁴ Unter diesen Bestimmungen verdient das Gesetz 77 (von 1993) hervorgehoben zu werden, das die Türen für ausländische Kapitalanlagen mit außergewöhnlichen Möglichkeiten auf fast allen Gebieten öffnete. Das Ergebnis dieser Gesamtheit von Maßnahmen war die radikale Änderung in der Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung und in den inneren Beziehungen der „politischen Ökonomie Kubas“.

Die „Öffnung“, die dem ausländischen Kapital zugewiesene Rolle und die umfangreiche Zirkulation des Dollars verursachten einen tiefgreifenden

Prozeß der Neuorientierung der wirtschaftlichen Anstrengungen, weg von den Konsumgütern für den einheimischen Verbrauch, hin zur Produktion für den Export und zu Dienstleistungen wie dem Tourismus, mit dem Ziel Devisen zu erwirtschaften, mit denen auf dem Weltmarkt Erdöl und eine breite Palette von Grundstoffen gekauft werden können, die nicht mehr aus dem Osten geliefert werden. Dieses ist der grundlegende Mechanismus des Prozesses der Wiedereingliederung in den Weltmarkt unter für Kuba schwierigen und ungünstigen Bedingungen.

Es erfolgte ein Schritt vom Wirtschaftsprinzip der Zuweisung von Ressourcen hin zu einem Prinzip, das dem Markt eine große Rolle bei der Regulierung zubilligt und die Rentabilität als Ziel der Betriebe bestimmt. Eine Grundlage dafür ist die Dezentralisierung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung mittels zweier zentraler Politiken: ein Prozeß der Neugestaltung der unterschiedlichen Produktionszweige und die sogenannte Politik der „betrieblichen Verbesserung“, die den staatlichen Betrieben einen hohen Grad von Autonomie bei der Einführung von neuen Kriterien der Produktivität, Rentabilität und „Kompetenz“ gewährt. Dadurch ist festzustellen, *„Das „neue Modell“ der industriellen Entwicklung unterscheidet sich dadurch, daß es keine ausdrückliche und aktive Industriepolitik vertritt (es ist der „Plan“ gemeint), sondern daß die Dynamik der Wandlung und das Wachstum der Fertigungsindustrie mit den abgeleiteten oder Nebeneffekten von anderen Sektoren oder nichtindustriellen Tätigkeiten zusammenhängen, die dadurch charakterisiert sind, daß sie die schnellere Wiederverwertung von getätigten Investitionen begünstigen und eine größere Fähigkeit zur Erwirtschaftung von Devisen besitzen, die auf direkte Weise das Defizit der Zahlungsbilanz verringern.“*¹⁵ Das Ergebnis dieser Politik war die Herausbildung eines dynamischen „entstehenden Sektors“ (ein Begriff, der sowohl staatliche Betriebe als auch Joint Ventures mit ausländischem Kapital, private Tätigkeiten und allgemein jede wirtschaftliche Aktivität einschließt, die von diesen neuen Prinzipien geleitet ist und mit dem Dollar und dem Weltmarkt verknüpft ist), mit der entsprechenden „Dualisierung“ der Wirtschaft auf Kosten des traditionellen staatlichen Sektors. Diese Politik, so entworfen, zwingt den Konsum des

Volkes zu beschränken um die Exportanstrengungen und die Neuorientierung der Wirtschaft zu finanzieren, ohne dabei die Privilegien der Bürokratie, die Rentabilität des „entstehenden Sektors“ und den steigenden Reichtum der „neuen Kubaner“, die mit diesem Sektor verbunden sind, anzutasten. Es sind die werktätigen Massen, die die große Grausamkeit der scheinbaren „Kriegswirtschaft“ mit der Rationierung der Güter des Grundbedarfs, der Not, dem Fall der Kaufkraft der Löhne, der Krise des Transports und der Energie usw. erleiden.

Die Rolle des Auslandskapitals

In der neuen Wirtschaftspolitik wurde eine Schlüsselrolle der Förderung der Direktinvestitionen des Auslandskapitals durch Joint Ventures und andere Formen der Verbindung zwischen den Staatsbetrieben und dem Auslandskapital für Projekte in der Produktion, dem Tourismus, dem Außenhandel usw. zugewiesen. Der Fall des Tourismus ist bis zum Ende der 90er Jahre der bekannteste und dynamischste. *„Das Auslandskapital in den Tourismusunternehmen übersteigt 1.000 Millionen Dollar, wobei es 94 Vereinigungen gibt, die im Tourismus tätig sind und 30 werden als Hotelleriebetriebe klassifiziert.“*¹⁶

Aber die Vereinbarungen haben sich auf viele Felder ausgebreitet: den Bergbau (Nickelproduktion), die Industrie (Produktion von Zement, Farben usw.), die Dienstleistungen (Telekommunikation), den Außenhandel (weltweite Vermarktung des kubanischen Tabaks) usw. Dabei konzentriert sich im allgemeinen Kapital von spanischen, kanadischen und europäischen transnationalen Konzernen sowie bis zu einem gewissen Grad auch von lateinamerikanischen Gruppen (Mexiko und Brasilien). CEPAL¹⁷ stellte 2001 fest: *„Auf dem Gebiet der ausländischen Direktinvestitionen erhöhte sich die Zahl der gemischten Unternehmen und Vereinbarungen über Zusammenarbeit auf 405 gegenüber registrierten 395 Ende des vergangenen Jahres. Insgesamt ist die Investition von einem Kapital von ungefähr 5.400 Millionen Dollar vorgesehen, wovon die Hälfte bereits angelegt ist. Spanien, Kanada und Italien belegen die ersten Plätze in der Anzahl der gemeinsamen Geschäfte. Um die Behördenwege der ausländischen Anleger zügiger zu erledigen, entstand das System der gemeinsamen*

Anlaufstelle.“¹⁸ Eine andere Studie stellt fest: „1989 befanden sich auf der Insel 155 registrierte ausländische Firmen, während es 2001 insgesamt 784 waren. Zweifellos ist das bedeutsamste nicht der Anstieg der Anzahl der Firmen, sondern ihre wachsende Beteiligung am gesamten Handel des Landes, der 40% im Jahr 2000 erreichte. Außerdem führen die betreffenden Firmen Export- und Importgeschäfte in einem Wert von 2.536 Millionen Pesos durch.“¹⁹

„Seit 1998 ist zu beobachten, daß sich die wirtschaftlichen Vereinigungen neuen Aktivitäten zuwenden, darunter dem öffentlichen Dienst, z.B. gründete sich 1999 das Unternehmen ENER GAS (kubanisch – kanadisch) für die Produktion von Elektrizität. Als Kraftstoff wird das Gas verwendet, das sich bei den Ölquellen im Gebiet nördlich von Havanna befindet. Gleichzeitig damit erschien das erste Unternehmen, das sich völlig im Besitz ausländischen Kapitals aus Panama befindet, um eine Anlage für Elektrizitätsgewinnung auf der Insel der Jugend zu bauen und zu betreiben. Es wurden Finanzunternehmen mit kubanischen Banken wie das gemischte Unternehmen zwischen der Banco Popular de Ahorro und der Caja Madrid aus Spanien gegründet. 1999 bildeten sich 58 internationale Wirtschaftsvereinigungen. Die am meisten repräsentativen, um diese Wirtschaftsvereinigungen zu charakterisieren, sind das Unternehmen Habanos SA, das die Firma Altadis mit der Vermarktung des kubanischen Tabaks beauftragt und das Unternehmen Aguas del Oeste für die Belieferung einiger Gemeinden im Westen der Stadt mit Wasser. Auf dem Gebiet der Papierindustrie bildeten sich drei Vereinigungen, um bestehende Fabriken, wie die von Cardenas, Santa Cruz del Norte und Jatibonico, zu modernisieren. Der größte Prozentsatz der gemischten Unternehmen ist im industriellen Sektor tätig, gefolgt vom Tourismus, und in kleinerem Umfang bestehen Vereinbarungen auf dem Gebiet der Dienstleistungen.“²⁰

Als Teil dieses Prozesses bestehen seit 1996 „Freie Zonen“ um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. „1997 begannen die drei ersten zu operieren: Freie Zone WAJAY (...) mit 21 Hektar, 13.000 qm überdachte Fläche und 1.000 qm Büroraum, die Freie Zone von Havanna (Berroa) mit 244 Hektar, 41.616 qm überdachte Fläche

und 4.200 qm Büroraum und Mariel mit 553 Hektar, 7.000 qm überdachte Fläche und 540 qm Büroraum, deren Konzessionäre die Firmen CIMEX und Almacenes Universales sind. Vor der Einführung der Freien Zonen (ZF) gab es schon 80 gewerbliche Unternehmen in Havanna (in Bond) und Almacenes Universales in Wajay. Als die Freien Zonen eröffnet waren, wechselten sie ihre Lizenz und erhielten den Status von Unternehmensbetreibern. 1999 gab es 294 Unternehmen in den Freien Zonen, die zu 65% gewerbliche sind, das heißt 170 gewerbliche Unternehmen. Nach den Zahlen von MINVEC erreichte bis 1999 das investierte Kapital von Seiten der ausländischen Unternehmen ungefähr 11 Millionen Dollar.“²¹

Für die Entwicklung der Produktion und des Exports von Nickel „wurde der kommerzielle Apparat reorganisiert. Das drückte sich in der Schaffung der Commercial Caribbean Nickel SA aus, die ihren Sitz auf den Bahamas hat und sich mit den Möglichkeiten, umfangreichere Verträge mit ausländischen Gesellschaften abzuschließen und anderen Varianten zur Verstärkung des Exports beschäftigt. Es wurde auch ein Importunternehmen geschaffen und dessen Nickelsektor die Gesellschaft Cubaniquel eingegliedert, die früher die Auslandsvermarktung der Produkte dieser Industrie für das Ministerium für Außenhandel durchgeführt hatte. Ein anderer wichtiger Aspekt war, die Formvollendung von Vereinbarungen oder gemeinsamen Geschäften mit ausländischen Gesellschaften voranzutreiben.“²² Durch Investitionsvereinbarungen hat sich der kanadische multinationale Konzern Sherritt in den hauptsächlichen Produzenten von kubanischem Nickel und Erdöl verwandelt, der auch Interessen in der Hotellerie hat²³ und die Produktion von Kobalt entwickelt.

Ein anderes Beispiel ist die Tabakbranche: „1999 verkaufte die wichtigste Gesellschaft für die internationale Vermarktung des kubanischen Tabaks, Habanos SA, 50% seiner Aktien, mit einem Wert von ungefähr 500 Millionen nordamerikanischen Dollar, an das spanisch – französische Konsortium Altadis (Alliance Tabac Distribution). Durch den Verkauf wurde versucht, eine schwierige Verhandlung und auch einen langen zurückliegenden Konflikt über den Gebrauch kubanischer Marken im internationalen Tabakhandel zu beenden.“ Außer-

dem entstanden Brascuba SA, ein Joint Venture zwischen Cubatabaco und Sousa Cruz, eine brasilianische Gesellschaft, die eine Tochter der Gruppe BAT ist; Internacional Cubana del Tabaco S.A. (ICT), ein Joint Venture zwischen Altadis und der Gruppe TABACUBA; COTAIS S.A., ein Joint Venture zwischen der Gruppe TABACUBA und CITA, eine Gruppe, die von den Kanarischen Inseln stammt, TECA PUROS S.A., ein Joint Venture, das sich in der Türkei befindet und durch ein Abkommen zwischen der Gruppe TABACUBA und Tekel, Premium Publicity SA mit kubanischem und spanischem Kapital gegründet wurde.²⁴

IV. Die Schwächung der nationalisierten Wirtschaft

Die unverzügliche strukturelle Konsequenz der Reformen, so wie sie konzipiert sind, ist die Schwächung der eigenen Grundlage der nationalisierten Wirtschaft und die Entwicklung von gefährlichen prokapitalistischen und kapitalistischen Elementen in der Wirtschaft:

Gegenreformen in den Eigentumsverhältnissen und Aufkommen eines wichtigen Privatsektors

Es entstand ein wichtiger Privatsektor neben und auf Kosten des staatlichen Eigentums, obwohl dieser noch deutlich vorherrscht: „Die Spezialperiode hat die Entwicklung der Marktbeziehungen zwischen den sozialistischen Betrieben, den Abbau der regulativen Belastung für einen wichtigen Teil von ihnen, die Entwicklung des genossenschaftlichen Eigentums und der kleineren und mittleren Privatunternehmen (unter dem Mantel der Arbeit auf eigene Rechnung, des Privatsektors der Landwirtschaft und der Pacht von Land) sowie die Investition von Auslandskapital bedeutet.“²⁵ Ein kubanischer Spezialist definiert folgendermaßen den Fächer der „verschiedenen Eigentumsformen in der gegenwärtigen Etappe des Sozialismus:

- staatlicher Betrieb
- staatlicher Betrieb (betriebliche Verbesserung)
- kaufmännischer Betrieb in staatlichem Eigentum
- landwirtschaftliche Genossenschaft
- landwirtschaftliche Genossenschaft mit Land in Nutznießung

- Privatbauern
- nutznießende Bauern
- Werktätige auf eigene Rechnung
- Gemischte Unternehmen
- Wirtschaftliche Vereinigungen“

Der Autor leitet logisch daraus ab, daß „da verschiedene Eigentumsformen bestehen, es ist notwendig, daß die wirtschaftlichen Beziehungen sich auf einer gesetzlichen und kaufmännischen Basis entwickeln.“ Und selbstverständlich belegt er die Notwendigkeit der „juristischen Persönlichkeit der Wirtschaftsunternehmen und die Berechtigungen für ihre kaufmännischen Betätigungen; Stärkung der Verträge und Zahlungsmechanismen. Formen des staatlichen Eigentums, die mit ihrer Geschäftstätigkeit vereinbar sind.“²⁶ Diese Wendung erfolgt besonders spektakulär, weil Kuba einer der Arbeiterstaaten war, wo der Grad der Verstaatlichung der Wirtschaft am höchsten war, sogar die kleinsten einzelnen Betriebe einschließend, was schädlich für die Entwicklung der nationalisierten Wirtschaft wirkte.

Auf dem Lande drückt sich die neue Politik in den UBPC und den „Höfen neuen Typs“ aus: „1992, vor der gegenwärtigen Reform, waren 75% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Händen des Staates und 24,8% in denen der Genossenschaften und der kleinen Einzelbauern. Die gegenwärtige [1997] Verteilung ist die folgende: 42,4% die UBPC (Basiseinheiten der genossenschaftlichen Produktion); 32,6% die staatlichen Betriebe, die dabei sind, sich in einen „neuen Typ“ zu verwandeln; 10,0% die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften; 11,6% die Genossenschaften für Kredit und Dienstleistungen und 3,4% die Kleineigentümer.“²⁷

„Mit den UBPC ist der Staat weiterhin Eigentümer des Bodens aber nicht der Arbeitsinstrumente und der Endprodukte. Der Staat ist ohne Zweifel weiterhin der hauptsächliche Käufer und setzt die Preise und die Prioritäten im Anbau fest. Der Überschuß der Produktion kann auf dem freien Markt verkauft werden, der 1994 geschaffen wurde. (...) In den Betrieben des neuen Typs bleibt der Staat Eigentümer des Bodens und der Ackergeräte aber er zahlt keine festen Löhne. Sein Gewinn besteht aus der Hälfte der Einnahmen des Betriebes.“²⁸ Das „Rückenmark“ dieses neuen Systems ist die Beseitigung des festen Lohns der landwirt-

schaftlichen Werktätigen und des Verwaltungspersonals, die auf der Basis des Gewinns, und nur wenn es diesen gibt, bezahlt werden. Damit wird der Hauptantrieb, wirtschaftliche Kompetenz auf dem Markt zu entwickeln, die zum „Disziplinierer“ der Arbeitskraft und zum entscheidenden Motor der Produktivität dienen soll.

Sicher, die Gesetzgebung erlaubt noch nicht die Gründung von Privatunternehmen mit kubanischem Kapital und das Staatseigentum ist noch die überwiegende Mehrheit, aber die Wandlungen im juristischen Status der Staatsbetriebe sind alarmierend und enthüllen klar die Richtung des Prozesses.

Das Außenhandelsmonopol wurde praktisch demontiert

Das Außenhandelsmonopol wurde nicht nur durch die Genehmigung für den kapitalistischen Sektor, zu importieren und zu exportieren und dessen Kontrolle über seine Profite, einschließlich der Rückführung, demontiert, sondern auch durch die Liberalisierung der Kontrolle über die staatlichen Unternehmen, die praktisch auf eigene Verantwortung im Import und Export tätig sind. In einem Prozeß, der eng mit der Liberalisierung des Devisenhandels verknüpft ist, dezentralisierte sich der Außenhandel unter hunderten Institutionen und Unternehmen, wodurch ein breites Feld von Geschäften für das private und gemischte Kapital gestattet wurde.

Ende 2001 unterteilten sich diese Unternehmen in:

- „das MINCEX unterstellte betriebliche System, durch das Geschäfte als staatliche Unternehmen und Handelsgesellschaften abgeschlossen werden;

- betriebliche Unternehmen im Ausland, die für die Vermarktung von Meeresprodukten, Nickel, Tabak und anderen Waren vorgesehen sind;

- das System der direkt MINCEX unterstellten Aktiengesellschaften, die Geschäfte im Ausland abwickeln und gleichzeitig als Repräsentanten ausländischer Wirtschaftsunternehmen fungieren;

- die kubanischen Handelsgesellschaften, die in autonomer Form oder eingebunden in bestimmte Produktionsorganismen funktionieren;

- die Betriebe, die direkt Zentren der Forschung und Produktion auf dem Sektor der pharmazeutischen Produkte unterstellt sind;

- die Körperschaften und Unternehmensgruppen, die mit den Tätigkeiten auf touristischem Sektor verbunden sind.“²⁹

Gegenwärtig sind es mehr als 1.700 staatliche, gemischte oder private Unternehmen und Institutionen, die sich mit dem Außenhandel beschäftigen.

Das Außenhandelsmonopol ist ein grundlegender Schutz gegen den Druck des kapitalistischen Weltmarkts auf die schwache Übergangswirtschaft. Seine Demontierung führt zu einem großen Druck, die Neustrukturierung der gesamten Wirtschaft auf der Grundlage der kapitalistischen Kriterien von „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Rentabilität“ durchzuführen. Dadurch wird die Wirtschaft immer abhängiger und der Dynamik des imperialistischen und kapitalistischen Systems immer stärker untergeordnet.

Eng verknüpft mit der Zerstörung des staatlichen Monopols wurde ein hoher Grad der Dollarisierung gefördert, wodurch tatsächlich ein duales Finanzsystem aus Dollar und kubanischem Peso (zusätzlich zum konvertiblen Peso, in Wirklichkeit eine Recheneinheit) eingeführt wurde. Die Dollarisierung wurde vom kubanischen Staat erlaubt, um wichtige Devisen zu erhalten und eine massive Abwertung zu vermeiden. Sie hatte jedoch schwere Folgen durch die Bildung von „parallelen Märkten“, durch die Erhöhung der sozialen Ungleichheit und dadurch, daß die Mehrheit der Kubaner (die ihren Lohn in Pesos erhält) beim Zugang zu Konsumgütern gegenüber der Minderheit diskriminiert wird, die Zugang zum Dollar hat, sei es durch ihre Arbeit im Tourismussektor oder andere freie Aktivitäten des Auslandskapitals, sei es durch den Erhalt von Devisen durch emigrierte Familienangehörige, sei es durch ihre Verbindungen mit dem Schwarzmarkt.

Dadurch wurde, gemäß einer Studie, folgendes bewirkt: „In den letzten Jahren hat sich die Rate der Dollarisierung von 45% 1996 auf 49% 1997 und 53% 1998 erhöht. Die relative Ersetzung der nationalen Währung durch den Dollar bei den Einkommen und beim Konsum ist ein Zeichen für die Beeinträchtigung der Funktionen der nationalen Währung. Einige Spezialisten erwarten, daß diese Rate sich weiterhin erhöhen wird und daß sie Ende des Jahres 2000 ungefähr zwischen 58 und 60% betragen wird.“³⁰

Die Dollarisierung hat sich ausgebreitet, nicht nur auf dem „entstehenden Sektor“, sondern auch auf dem staatlichen Produktionssektor, wo die Betriebe in steigendem Maße die Zahlung von Brennstoff, Ersatzteilen und Grundstoffen in konvertibler Währung übernehmen sollen. „Diese Arbeitsweise hat zur Schaffung eines betrieblichen Marktes geführt, auf dem der Verkauf von Halbfabrikaten und Ausrüstungen in Devisen erfolgt. Andererseits haben sich auch Möglichkeiten eröffnet, den Verkauf von nationalen Produkten in einem Netz von Betrieben durchzuführen, die mit der Bevölkerung in Devisen handeln und gegenwärtig schon 47% von deren Bedürfnissen befriedigen.“³¹ Das berührt grundlegend das tägliche Leben der Kubaner. Zum Beispiel leidet der Dienst der beliebten Wäschereien, weil die staatlichen Betriebe keine Waschmittel liefern, wenn sie nicht in Devisen bezahlt werden: „Die Mehrheit der Betriebe, die Waschmittel produzieren, z.B. Suchel, verkaufen sie gegen Devisen und wir müssen nach Angeboten in Pesos suchen, was manchmal fast unmöglich ist.“³² Offiziell wird die ausgedehnte Dollarisierung als „vorübergehende Maßnahme“ betrachtet, mit dem Ziel, die gesamte nationale Wirtschaft zu dynamisieren. Aber der enorme Druck jeder Art, der aus der Abhängigkeit vom Dollar entsteht, wird untolerierbar und verlangt nach Mitteln wie der kürzlichen Einschränkung des Gebrauchs des Dollars für die inländischen Geschäfte staatlicher Betriebe.

Die zentralisierte Wirtschaftsplannung zerfällt

Die kubanische Planung entsprach dem sowjetischen Modell, von Einigen „Kommandowirtschaft“ genannt, das heißt, es handelte sich um einen typisch bürokratischen Plan, der unter dem System der geplanten Leitung der Wirtschaft (SDPE) verwirklicht wurde. Der Mißerfolg dieses Systems und die Notwendigkeit „einer größeren Dezentralisierung und einer Veränderung der traditionellen Formen der Planung, um die Verbindungen zwischen Plan und Markt anzuerkennen“³³ führten zu einem radikalen Wechsel in den Leitungsmethoden:

Früher wurden die Mittel zentralisiert dem Produzenten zugewiesen, hauptsächlich in Form von Material, und dann die Produkte auch zentralisiert den Konsumenten zugewiesen, alles in Übereinstimmung mit dem Plan,

zu festen Preisen. Die Probleme der Qualität, der Kosten und der Wettbewerbsfähigkeit waren nicht im Vordergrund und waren kein wirtschaftlicher Auftrag.

„Heutzutage bestimmt die Planung auf nationaler Ebene die Beträge an Devisen, die die Betriebe erwirtschaften müssen, die Einnahmen in dieser Währung haben. Die zentral abgeführten Beträge werden gebraucht, um die Bedürfnisse der Bevölkerung und jene Wirtschaftszweige finanzieren zu können, die keine Einnahmen in Devisen haben, mit denen sie sich finanzieren können. Auf diese Art haben heute die Endverbraucher die Möglichkeit, in Devisen zu kaufen, sei es weil sie direkt Devisen erwirtschaften oder weil sie zentrale Zuweisungen erhalten. Das bedeutet, daß diese Verbraucher entweder Erzeugnisse eines nationalen Produzenten kaufen oder sie direkt importieren können, wenn sie leistungsfähiger sind, eine bessere Qualität und einen wettbewerbsfähigen Preis haben. Das heißt, es gibt gegenwärtig einen Prozeß der Konkurrenz, in dem die wirtschaftlichen Kräfte in Übereinstimmung mit den Regeln der Märkte wirken und in engem Kontakt mit den Bedingungen des internationalen Wettbewerbs sind.“³⁴

Als nötige Korrektive können ein bestimmter Grad der Autonomie der Betriebe, der Marktbeziehungen und des Wettbewerbs eine „unvermeidliche Etappe in der Entwicklung der staatlichen Industrie während des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft“ sein.³⁵ Aber in Kuba handelt es sich nicht um die ersten Jahre der Revolution, sondern um die Wiedereinführung der Marktmechanismen in großem Maßstab nach mehr als vier Jahrzehnten. Außerdem, das Grundproblem ist, daß die betriebliche Autonomie mit dem Fehlen der Kontrolle durch die Werktätigen und der Beseitigung des Außenhandelsmonopols verbunden ist. Unter diesen Bedingungen erlaubt die Dezentralisierung, daß der Markt immer direkter die Investitionen, die Produktion und die Preise reguliert. Es werden unkontrollierbare Elemente der wirtschaftlichen Anarchie eingeführt und ein gewaltiger Druck zur Verallgemeinerung und Vertiefung der prokapitalistischen Reformen geschaffen.

Als Teil dieser Politik wurde **eine gründliche Neustrukturierung des „staatlichen Sektors“** begonnen, ver-

bunden mit einer Politik der Reformen der Verwaltung und von verschiedenen Typen der staatliche geleiteten Wirtschaft, um Methoden und Kriterien der kapitalistischen Rentabilität einzuführen, die den Betrieben große Autonomie innerhalb jeden Ministeriums geben. Das schließt Pläne zur „Neustrukturierung“ von ganzen Industriezweigen ein, die „Rationalisierung“ von Arbeitskollektiven, wobei Werktätige umgesetzt werden usw.

Zum Beispiel: „Der Prozeß der Neustrukturierung der Agroindustrie beinhaltet als wichtigste Gesichtspunkte: die Verringerung des Personals des Ministeriums und der Provinzabteilungen um 50%, die Neudimensionierung des betrieblichen Unterstützungssystems der Industrie durch die Schaffung von sieben körperchaftlichen Gruppen, Reorganisation der Forschungsinstitutionen und Projekte, Umwandlung der agroindustriellen Komplexe in 1.017 betriebliche Einheiten, Schaffung von Bedingungen für die Einführung der ISO-Normen und Erreichung der maximalen Potenzierung des Diversifikationsprozesses der Zuckerindustrie.“³⁶

Ein Teil dieser Neustrukturierung besteht in folgendem: „Mitte Juni 2002 informierte der kubanische Minister für die Zuckerindustrie, Ulises Rosales del Toro, über die Entscheidung der Regierung, 50% Zuckerfabriken des Landes zu schließen. Die Mehrzahl von ihnen wurde vor mehr als einem halben Jahrhundert gebaut – und einige viel früher – und sind ineffizient. Zugleich wird der für den Anbau von Zuckerrohr vorgesehene Boden um ungefähr 60% verringert.“³⁷ Eine Studie kommentiert: „Die Neustrukturierung des Zuckersektors (...) ist tatsächlich die sinnvollste Maßnahme, die nach den Reformen von 1993-94 ergriffen wurde.“ „Die Ankündigung zur endgültigen Schließung von 71 Zuckerfabriken war offensichtlich überraschend (...) Die Neudimensionierung soll wesentliche Verbesserungen in folgender Hinsicht zulassen: die Verminderung der Kosten, die Konzentration der Produktivkräfte in den Fabriken mit den besten Ergebnissen, die Konzentration der knappen Mittel auf den Teil der Hersteller, der zu den effizientesten zählt und deutliche Verbesserungen für die Werktätigen der Süßwarenindustrie, die im Sektor bleiben.“³⁸ Was die Studie nicht sagt ist, daß die Neustrukturierung eine „Über-

raschung“ nur für die Arbeiter des Zuckersektors war, die offensichtlich keinen Anteil an diesen Entscheidungen hatten, die die „Umsetzung von 25% der Arbeitskräfte in andere Produktionszweige“³⁹ bedeuten.

In der Tabakindustrie sah der Plan der Neustrukturierung die Schließung von vier der fünf Plantagen vor, die gegenwärtig ungefähr 2.200 Werk-tätige beschäftigen. In praktisch allen Bereichen der Wirtschaft werden Prozesse derartiger Neustrukturierungen bekanntgegeben oder vorbereitet, die nach den Kriterien der „Effizienz“, „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Rentabilität“ durchgeführt werden, die aus der bürgerlichen „Wirtschaftswissenschaft“ übernommen werden. Außerdem entwickelt sich „der Prozeß der Dezentralisierung und Modernisierung des Finanzsystems, innerhalb und außerhalb der Banken, der einen besseren Zugang der Unternehmen auf die zeitweilig festgelegten finanziellen Mittel erleichtert, die innere Konvertibilität für die Bevölkerung konsolidiert und die Bewilligung von Krediten in nationaler Währung und Devisen durch Risikoanalyse ermöglicht. Auch die Versicherungen breiten sich auf alle Produktionszweige aus.“⁴⁰

Ein entscheidender Gesichtspunkt dieser Politik ist die sogenannte „betriebliche Verbesserung“.

V. Die „sozialistische“ betriebliche Verbesserung

Über die Reform in der Führung des staatlichen Wirtschaftssektors erklärt eine Gruppe kubanischer Forscher, daß sie „auf die Entwicklung des staatlichen Unternehmens zu einer genauer definierten eigenen Persönlichkeit deuten, die dem Unternehmen die Möglichkeit gibt, sich in einer Umgebung des Marktes auf die Wirtschaftsführung zu konzentrieren und den Staat auf seinen Platz als Eigentümer und nicht als direkten Verwalter stellt. Das ist ein entscheidender Schritt, bei dem die Konzentration der wichtigsten Produktionsmittel in die Hände des Staates gegeben ist, denn die volle Erholung der Wirtschaft hängt hauptsächlich von der Errungenschaft der Effizienz dieses Teils des betrieblichen Systems ab. (...) eines der grundlegenden philosophischen Prinzipien wurzelt in der Trennung der Funktionen des Staats als Eigentümer von der Funktion der Verwaltung, die an die Betriebsleitungen delegiert wird. Dieser Prozeß wurde auf

dem V. Parteitag der Kommunistischen Partei gebilligt, der grünes Licht gab für die Verallgemeinerung einer betrieblichen Erfahrung, die seit Ende der 80er Jahre für die militärischen Unternehmen entwickelt wurde.“⁴¹

Das bedeutet den „Schritt von der Wirtschaftsverwaltung durch **Anordnung von oben zur Dezentralisierung, zur Spezialisierung und zur indirekten Regulierung.**“ Dieser Schritt wird unter den Bedingungen der „Einführung des **Kapitals** und der **äußeren Konkurrenz** in die Wirtschaft“ und der „Trennung der politischen und staatlichen Funktionen und der wirtschaftlichen Verwaltung“ vollzogen. Dabei werden Methoden angewandt, mit denen beabsichtigt wird „den **Wettbewerb einzuführen, um das staatliche Eigentum zu dynamisieren und die Preisbildung zu unterstützen**“ und „die Selbstentwicklung, Umwandlung oder Einstellung der **betrieblichen Strukturen**“ zu erreichen.⁴²

Der Fortschritt der Reform ist langsam. In den vier Jahren seit ihrem Beginn „sind schon 410 kubanische Unternehmen anerkannt und in ihnen wurde der Prozeß der Verbesserung begonnen, ungefähr 13,6% der gesamten Unternehmen des Landes, in denen 235.808 Werk-tätige arbeiten. Diese Unternehmen stellen mehr als 23% der Güter des Landes her und Organe wie das Ministerium für Grundstoffindustrie haben bereits Vereinigungen von Betrieben, die vollständig in den Prozeß einbezogen sind.“⁴³ Es wird angenommen, daß die Reform sich auf mehr als 80% der Betriebe noch nicht ausdehnt hat. Die traditionelle Struktur und ihre Mechanismen wiegen noch zu schwer und die konservative „betriebliche Kultur“ der Bürokraten leistet Widerstand gegen den Wandel. Außerdem ist es möglich, daß es unter den Werk-tätigen Widerstand gegen Maßnahmen gibt, die sich sofort gegen ihre Interessen richten oder bei denen sie keine Macht haben, zu entscheiden. In den dynamischsten Branchen, wie im Export, hat sich die Politik der „betrieblichen Verbesserung“ am meisten ausgebreitet und vertieft.

Dieser Weg ist ähnlich den ersten Reformen, die die Bürokraten des Ostens vor 89 einführten und gehört zu den Politiken, die von den „Spezialisten“ der bürgerlichen Wirtschaft und den imperialistischen Agenturen als besser angesehen werden. Er besteht im Kern darin, die „größte Effizienz und

Wettbewerbsfähigkeit, die bedeutet, daß der Betrieb sich selbst finanziert, alle seine Kosten mit seinen Einnahmen deckt und eine nützliche Gewinnspanne erzeugt“ zu erreichen. Die Gefahr, die dieser Prozeß beinhaltet, ist riesig. Auf diesem Weg erhalten die Direktoren einen riesigen Grad von Autonomie: „Jeder Betriebsdirektor hat die Initiative und Verantwortung dafür bekommen, daß die Betriebe autonom werden“, sagt die Granma.⁴⁴ In dieser Form „werden die Betriebsdirektoren immer privilegierter und tendieren dazu, sich in Quasi-Eigentümer besagter Betriebe zu entwickeln, das gleiche, was in der UdSSR passierte und was gegenwärtig in China passiert“.

Die „Verbesserung“ und die Werk-tätigen

Die „Verbesserung“ ist direkt gegen die Arbeiter gerichtet, die von jeder Schlüsselentscheidung ausgeschlossen sind, während sie sich größere Produktivität, Unterordnung des Lohnes unter die „Produktivität, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit“ und sogar eine Politik der Rationalisierung der Belegschaften und der Umsetzung der Werk-tätigen abverlangen. Trotzdem verteidigt die CTC (kubanische Gewerkschaft)⁴⁵ „Die Schlacht um die wirtschaftliche Effizienz“ als ihre eigene mit den folgenden Worten: „Die betriebliche Verbesserung ist eines unserer wichtigsten strategischen Ziele, denn es handelt sich darum, den staatlichen Betrieb zu steigender wirtschaftlicher Effizienz zu führen und gleichzeitig die objektiven und subjektiven Bedingungen für die höhere Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins in den Arbeitskollektiven zu verbessern. (...) Die erfolgreiche Einführung dieses neuen Systems der betrieblichen Führung und Leitung verlangt von jedem Arbeitskollektiv und von jedem einzelnen Werk-tätigen eine neue Mentalität, die entscheidend ist für die Vorbereitung der Werk-tätigen und ihrer Leiter, um eine ununterbrochene Verbesserung der Effizienz und der Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen.“ Das bedeutet, die Gewerkschaften, als Transmissionsriemen der offiziellen Politik, verteidigen die Aufgabe, die Werk-tätigen davon zu überzeugen, diese Politik zu akzeptieren. Sie beabsichtigen weder, wenigstens ein Gegengewicht zur steigenden Macht der leitenden Angestellten zu bilden, noch erwähnen sie einen Mechanismus der kollektiven und de-

mokratischen Kontrolle der Werktätigen über eine Politik, die entscheidend das Leben in den Fabriken beeinflusst.

„Wie bei den Experimenten Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre haben die verbesserten Betriebe die Berechtigung, autonom über ihre Strukturen und Belegschaften zu entscheiden, sowie ihre eigenen Verpflichtungen und die Systeme der Stimulierung, die sie als nötig ansehen, zu entwerfen. Auf dem Feld der Lohnpolitik wurde die zentralisierte Skala als Regulierungsmechanismus beibehalten, aber diese Skala verändert sich, sowohl was die absolute Höhe der Löhne betrifft, als auch bei der Differenzierung zwischen den Lohngruppen, die zwischen den Gruppen durch die große Komplexität der Skala anwächst. (...) Die Verwendung der neuen Skala und andere Lohn-erhöhungen müssen vom Betrieb durch die Verringerung seiner Kosten oder den Anstieg des Niveaus der Produktion finanziert werden, um dadurch ein ausreichendes Wachstum für die Finanzierung der genannten Lohnsteigerungen zu erzielen. Das bedeutet eine wahrscheinliche Rationalisierung der Arbeitskräfte in den Betrieben, die die Verbesserung anwenden. Die Experten erwarten, daß bis zu 10% der gegenwärtig beschäftigten Arbeitskräfte entlassen werden. In dem Maß, wie die Verwendung des Systems vorankommt, können sich zukünftig ernste Spannungen auf dem Arbeitsmarkt bilden, falls die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht als Ergebnis von neuen Investitionen oder der Erweiterung von bestehenden ansteigt. (...) Obwohl für die Bezahlung nach Normen keine Grenzen bestehen, gibt es sie doch für das Verwaltungspersonal, technisches Personal, Dienstleistungspersonal und Arbeiter, die nicht direkt mit der Akkordarbeit verbunden sind. In diesem Fall wird geschätzt, daß der Lohn nach oben bis ungefähr 30% der Lohnskala variieren kann, wenn der Produktionsplan erfüllt wird, und in entgegengesetzter Richtung bis ungefähr 20%. Es ist zu bemerken, daß das Kriterium für die Regulierung dieses Teils des Lohnfonds streng wirtschaftlich ist, nicht jedoch die Größe der Abweichung, die administrativ festgelegt wird. Im Fall der Leiter ist die Stimulierung in Abhängigkeit von der Erfüllung der wesentlichen Kennziffern. Es gibt keine maximale Grenze aber eine minimale von bis zu ungefähr 30%.“⁴⁶

Das bedeutet, daß auf der Basis

der materiellen Stimulierung, in Verbindung mit Produktivität und Akkordarbeit, die neue Politik der Löhne und Prämien die leitenden Angestellten und Kader privilegiert, eine „Arbeiteraristokratie“ fördert und schwerwiegend die Ungleichheiten der Löhne vergrößert. Natürlich hat „der einfache Werktätige keine Entscheidungsgewalt, er interveniert weder bei den Finanzen noch in irgendeinen anderen wichtigen Aspekt der Betriebe. Der Werktätige muß jetzt sprichwörtlich den Gürtel enger schnallen, was in der Realität die Einfrierung von Gehältern, längere Arbeitszeit und stärkere Kontrolle über die teuren Rohstoffe bedeutet. (...) Die Werktätigen erhalten keinen Gewinn, wer wirklich gute Geschäfte macht sind die sogenannten „betrieblichen Leiter“. Einer der Schlüssel zum Betrug der Werktätigen ist die Redensart, daß „die Bezahlung in Übereinstimmung mit den Arbeitsergebnissen ist“, um eine größere Lohndifferenzierung unter den Werktätigen mit dem zynischen Argument einzuführen, daß sich so das sozialistische Motto erfüllt „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“.⁴⁷

VI. Die aktuelle Situation: eine „schöne Widersinnigkeit“?

Der Abgeordnete Osvaldo Martínez M. sprach in einer weitläufig verbreiteten Rede vor der Nationalversammlung von der „schönen Widersinnigkeit der kubanischen Wirtschaft 2002: ein Jahr des niedrigen Wachstums und der hohen Entwicklung (...) als Ausdruck der Errichtung wesentlicher Grundlagen für eine umfassende menschliche Entwicklung“⁴⁸ Dieses beruhigende Bild kann nicht die Anhäufung von schweren Problemen vertuschen, die vor Kuba stehen.

Selbstverständlich gibt es prinzipiell keine „umfassende menschliche Entwicklung“, weil die „Spezialperiode“ und ihre Nöte weiterhin hart das kubanische Volk schlagen. Der selbe Abgeordnete Martínez erkennt, daß „es unmöglich zu vermeiden war, daß einige Preise auf den Agrarmärkten stiegen, daß der öffentliche Transport sich verringerte, daß der einheimische Kraftstoff knapper wurde, daß sich der Zustand der Straßen verschlechterte und daß die strategische Anstrengung, sämtliche Elektrizität mit nationalen Rohstoffen zu produzieren, während diesen Jahres zu Stromabschaltungen führte.“ **Die Sozialpolitik**

kann die Verschlechterung der Situation für breite Teile der Bevölkerung nicht verbergen. Die sogenannte „Schlacht der Ideen“ und die Reform einiger Sozialprogramme, das Gesundheitswesen, die Bildung usw. sind in den meisten Fällen eine Linderung für die schädlichen Folgen der Wirtschaftspolitik, die in den letzten Jahren angewandt wurde. Sie spielen eine Rolle „bei der Verkleinerung der Auswirkungen der Prozesse der wirtschaftlichen Angleichung und der Reformen“⁴⁹, in einer Anstrengung, die sozialen Folgen und die Verschlechterung des „politischen Konsens“ zu begrenzen. Kann man von einer umfassenden menschlichen Entwicklung sprechen, wenn hunderttausende Kubaner sich gezwungen sehen, auf den Schwarzmarkt, die kleine tägliche Korruption, die Prostitution und andere weitverbreitete Erscheinungen zum Schutz vor den Reformen zurückzugreifen, um die Probleme der täglichen Versorgung zu „lösen“? Und das alles inmitten der **beleidigenden Betonung der Ungleichheiten.**

Zweitens bedeutet das niedrige Wachstum im dritten aufeinanderfolgenden Jahr ein Ende der Erholung von 1995-1999 und der „gesunden Effekte“ der Marktreformen. Gemäß CEPAL: „Die kubanische Wirtschaft verlangsamte ihr Wachstum 2002 im dritten aufeinanderfolgenden Jahr (die Produktion wuchs um 1,4% gegenüber 2,5% 2001) wegen äußeren und klimatischen ungünstigen Einflüssen. Die äußere Umgebung änderte sich nachteilig, nachdem sich der internationale Tourismus, nach den terroristischen Angriffen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten, verringerte. Als Ergebnis der schwachen Weltwirtschaft standen die ausländischen Direktinvestitionen praktisch das zweite Jahr still. Allgemein stagniert die Kapitalbildung.“⁵⁰ Der Einfluß der internationalen Krise ist in den Schlüssel-sektoren wie dem Tourismus und der Exportproduktion größer: „Die Bruttoeinnahmen aus dem internationalen Tourismus, der wichtigsten Devisenquelle, stiegen während der Periode Januar-August aber sanken im letzten Vierteljahr und am Jahresende gab es einen empfindlichen Rückgang (-10%)“. Die internationalen Preise der drei wichtigsten Exportprodukte, Zucker, Nickel und Tabak, die „mehr als zwei Drittel des Gesamtwerts des Warenexports“ ausmachen, brachen

auch ein.⁵¹ Währenddessen stieg der Preis für Erdöl, von dessen Export Kuba abhängt. Dazu hinzugefügt werden müssen die Folgen der Zerstörungen, die durch den Hurrikan Michelle 2001 verursacht wurden, mit direkten und indirekten Schäden, die auf 1.866 Millionen Dollar (6% der Produktion) geschätzt werden. Diese Folgen zeigten sich 2002 vollständig.

Die scheinbare Stagnation ist ein schweres Problem für die kubanische Wirtschaft, besonders an ihrer „äußeren Flanke“. Gemäß CEPAL: „*Als Ergebnis der Probleme verschärfen sich die makroökonomischen Mißverhältnisse. Auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen erhöhten sich die steuerlichen Mindereinnahmen auf 2,9% des Produkts gegenüber 2,5% im vorhergehenden Jahr. Trotzdem blieben sie noch innerhalb der von der Wirtschaftspolitik vorgesehenen Spannen (3% des BIP). Die Kaufkraft der Bevölkerung (MIA) stieg spürbar und erreichte 45% des BIP (38,6% 2001). Die Preise stiegen für die Verbraucher, sowohl in nationaler Währung (5%), als auch in Devisen, nachdem sie in den vorhergehenden drei Jahren gesunken waren. Die Devisenknappheit verschärfte sich, indem der Wechselkurs auf dem inoffiziellen Markt um 8% stieg. Gleichzeitig verschlechterte sich der negative Saldo der Zahlungsbilanz.*“ Deshalb „*zwang die Devisenknappheit die Importe zu beschränken, um ein Anwachsen des Defizits in der Zahlungsbilanz zu vermeiden. Der kommerzielle Wechselkurs wurde um ungefähr 24% abgewertet.*“⁵²

Es wird die **größere Verletzbarkeit angesichts der Schwankungen einer Weltwirtschaft in der Krise** deutlich. Die „Öffnung“, die die Erholung der vergangenen Jahre förderte, wendet sich angesichts des ungünstigen Wandels in der Welt gegen Kuba. Die niedrige Produktivität der kubanischen Landwirtschaft und Industrie zwingt dazu, ungefähr 50% der Nahrungsmittel zu importieren und erhöht das Handelsdefizit. Die Tendenzen der Rezession in der internationalen Wirtschaft wirken mit größerer Härte durch die Demontage des Außenhandelsmonopols, den Fortschritt der „Dollarisierung“, die Verschuldung im Ausland und die Abhängigkeit von den Investitionen des Auslandskapitals. Unter diesen Bedingungen zwingen die „makroökonomischen Mißverhältnisse“ zu einer neuen „An-

passung“ gegenüber den Anforderungen des Weltmarkts und zu einer größeren „inneren Strenge“ und entwerfen düstere Perspektiven für den Weg der kubanischen Wirtschaft.

Der Stillstand der Politik der Reformen und Zugeständnisse

Der wesentliche Inhalt der gegenwärtigen Probleme der kubanischen Wirtschaft ist die Erschöpfung der „gesunden Effekte“, die durch die Markt-reformen und die Zugeständnisse an das ausländische Kapital eingeleitet wurden. Diese Erschöpfung führt zu einem Bild des *Stillstands* inmitten akuter Widersprüche zwischen den Bedürfnissen des „entstehenden Sektors“ und denen der nationalisierten Wirtschaft.

Die strategischen Auswege aus diesem *Stillstand* sind entweder ein neuer Sprung nach rechts, der entscheidend den Wechsel im System des Eigentums und des Marktes vertieft, um die Beschränkungen bei der Entwicklung der restaurationsistischen Tendenzen zu beseitigen und die Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft zu Ende zu führen, was bedeuten würde, bestimmte gesetzliche Schranken zu beseitigen, die heute existieren, wie das Verbot Angestellte zu beschäftigen oder private kubanische Betriebe zu gründen, große Autonomie der staatlichen Betriebe usw. oder den „entstehenden Sektor“ unter Kontrolle zu nehmen und ihn den Bedürfnissen der Stärkung des staatlichen Sektors unterzuordnen (was u.a. die Wiedereinführung des Außenhandelsmonopols bedeutet). Der erste Weg, nach einem Jahrzehnt von Reformen, die die nationalisierte Wirtschaft schon ernsthaft beschädigt haben, würde praktisch bedeuten, das Kommando über die Wirtschaft den offen prokapitalistischen Tendenzen zu übergeben. Er wäre eine entscheidend Kehrtwendung zur Restauration und zur imperialistischen Rekolonialisierung. Es ist offensichtlich, daß wichtige Teile der Bürokratie, besonders die am meisten mit den Reformen verbundenen, Druck in diese Richtung ausüben. Auf der anderen Seite beschränken die Kompromisse, die die kubanische Führung mit der Öffnung, den Reformen und den Zugeständnissen gemacht hat, ihren Spielraum für Manöver.

Trotzdem kann man nicht den „Automatismus“ der wirtschaftlichen Kräfte und der Entscheidungen der Bürokratie isoliert betrachten. In jeder Analyse des kubanischen Prozesses

muß die entscheidende Tatsache in Rechnung gestellt werden, daß die Revolution lebt. Kuba ist noch immer ein Arbeiterstaat, wenn auch tiefgreifend deformiert und geschwächt. Die grundlegenden Eroberungen der Revolution werden beschädigt, aber noch sind sie nicht zerstört. Der wesentliche Kern der Wirtschaft ist noch in den Händen des Staates. Es gibt riesige Hindernisse für den Prozeß der Restauration in der Basis des ererbten Eigentums der Revolution, in den Beziehungen der Klassenkräfte, im „egalitären“ und anti-imperialistischen Bewußtsein der Massen, im festen Knoten der sozialen Beziehungen und institutionellen Regulierungen, die in vier Jahrzehnten entstanden sind und die die Bewegungen der Bürokratie einschränken.

Allgemein gesagt gibt es in Kuba keine Möglichkeit der „friedlichen Absorbierung“ in den Kapitalismus durch graduelle Wirtschaftsreformen. Außerdem begrenzen die internationale Rezession und die lateinamerikanischen Schwierigkeiten für das ausländische Kapital die Möglichkeiten einer beschleunigten Kolonialisierung und verringern die „Attraktivität“ der Restauration. Und nicht unwichtig sind die Erfahrungen, die mit den schrecklichen Folgen der Restauration in der ex-UdSSR und anderen Ländern des Ostens und mit der halbkolonialen Situation in Lateinamerika und der Karibik gemacht wurden.

DER RÜCKSCHRITT IN DER GESELLSCHAFTS-STRUKTUR

VII. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Antagonismen

Die Veränderungen der Revolution erlaubten eine bessere Qualität der Lebensbedingungen der Massen im Vergleich zum halbkolonialen Kuba und der täglichen Realität im ganzen kapitalistischen Lateinamerika. Die Enteignung der Betriebe des einheimischen und ausländischen Kapitals, die Agrarreform und die städtische Reform und die Politik der Beschäftigung, der Einkommen und der sozialen Dienste erlaubten in der ersten Phase eine substantielle Verbesserung der Lebensqualität der Massen. Auf dieser Basis trieb eine systematische Anstrengung bei der Bildung (angefangen bei der Beseitigung des Analphabetentums), bei den sozialen Diensten usw. die Stei-

gerung des kulturellen Niveaus voran.

Gemäß H. Dilla „*war die kubanische Gesellschaft zwischen 1959 und 1989 von zwei gegensätzlichen Tendenzen dominiert: der Angleichung und der sozialen Mobilität. Die erste Tendenz war in den ersten Jahren vorherrschend und hatte ihren Anfangspunkt im Radikalismus der revolutionären Tatsachen, der zur scheinbaren Beseitigung der bürgerlichen Sektoren und zu einem guten Teil der Mittelklasse führte, die auswanderten oder einen Prozeß der Proletarisierung erfuhren. Die Gesellschaft organisierte sich allmählich um die Formen des gesellschaftlichen und staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln herum. Zur gleichen Zeit wurde diese soziale Angleichung durch einen Prozeß der steigenden Mobilität der Mehrheit begleitet (teilweise stark seit der Mitte der 70er Jahre), unterstützt durch staatliche Programme zur Vollbeschäftigung und durch soziale Dienste.*“⁵³ Genau gesagt handelt es sich um: a) das Bestehen bestimmter Klassen – und sozialen Unterschieden zwischen Land und Stadt, zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen Männern und Frauen usw., obwohl einige von ihnen teilweise am Beginn des Übergangsprozesses unvermeidbar sind, besonders in einem kleinen rückständigen Land wie es Kuba war, und b) eine grundlegende neue soziale Differenzierung, das unheilvollste und schwerwiegendste unerwünschte Nebenprodukt der Revolution: die schnelle Entstehung einer privilegierten und parasitären bürokratischen Kaste, die alle Hebel der Macht für sich allein in Anspruch nahm. Sicher hat die kubanische Bürokratie in den ersten Jahrzehnten nicht nach dem Muster der Bürokratie in Rußland oder Osteuropa unerschämten Luxus angehäuft, aber deshalb hat die nicht aufgehört die soziale Schicht zu sein, die besser „ihre soziale Existenz lösen“ kann und sich durch ein politisches System absichert, das nach ihrer Vorstellung geschmiedet wurde und ihre Positionen und Privilegien sichert. Das ist das „soziale Geheimnis“ der Anpassung des Castrismus an den internationalen Apparat der stalinistischen Bürokratie ohne große Schwierigkeiten.

Die 90er Jahre bedeuteten einen Wandel der sozialen Dynamik, hin zu einem Sprung in der Entwicklung der sozialen Differenzierung: „*Der neue Typ der Struktur, der durch die wirtschaftliche Neuordnung entsteht, be-*

deutet den beginnenden Bruch mit der vorhergehenden Struktur und die Vorherrschaft des Wandels über die Kontinuität. Wenn man die gegenwärtige Klassenstruktur der kubanischen Gesellschaft mit der Situation vor den 90er Jahren vergleicht, ist es möglich einige Wesenszüge festzustellen, die diesen neuen Typ der Sozialstruktur charakterisieren:

1. Beschleunigte Vervielfältigung der Eigentumsformen.

2. Steigende Heterogenisierung und Komplexität. Starke allgemeine sozialökonomische Differenzierung und Fragmentierung der inneren Strukturen der Klassen und sozialen Schichten.

3. Hoher Grad der sozialen Ungleichheit, der sich ausdrückt in:

- *Fortschreitende Vergrößerung der qualitativen Unterschiede zwischen den extremen Gruppen. In diesem Sinn Auftreten von „Eliten“ und „Schwachen“.*

- *Selektiver und beschränkter Zugang zu den höchsten Niveaus des Konsums und des materiellen Wohlstands.*

4. Bestehen von starken Ungleichheiten, die nicht mit der Arbeit und der Rolle jeder Gruppe in der sozialökonomischen Strategie verbunden sind.

5. Stärkung der Verbindungen zwischen Formierung und Wachstum der sozialen Gruppen und ihrer produktiven Leistungsfähigkeit.

6. Steigende soziale Mobilität, zu deren stärksten Richtungen der Schritt vom staatlichen zum nicht-staatlichen Eigentum und vom traditionellen Wirtschaftssektor zum „entstehenden Sektor“ gehören.“⁵⁴

Das bedeutet einen Prozeß der rückschrittlichen Neubildung der kubanischen Gesellschaft mit einer steigenden Polarisierung zwischen den privilegierten (traditionellen und neuen) Oberschichten und der verarmten Mehrheit der Bevölkerung und dem Beginn von neuen Schichtungen.

Der Reformprozeß „*hat einen Wandel in der Strukturierung der Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen bedeutet, zu Gunsten der Verringerung*

der Anzahl der Beschäftigten im staatlichen Sektor, die zu einem großen Teil in Wirtschaftszweige mit besserer Bezahlung, wie den privaten, den genossenschaftlichen und den gemischten, gewechselt sind.“⁵⁵ Eine kubanische Studie bemerkt: „*Bei der Öffnung fällt auch der Anteil des staatlichen Sektors an der beschäftigten Bevölkerung und es wächst der Anteil von genossenschaftlichen Werktätigen, Angestellten von privaten oder gemischten Betrieben, selbständig und im informellen Sektor Arbeitenden. Gemeinsam damit setzt sich der Zuwachs an qualifizierten Beschäftigten von mittlerem und höherem Niveau fort, was mit der Bildungspolitik und der Politik des Schutzes des Arbeitsplatzes bei Qualifikationen zusammenhängt.*“⁵⁶

Dadurch ist der Anteil der im staatlichen Sektor beschäftigten Arbeiterklasse von 61,0% der PEA 1988 auf nur 42,1% 1994 gefallen, während im gleichen Zeitraum der Anteil der Werktätigen, die auf eigene Rechnung arbeiten, von 1,0% auf 19,0% gestiegen ist und in den dazwischen liegenden Sektoren (Bauern, Genossenschaftler usw.) von 6,0% auf 30,2% gesprungen ist. Aktuellere Daten von CEPAL, obwohl auf diffuseren Kategorien der Beschäftigung basierend, gehen davon aus, daß 2001 die „nichtstaatlichen“ Sektoren 25% der Arbeitskräfte umfaßten.

Die Situation der Werktätigen

Eine andere Studie stellt fest: „*Die gesamte Krise, wie die Gesamtheit der Entscheidungen, die zu ihrer Milderung getroffen wurden, hatten eine Rückwirkung auf das Lebensniveau der Bevölkerung, das eine Beeinträchtigung erlitt. Wenn auch diese Beeinträchtigung wegen der sozialen Verpflichtung der Wirtschaftspolitik weniger traumatisch als in anderen Ländern war, so ist sie doch nicht weniger dringend ein zu lösendes Problem, weil sich daraus ergeben: a) die Verarmung von großen Teilen der Arbeitskräfte, b) das Aufkommen einer Arbeiteraristokratie, c) das Aufkommen von Lebensniveaus, die nicht von den Arbeitsergebnissen abhängen, d) der Ausschluß von bedeutenden Teilen der Bevölkerung vom Konsum auf bestimmten Märkten oder mindestens die Begrenzung des Zugangs auf eine sehr begrenzte Gruppe von Produkten, e) die soziale Neuschichtung.*“⁵⁷

Von der Verarmung großer Teile der Werktätigen geben der Absturz der Einkommen und die Verschlechterung der Löhne Rechenschaft. Daraus, „daß die Ausgaben, um die minimalen Lebensbedürfnisse abzudecken, 189,86 Pesos betragen, das monatliche Einkommen pro Kopf 1995 aber nur 113,63 Pesos betrug, ergibt sich, daß das Einkommen ungenügend für die Abdeckung auch nur grundlegender Lebensbedürfnisse ist“.⁵⁸ Der durchschnittliche Reallohn fiel von 130,98 Pesos 1989 auf 52,32 Pesos 1992 und 27,97 Pesos 1993. Später erholte er sich langsam, aber 1998 erreichte er kümmerliche 72,75 Pesos. Das bedeutet die Hälfte des Lohns ein Jahrzehnt früher. Es ist daran zu erinnern, daß das gesamte BIP praktisch sein damaliges Niveau zurück erlangte. Eine Analyse über die Situation in Havanna erkennt an, daß „der monatliche Durchschnittslohn in den Zentren des zivilen staatlichen Sektors 254,1 Pesos beträgt, das ist ein Wachstum von ungefähr 5,3% (24,5 Pesos mehr), verglichen mit dem entsprechenden Lohn im vorhergehenden Jahr. Hier passiert etwas ähnliches wie das, was wir bezüglich der Produktivität analysiert haben. Das heißt, die Löhne der Werktätigen im Jahr 2000 sind höher als 1989, aber nur der Nominallohn, weil die Kaufkraft dieses Lohnes viel niedriger als vor der Krise ist, denn die Preise der verschiedenen Märkte, die heute existieren, übersteigen oft die von 1989. Eine Ausnahme sind die zugeteilten Lebensmittel, die ihre niedrigen Preise behalten haben.“⁵⁹

Als Ergebnis hat der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, trotz der Erholung der letzten Jahre, weiterhin an Boden verloren. 1994 stieg die „Entlohnung der Werktätigen“ auf 9.614,5 Millionen Pesos, während das „verfügbare Bruttonationaleinkommen“ 19.167,8 Millionen betrug. 2000 zählte die „Entlohnung der Werktätigen“ 11.965,8 Millionen, während das „verfügbare Bruttonationaleinkommen“ auf 27.784,1 Millionen Pesos stieg.⁶⁰ Das bedeutet, daß der Koeffizient des Anteils der Löhne von 0,51 auf knapp 0,43 sank.

Außerdem verdeckt der Durchschnitt eine Anzahl von Lohnunterschieden, die viel größer als früher sind. Die wachsende Differenzierung der Löhne folgt einer bewußten Politik des Regimes, um eine „Arbeiteraristokratie“ herauszubilden, die eini-

ge Krümel der Rentabilität des „entstehenden Sektors“ bekommt und die soziale „Arbeiter“-Basis seiner Politik bilden soll. Deshalb werden zusätzlich zu den Vorteilen, die die Arbeit im „entstehenden Sektor“ oder den „Joint Ventures“ bringt, verschiedene materielle Anreize eingeführt, wie in der Tabakindustrie und anderen. Ungefähr 20% der Werktätigen erhalten finanzielles Einkommen oder Leistungen anderer Art zusätzlich zum Lohn.

Gemeinsam mit der großen Verschlechterung des Lohnes „ist eines der herausragenden Elemente der bemerkenswerten Anstieg der Ungleichheiten. Das Verhältnis zwischen dem höchsten und niedrigsten Lohn veränderte sich von 4 zu 1 auf 25 zu 1. Heute verdienen ein Chirurg oder ein Ingenieur 550mal weniger als der Eigentümer eines Restaurants, 30mal weniger als eine Prostituierte und 10mal weniger als ein Kutscher. Der Dollar bildet einen neuen Rahmen der sozialen Spaltung.“⁶¹ Gleichzeitig „gibt es eine Stagnation in den Löhnen des staatlichen Sektors, zu dem die Mehrheit der Werktätigen gehört. Die Bevölkerung hängt von deren Einkommen ab. Auf dem Sektor der Selbständigen tendieren die Löhne zu einem Anstieg, ebenso wie bei den mit dem „entstehenden Sektor“ verbundenen Werktätigen. Kennzeichnend ist außerdem der Wandel, der bei der Bedeutung und dem Gewicht der nicht aus Arbeit entstandenen Einkommen entstanden ist. Ihre Ursprünge sind finanzielle Unterstützung durch Familienmitglieder und die Härten der Märkte mit freien Preisen. Diese Härten sind grundlegend ein Produkt der oligopolen Situation auf den Märkten, der vorherigen Absprache der Preise und der Beschränkungen des Zugangs zum Markt.“⁶²

Die statistischen Durchschnitte verbergen die wahre Situation der Mehrheit der Arbeiter- und Bauernfamilien. Ebenso verbergen sie den Status der privilegierten Minderheit, in der sich die hohen Schichten der Bürokratie des Staates und der KP Kubas, ein Teil der Beschäftigten des Privatsektors, ein Teil von denen, die auf dem Schwarzmarkt gedeihen oder Zugang zu Dollars haben, sei es durch familiäre Unterstützung oder sei es durch verschiedene „Geschäfte“, vereinen. Was ist der Teil des Nationaleinkommens, den sich die Bürokratie aneignet? Die wahre Verteilung des Einkommens, das erreichte Niveau der sozialen Schich-

tung und der Bereicherung der Bürokratie und der „neuen Kubaner“, ist fast ein „Staatsgeheimnis“, aber es bleiben die Anzeichen dieser Erscheinung, die auf der anderen Seite den leidenden einfachen Kubanern sehr gut bekannt sind. Zum Beispiel gibt es die hohe Konzentration der Einlagen auf den Girokonten der Banken, wo 60% der öffentlich verfügbaren Mittel, und davon 12% der Sparkonten den 80% der Einlagen in Devisen ausmachen.⁶³ Ein anderer indirekter Hinweis ist die Dynamik der Verkäufe von TRD (Transfer-Dollar), zu denen nur ein Teil der Bevölkerung, der über Dollar verfügt, Zugang hat. Dazu im Kontrast stehen die chronische Knappheit und der beschränkte Konsum, die weiterhin die Mehrheit des werktätigen Volkes betreffen.

VIII. Die Bürokratie und die Herausbildung eines restorationistischen Blocks

Unzweifelhaft hat die Bürokratie nicht nur gewußt, ihre materiellen Positionen in der „Spezialperiode“ zu bewahren und zu verbessern, sondern auch die Anzahl der Quellen ihres „Wohlstands“ zu vergrößern. Die Bürokratie nährt sich nicht nur von höheren Lohngruppen, sondern von einer ganzen Anzahl von Pfründen und Vergütungen, die nicht zum Lohn gehören. Das sind beispielsweise der Zugang zu besseren medizinischen und sozialen Dienstleistungen, Spezialläden, Wohnungen, Urlaubsplätzen, Reisen ins Ausland usw., die gewaltig zu der Verschlechterung der Lebensbedingungen des kubanischen Volkes im Kontrast stehen, so daß die Bürokratie sie, so gut sie kann, vor dem Blick der Massen verbirgt.

Außerdem verstärken besonders die mit dem „entstehenden Sektor“ verbundenen Teile der Bürokratie, wie die Betriebsdirektoren, die direkt von den Reformen profitieren, die Tendenz, sich immer enger mit dem Markt und mit den ausländischen Partnern zu verbinden. Und natürlich verbinden sie ihre Hoffnungen auf Bereicherung mit der kapitalistischen Restauration.

In den Worten von H. Dilla: „die Wiederverwertung der Eliten“ brachte, angeheizt durch die Wirtschaftsreformen „die Stärkung eines Blocks betrieblicher Technokraten, die zu ihrem Vorteil mit dem Markt verbunden sind und Möglichkeiten dazu haben, einen sozial hegemonialen Block zu errichten. (...) Ein erster Bestandteil die-

ses entstehenden Blocks befindet sich auf dem Gebiet der ausländischen Investitionen. (...) Der zweite Bestandteil wurde von den leitenden Angestellten der Staatsbetriebe gebildet, die vorteilhafte Positionen auf dem Weltmarkt erreichten und daher auch einen höheren Grad an Autonomie. (...) Ein dritter (potentieller) Bestandteil dieses Blocks repräsentiert jene Personen (reiche Bauern, Geschäftsvermittler, Anbieter von Dienstleistungen usw.), die große Geldsummen und andere Güter durch die Spekulation auf dem Schwarzmarkt angehäuft haben, häufig auf Kosten der staatlichen Mittel.“⁶⁴

Dilla schließt: „diese Gruppen, und besonders die beiden ersten, entstammen der eigentlichen traditionellen Bürokratie – sei sie zivil oder militärisch – und ihren Familien. Zu ihnen gehören auch junge Technokraten, die diesen politischen Kurs voll unterstützen. Einschließlich der dritten Gruppe ist es möglich, eine starke Verbindung zwischen den profitabelsten privaten Geschäften – Restaurants und Vermietung von Zimmern für Touristen – und hohen ehemaligen Bürokraten oder ihren Familienangehörigen zu finden, denn letztlich verlangen diese Geschäfte komfortable Wohnungen an zentralen Standorten, wie sie in früheren Zeiten vom Staat an solche Personen vergeben worden sind.“

Die neuen „kubanischen Unternehmer“

Diese Erscheinung wird in den Vereinigten Staaten mit größtem Interesse gesehen: „die Entstehung eines neuen Unternehmertyps, der in Betrieben (...) aufkommt, deren Aktivitäten mit den Spielregeln des Weltmarkts am direktesten verbunden sind oder sich wenigstens an ihnen orientieren. Dazu zählen Betriebe mit ausländischen Investitionen oder völlig staatliche, deren Ursprung und produktives Ziel der ausländische Markt ist.“⁶⁵ Gemäß derselben Analyse, hat die Bildung dieser Schicht von Geschäftsführern und Technokraten, die beginnen, sich als „Unternehmer“ zu fühlen, als bevorzugten Schauplatz zwei Bereiche: „die Betriebe, die Organen der zentralen Verwaltung des Staates untergeordnet sind, deren hauptsächliche Aktivität im Ausland sein kann oder nicht. Diese Betriebe – die Handelsunternehmen oder Produktionsbetriebe sein können oder beide Aktivitäten verbinden – be-

tätigen sich unter einem Regime der Autonomie in ihren Maßnahmen. Dieses Regime wurde in den letzten Jahren allmählich als Teil eines Prozesses der betrieblichen Dezentralisierung zugelassen und ausgeweitet. Anfangs wurde er als versuchsweiser Prozeß angesehen, der für einige Ministerien entwickelt worden war, aber er hat sich in den letzten drei Jahren unter der Leitung und Beobachtung des Ministerrats entwickelt. (...) Das andere betriebliche Untersystem wurde für Betriebe geschaffen, die mit dem Status einer privaten Institution tätig sind. Es sind hauptsächlich Gesellschaften, die mit dem Außenhandel und dem Tourismus verbunden sind. Sie handeln absolut unabhängig vom Ministerium für Außenhandel und anderen staatlichen Organen. Manche von ihnen sind im Ausland als nichtkubanische Betriebe registriert. Einer der bedeutsamsten Wesenszüge dieser Unabhängigkeit ist die autonome Kontrolle der finanziellen Mittel, die sie besitzen und sie sich überwiegend auf ausländischen Bankkonten befinden. Deren Bewegung wird mit der Unterschrift des Geschäftsführers des Betriebes durchgeführt. Der größte Teil dieser Betriebe ist in zwei große Holdings zusammengefaßt: CIMEX und Cubanacán, SA.“⁶⁶ Natürlich wird für die Geschäftsführer, Chefs und leitenden Angestellten die Idee immer anziehender, „nicht nur Direktor eines Trusts zu sein, sondern Aktionär zu werden“, und sie suchen die Mittel, das zu verwirklichen. Andererseits vergrößert ihr „Erfolg“ ihren sozialen und politischen Einfluß und sie verwandeln sich in Subjekte des inneren prokapitalistischen Drucks der Bürokratie.

Eine Allianz zur gesellschaftlichen Restauration bildet sich

Der soziale Inhalt dieses Prozesses ist die schnelle Herausbildung der Elemente für einen offenen prokapitalistischen Block um die hohe Bürokratie der Partei, des Staates und der FAR (kubanische Armee) herum. Der „betrieblich technokratische Block“ bildet sich aus der Bürokratie selbst und den neuen Reichen, die durch den Schwarzmarkt, die mit dem Dollar verbundene Wirtschaft usw. gedeihen. Die alarmierenden Stimmen in den eigenen kubanischen Medien signalisieren: „die Keime für die Bildung einer großen und mittleren Kleinbourgeoisie in unserer Gesellschaft und die politi-

sche Rolle dieser möglichen neuen sozialen Klasse, gemeinsam mit dem ausländischen Kapital, signalisieren noch nicht in ihrer ganzen realen Dimension entfaltete Prozesse, die unmöglich hinsichtlich ihrer möglichen Beziehung zum Sozialismus und seiner Zukunft ignoriert werden können.“⁶⁷ Diese mit den Wirtschaftsreformen verbundenen Sektoren verwandeln sich immer mehr in direkte Agenten der ausländischen Investoren und der kapitalistischen Partner des kubanischen Handels und geraten in Widerspruch zu den wirtschaftlichen, gesetzlichen und politischen Einschränkungen des Arbeiterstaates. Sie suchen mit immer größerer Beharrlichkeit die Neustrukturierung der politischen Macht und ihrer Formen zu erreichen, um sich zu stabilisieren und zu gedeihen. Dabei stimmen sie mit dem imperialistischen Druck überein, einen „Übergang“ durchzuführen. Sie suchen Abkommen mit der mächtigen bürgerlichen Emigration in Miami zu erreichen, wenigstens mit ihren „gemäßigeren“ Teilen. Angesichts des Fehlens einer proletarischen Alternative zum Castrismus kann der sich bildende restaurationistische Block – der Kandidat dafür ist, eine Ausbeuterklasse zu werden – nicht nur die mit dem „entstehenden Sektor“ und dem Markt verbundenen oder für ihren Lebensunterhalt von nichtstaatlichen Bereichen abhängigen Zwischenschichten mit sich reißen, sondern auch Teile der werktätigen Bevölkerung, die keinen anderen Ausweg sehen. Auf diese Weise bildet sich ein mächtiger Hebel des inneren Drucks im Interesse der imperialistischen Politik.

DIE DYNAMIK DER POLITISCHEN MACHT

IX. Von der „Koexistenz“ zur „Zusammenarbeit“

Bei der Verteidigung der Politik Castros wird argumentiert, daß man „nicht behaupten kann, daß in Kuba eine Klasse der Bourgeoisie wiedererstand ist: der Staat blockiert weiterhin standhaft die Möglichkeiten der nationalen Akkumulation von Privatkapital – und seine Funktionen haben sich nicht bereichert und nicht korruptiert“.⁶⁸ Obwohl es in Kuba keine innere Bourgeoisie gibt und bedeutende rechtliche, wirtschaftliche, soziale und politische Hindernisse ih-

rer Herausbildung beibehalten werden, haben wir gesehen, wie das soziale Ergebnis der Politik der „Spezialperiode“ die Entwicklung von immer mächtigeren restauratorischen Sektoren war, die sich von der eigenen Bürokratie nähren.

Tatsächlich markiert diese Politik einen Punkt des Wechsels: von der historischen Politik der Klassenzusammenarbeit im internationalen Maßstab im Namen der „friedlichen Koexistenz“ wird übergegangen zur „Zusammenarbeit“ mit dem Auslandskapital und zum „Markt“ innerhalb von Kuba selbst. Obwohl diese Kehrtwendung mit einer Politik des Widerstands gegen die aggressivsten Annahmen des Imperialismus und mit einem Diskurs der „Verteidigung des Sozialismus“ kombiniert ist, ist ihr objektiver Inhalt die Vorbereitung einer entscheidenden Änderung des Kräfteverhältnisses zu Gunsten der offen prokapitalistischen Elemente.

Während eines Jahrzehnts der Anwendung der Politik der Wirtschaftsreformen, der großen Zugeständnisse an das Auslandskapital und der Schaffung von gemischten Betrieben haben Castro und die kubanische Führung immer wieder behauptet: „Wir beseitigen weder die Doktrin noch die Prinzipien des Sozialismus und in einem praktischen Sinn, obwohl mit gründlichen revolutionären Überzeugungen, akzeptieren wir unter diesen Bedingungen die unvermeidliche Zusammenarbeit mit den ausländischen Kapitalisten.“⁶⁹ Mit den Worten von Carlos Lage: „Kuba ist einem langen Weg der wirtschaftlichen Umgestaltung gefolgt, ohne sein sozialistisches Wesen zu ändern (...) Manchmal wird das kritisiert, weil es mangelhaft und langsam erscheint. Tatsache ist, daß die Umgestaltungen von unserer inneren Wirklichkeit abhängen, von den sozialistischen Zielen die wir verteidigen, von der Notwendigkeit unserer Existenz als Nation, angesichts der Bedrohung durch einen mächtigen Nachbarn, der seine Absicht uns zu kolonialisieren nicht verbirgt, nicht in Gefahr zu bringen. Wir haben eine Wirtschaftsreform innerhalb des Sozialismus in Marsch gesetzt, eine Reform, die Ausdruck des starken Willens ist, aktiv an der Weltwirtschaft nach den Regeln teilzunehmen, die sie heute regieren.“⁷⁰

Diese Politik der „unvermeidlichen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten“, um den „Sozialismus zu errich-

ten“, angepaßt an „die Regeln, die die Weltwirtschaft regieren“, erscheint nicht zufällig dem Aufruf Bucharins am Ende der 20er Jahre sehr ähnlich (abgesehen von allen Unterschieden zwischen dem Führer des rechten Flügels der Bolschewiki und der fidelistischen Bürokratie), die NÖP „aufrechtzuerhalten und zu vertiefen“, als es schon offensichtlich war, daß die kapitalistischen Elemente sich mit Eifer erhoben und den russischen Arbeiterstaat zu zerstören drohten. Für Bucharin ist „die Haltung des Proletariats und seiner Staatsmacht gegenüber der neuen Bourgeoisie unterschiedlich, die sich innerhalb einer sicheren Beziehung der sozialen Kräfte befindet. Sie bildet ein sozial nötiges Element, daß – in bestimmtem Maß, innerhalb bestimmter Grenzen und für eine bestimmte Zeit – eine sozial nützliche Rolle spielt (...) In diesem Fall gibt es eine Zusammenarbeit mit dem Proletariat und Klassenkampf innerhalb dieser Zusammenarbeit (...)“⁷¹ Es handelte sich um die „Zusammenarbeit“ des NÖP-Manns, des Kulaken und des Bürokraten und erlaubte, daß die kapitalistischen Elemente der Motor der sowjetischen Wirtschaft bei der „Errichtung des Sozialismus im Schnecken tempo“ wurden, wodurch die kapitalistischen Elemente in der sowjetischen Wirtschaft übermäßig gestärkt wurden. Es drohten unkontrollierbare restauratorische Kräfte freigesetzt zu werden.

Für Castro und Lage ist das Gegengewicht zur „unvermeidlichen Zusammenarbeit mit den ausländischen Kapitalisten“ die Rolle des Staates und der Willen der Führung. Trotzdem ist diese Politik keine unabhängige Größe in der Wechselwirkung der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte. Warum akzeptiert es das Auslandskapital „zusammenarbeiten“, wenn nicht um Kuba zu rekolonialisieren? Die mächtigen probürgerlichen Tendenzen, die in der Hitze der „Spezialperiode“ ausgebrütet wurden, üben Druck aus, um den politischen Bereich an ihre Bedürfnisse anzupassen und verwandeln sich in eine immer größere politische Gefahr der Restauration.

X. Die Erschöpfung des fidelistischen Bonapartismus

Vom allgemeinen politischen oder „staatlichen“ Gesichtspunkt aus bedeutet der Wandel in der Beziehung der nationalen und internationalen Kräfte, daß sich der Spielraum für Manöver

des kubanischen Bonapartismus allmählich erschöpft, um zwischen dem Proletariat und dem imperialistischen Druck, zwischen den sozialistischen Elementen der kubanischen Wirtschaft und den prokapitalistischen Elementen, die den Druck des Weltmarkts ausdrücken, zu vermitteln.

Auf internationaler Ebene haben die tiefgreifende bürgerliche und imperialistische Offensive der letzten Jahrzehnte und die beabsichtigte Erneuerung der nordamerikanischen Vorherrschaft in der Welt – ausgedrückt im Prozeß der Rekolonialisierung, unter dem Lateinamerika leidet – immer mehr die Spielräume Kubas, das nicht mehr auf die Hilfe des „sozialistischen Lagers“ zählen kann, eingeengt.

Im Inneren war Kuba während eines Jahrzehnts der „Spezialperiode“ gezwungen zu vermitteln und sich in immer schwierigere Bedingungen angesichts des Drucks zu fügen, der hervorgebracht wurde durch: a) das erreichte Gewicht des „entstehenden Sektors“ und das Aufkommen bedeutender kapitalistischer und halbkapitalistischer Elemente; b) das Aufkommen neuer sozialer Schichten; c) die innere Differenzierung der Bürokratie; d) die Erosion der Verbindung mit den Massen, besonders mit der Arbeiterklasse; und e) den imperialistischen Druck (sowohl der politische Druck der USA, als auch die aktive Anwesenheit des Auslandskapitals).

Wenn früher die Bürokratie sich gezwungen sah zwischen dem imperialistischen Druck und den kubanischen Massen zu entscheiden, heute sieht sich das fidelistische Regime gezwungen zwischen der nationalisierten Wirtschaft und dem „entstehenden Sektor“; zwischen den privilegierten neuen sozialen Schichten und den werktätigen Klassen; zwischen den „politischen und wirtschaftlichen“ Flügeln der Bürokratie; mit einem Auslandskapital, das sich in einen aktiven Faktor der kubanischen Realität verwandelt hat und schließlich unter dem Druck des Imperialismus, der Castro als Gesprächspartner in Frage stellt und sich in der Offensive befindet, zu entscheiden. Diese neue Situation bedeutet eine Strukturkrise des Regimes als Ergebnis der enormen sozialen und politischen Widersprüche, die sich unter der Oberfläche angehäuft haben. So ist zu erklären, daß „die Politik in Kuba in einem rasenden Rhythmus wechselt, auch wenn sich das nicht in einem formalen Rahmen ausdrückt,

so daß die angestrebte Garantie der Regierungsfähigkeit sich in wachsendem Maße auf eine starke organische Veränderung der Beziehungen der Macht zum neuen Modell der Akkumulation bezieht.“⁷² Das ist die Grundlage des wachsenden „Nichtfunktionierens“ des fidelistischen Regimes in Bezug auf die Wandlungen in der kubanischen Gesellschaft, die es selbst aktiv im letzten Jahrzehnt gefördert hat.

Das ist im Kern eine sprunghafte Vertiefung des historischen Niedergangs des fidelistischen Bonapartismus. Das Regime bildete sich nach der Revolution von 1959 als eine besondere Form des typischen bürokratischen Bonapartismus der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten heraus.⁷³ Seine besonderen Merkmale entstehen daraus, daß es in Kuba keine politische Konterrevolution gab, die mit der von Stalin in Rußland vergleichbar ist, aus der Notwendigkeit, sich bei der Konfrontation mit dem Imperialismus auf die kubanischen Massen zu stützen und aus dem Gewicht, daß Fidel selbst als historischer Revolutionsführer und unanfechtbarer Schiedsrichter behalten hat.

Fidel verkörpert diese Rolle an der Spitze des Ministerrats als Schlüsselinstitution. Dabei stützt er sich einerseits auf die KP Kubas („Staatspartei“ mit ihrer halben Million Mitglieder und ihrer führenden Rolle in allen Bereichen des kubanischen Lebens) und die FAR (geleitet von seinem Bruder Raúl), andererseits auf die Massenorganisationen als „Transmissionsriemen“ der offiziellen Politik und Entscheidungen, die ein vorsichtig kontrollierter und abgestufter Rückhalt der Massen sind. Die Nationalversammlung und ihre Instanzen spielen die Rolle des Organs zur plebiszitären Legitimierung der Entscheidungen und der Politik, die von der Spitze ausgearbeitet wurden. Die starre autoritäre und repressive Kontrolle aller kritischen Äußerungen der Massen ist verbunden mit einer behutsamen Mobilisierung der Massen gegen den imperialistischen Druck.

In den Jahrzehnten nach der Revolution vergrößerten die Entwicklung der Produktivkräfte und die Steigerung des kulturellen Niveaus der kubanischen Bevölkerung die Widersprüche mit dem Regime der Bürokratie: „Seine eigenen Errungenschaften haben seine Überholtheit hervorgebracht, besonders als die Mobilität und

hohe Qualifikationen des sozialen Subjekts begann, die Starrheit der Mechanismen der sozialpolitischen Kontrolle herauszufordern, die dazu tendieren, Störungen wie Apathie und politische Anonymität zu produzieren.“⁷⁴

Im Zuge des sogenannten „Prozeß der Institutionalisierung“ wurden plebiszitäre Einrichtungen und Institutionen eingeführt, dessen Höhepunkte die Schaffung der Organe der Volksmacht“ 1976, die „Periode der Berichtigung von Fehlern und negativen Tendenzen“ Mitte der 80er Jahre und die Verfassungsreform 1992 waren, die auf eine Anpassung des Regimes abzielten, um die „Abnutzungserscheinungen“ zu hemmen. Dabei wurden plebiszitäre Mechanismen und Institutionen eingeführt. Als Ausdruck dieser Anpassung hat sich die kubanische Ideologie von einem „Marxismus-Leninismus“ sowjetischer Art zu einem sozialistisch-nationalistischen Eklektizismus entwickelt, der das Denken von Martí mit der Berufung auf Marx und der mythischen Wiederverwendung des Che vermischt und einen immer ausgeprägteren kleinbürgerlich-nationalistischen Ton hat. Es genügt zu sagen, daß sich die KP Kubas gemäß Artikel 5 des Statuts von 1992 als „martianisch und marxistisch-leninistisch, organisierte Vorhut der kubanischen Nation“ definiert.

Die Politik der „Spezialperiode“, vertiefte ihrerseits die Erosion der Verbindungen des Regimes mit seiner historischen sozialen Basis, andererseits gestattete sie es, sich noch mehr über die Gesellschaft zu erheben, wobei es auf der rechten Seite, d.h., auf die neuen privilegierten „entstehenden“ Schichten, und auf der linken Seite auf die werktätigen Massen und auf das anti-imperialistische Gefühl stützte. Trotzdem hat sie die Ausbreitung der Apathie, der Unzufriedenheit angesichts der materiellen Nöte und des Fehlens politischer Freiheiten nicht verhindern können. Die Notwendigkeit, sich direkter auf den Staatsapparat zu stützen, drückt sich in der Rolle aus, die der FAR bei den Wirtschaftsreformen zugewiesen wurde, die auf verschiedenen Gebieten Aufgaben übernommen hat und als Beispiel für die „sozialistische“ betriebliche Verbesserung vorgeführt wird.

In diesem Rahmen erschöpft die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche nach einem Jahrzehnt der Reformen die Möglichkeiten des Regimes zu zügeln und zu vermit-

teln auf der Grundlage dieses politischen Spiels. Die Mechanismen des „Prozesses der Institutionalisierung“ und eine Politik wie die „Schlacht der Ideen“, um die politisch-ideologische Kontrolle des Regimes wiederzuerlangen, konnten die Erosion der organischen Verbindungen mit der historischen sozialen Basis des Fidelismus nicht rückgängig machen.

Die Erosion der Verbindung mit den Massen

Obwohl es feststeht, daß die kubanische Führung breite soziale Unterstützung und einen bedeutenden Grad an „Konsens“ bewahrt hat, Ausdruck des noch vorhandenen Bündnisses mit der Führung, die „die Revolution machte“, ist wahrscheinlich die verbreitetste Erscheinung die Apathie, die Ermüdung und die politische Desillusionierung. Das, beim Fehlen von politischen Freiheiten für die Massen und einer nichtbürokratischen Arbeiteralternative, bildet einen Nährboden für die Strömungen der pro-imperialistischen Opposition, obwohl diese scheinbar noch kein Gewicht bei den Massen gewonnen haben.

Es steht fest, daß die in der Revolution entstandenen Organisationen (CDR [Komitees zur Verteidigung der Revolution, CTC [Konföderation der Werktätigen Kubas, kubanische Gewerkschaft], FMC [Föderation der Frauen Kubas] usw.) unter einem hohen Grad der Bürokratisierung und der Abnutzung leiden, wobei sie noch eine bedeutende soziale Kraft sind. Aber die Beschädigung kann nicht verdeckt werden: „das Bild einiger dieser Organisationen ist altertümlich (vor allem in den Augen der Jungen, die in deren Leitungsstrukturen nicht vorherrschen) und sie erlitten einen Verlust an Effektivität bei ihren Mobilisierungen. Auch wenn ihre Mitgliedschaft nicht bedeutend sinkt und sie den Versuch machen, sich an die neuen Bedingungen anzupassen (eine heterogenere Gesellschaft, neue Formen von Delikten und früher unbekanntem oder vergessenen sozialen Erscheinungen), die Zugehörigkeit und formale Anwesenheit bei ihren Aktivitäten (oftmals begrenzt auf die Zahlung des Mitgliedsbeitrags) sind Probleme, die ein alarmierendes Licht geben.“⁷⁵ Auch in der KP zeigt sich „eine negative Entwicklung des Beitritts von Mitgliedern der UJC [Union der jungen Kommunisten] in ihre Reihen, wenn sie das Alter des natürlichen Ausscheidens

erreicht haben“.⁷⁶

Ein aus Kuba stammender Marxist, der die Insel 1999 besuchte, stellt fest: „Die CDR und folglich ihre Aktivitäten haben sich wesentlich verändert, vor allem, weil sie die ganze Zeit die Probleme des täglichen Überlebens für sich und ihre Familien „klären“ („klären“ ist vielleicht das wichtigste Verb im kubanischen Spanisch), sowohl individuell als auch kollektiv.“⁷⁷ Die Symptome der Schwächung der organisatorischen Strukturen in ihrer Beziehung zur sozialen Basis können Brechen in die Beziehung zwischen dem Regime und der kubanischen Gesellschaft vorwegnehmen, die unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen schon nicht mehr dauerhaft eingedämmt werden können.

Ein politischer Stillstand

Durch die Anhäufung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Spannungen, die unter den gegenwärtigen politischen Formen schon nicht mehr dauerhaft eingedämmt werden können, befindet sich die Regierung in Havanna praktisch in einer Sackgasse. Die Einführung von politischen Änderungen von Bedeutung kann den schon jetzt nur schwer einzudämmenden Druck mit unvorhersehbaren Ergebnissen entfesseln. Aber keine Änderung einzuführen trägt nur dazu bei, den Druck in einer explosiven Suppe zu erhöhen. Jeder Schritt erhöht nur die strukturelle Schwächung, das heißt, das „nicht funktionieren“.

In diesem Rahmen müssen bestimmte harte politische Mittel, die in den letzten Monaten als Antwort auf die Eskalation des imperialistischen Drucks ergriffen worden sind, als ein begrenzter „Zickzack“ nach links, zurückgreifend auf die typischen bonapartistischen Methoden, eingeordnet werden. Tatsächlich stellten die Exekution von drei Entführern einer Fähre und die Verurteilung von ungefähr 75 „Dissidenten“ aus Gruppen, die von den USA und der Emigration aus Miami finanziert wurden, die harte Antwort auf den Druck der Europäischen Union usw., besonders der Schlag gegen Oppositionsgruppen, einen defensiven Zickzack dar. Das ist ein bürokratisches Mittel, um die Kontrolle über die politische Situation zurückzugewinnen, schlagend auf jene, die für einen „Übergang“ eintreten, „abratend“ den Unzufriedenen (es gab verschiedene Fluchtversuche nach Florida) und allgemein

„warnend“ die kritischen Elemente und „Gegner“, seien sie von rechts oder von links.

Aber diese Schwankungen ändern weder die zentrale Politik des Regimes, noch lösen sie die Situation des politischen „Stillstands“, die der Schlüssel der kubanischen Probleme ist, besonders der Frage, die die grundlegenden Probleme Kubas der nächsten Zeit zusammenfaßt: die „Nachfolge“ oder der „Übergang“ der Führung Fidels.

XI. Zwischen „Nachfolge“ und „Übergang“

Es ist kein kleines Problem für die führende Kaste, daß sich Fidel in den 80ern befindet, daß heißt, daß es eine Grenze im aktiven Leben jedes Menschen gibt. Die Zukunft nach Fidel konzentriert das Problem der Dynamik und der Alternativen des Regimes. Über Fidel selbst hinaus – obwohl seine Rolle als Schiedsrichter und „Führer“ unbestritten unverzichtbar ist –, steht der Abgang der historischen Führungsgruppe, die Kuba vier Jahrzehnte lang regiert hat, auf dem Spiel, inmitten einer kritischen Situation des wirtschaftlichen und politischen *Stillstands*.

Das führt die Bürokratie an einen Scheideweg. Um es journalistisch auszudrücken, handelt es sich um die Entscheidung zwischen der „Nachfolge“ (das ist die Politik der führenden Gruppe) oder des „demokratischen Übergangs“, den der Imperialismus fordert.

Die „Nachfolge“

Die von Fidel angeordnete Nachfolge bedeutet die Fortsetzung des gegenwärtigen politischen Spiels, graduelle und kontrollierte Wandlungen zulassend. Formal würde der, der Fidels Platz einnimmt, Raúl sein, der an der Spitze der Verteidigung und der FAR steht, die eine deutlich wichtigere Rolle als jetzt spielen würde. Es kann nicht die Möglichkeit verschiedener Zwischenlösungen ausgeschlossen werden, um den Wechsel zu „mildern“, wie die Möglichkeit, daß Fidel einige seiner gegenwärtigen Ämter abgibt oder als „Garantie für die Kontinuität“ in die zweite Reihe tritt, während eine neue Gruppe die Leitung der Regierung übernimmt.

Fidel selbst hat aktiv seine Nachfolge vorbereitet. Der Ministerrat hat

sich in den vergangenen Jahren erneuert, wobei mehr als die Hälfte der neuen Mitglieder „aus der Union der jungen Kommunisten oder der Föderation der Universitätsstudenten (FEU) hervorgegangen ist“.⁷⁸ Zentrale Personen wie Alarcón (Präsident der Nationalversammlung), Carlos Lage (Vizepräsident und Leiter der Wirtschaftspolitik), Felipe Pérez Roque (Außenminister) u.a. sind jünger als 50 Jahre.

Die verschiedenen Varianten (die in letzter Instanz die Diskussionen und Abkommen zwischen verschiedenen Flügeln der Bürokratie widerspiegeln) der Nachfolge würden ein „Fidelismus ohne Fidel“ sein, um den grundlegenden Inhalt der gegenwärtigen Politik der Wirtschaftsreformen beizubehalten und dabei die politische Macht in den Händen der KP zu behalten. Das würde weder Raum für ein bürgerliches parlamentarischer Mehrparteienspiel, noch einen größeren Umfang an Autonomie für die Massenbewegung zulassen (obwohl es größere Elemente einer „glasnost“ auf kubanische Art oder, wie einige Sektoren anregen, einer „sozialistischen Erneuerung“ geben könnte).

Diese Lösung bedeutet ein viel schwächeres Regime als das gegenwärtige, sowohl gegenüber dem Imperialismus, als auch in seiner Beziehung zu den kubanischen werktätigen Massen selbst. Erstens wegen dem Abgang von Fidel selbst, dessen Prestige und Autorität auf keine andere der gegenwärtigen Personen übertragen werden kann, zweitens weil Fidels Abgang wahrscheinlich das Signal für einen offenen Streit zwischen den verschiedenen bürokratischen Fraktionen über die Macht und über die Neubestimmung des wirtschaftlichen und politischen Kurses sein würde und schließlich, weil der Imperialismus – wenigstens vorläufig – diesen politischen Ausweg nicht akzeptiert. Deshalb wäre es wahrscheinlich für Kuba der Beginn einer neuen politischen Krise.

Der „Übergang“

Den „demokratischen Übergang“ zu erzwingen ist das erklärte Ziel des Imperialismus und wird von der inneren rechten „Dissidenz“ gefördert, um zu garantieren, den Schritt in die kapitalistische Restauration so geordnet wie möglich zu vollziehen. Um die „Wirtschaftsreformen des Marktes“ bis zu Ende zu bringen, ist es erforderlich, die Räume der politischen Macht zu

öffnen, einschließlich für die Strömungen der Emigration in Miami. So erklärt sich die enge Beziehung, die die imperialistische Propaganda zwischen „wirtschaftlicher Freiheit“ und „politischer Freiheit“ in Form einer bürgerlichen Demokratie des Typs, der in Osteuropa eingeführt wurde, herstellt. Trotzdem verbirgt dieser ideologische Diskurs, daß der Übergang zum Kapitalismus eine „starke Macht“ einbeziehen müßte, wie die klügsten Medien des Imperialismus geradeheraus bekennen. Dadurch sollen die „Anarchie“ und der „Bürgerkrieg“ vermieden werden, das heißt, die Gefahr eines Ausbruchs der Massen. Das ist das Projekt der **demokratischen Konterrevolution**, das seit einiger Zeit vom Imperialismus als „bevorzugte Alternative“ gehätschelt wird und auf das die „Kubanologen“ hunderte Seiten aufgewendet haben, dabei die „Lehren“ der Prozesse im Osten verwendend.

Wegen der Schwäche der Opposition, dem Fehlen eines einheitlichen Plans oder auch von Abkommen zwischen den verschiedenen Fraktionen, das Fehlen von Einfluß und einer sozialen Basis, verglichen mit den Prozessen in Osteuropa – wo z.B. ein Vaclav Havel in der Tschechoslowakei aufkommen konnte – erwartet niemand in Kuba einen „Übergang aus Samt“. Das macht ein Abkommen mit dem Regime in seiner Gesamtheit oder wenigstens mit entscheidenden Teilen der Bürokratie praktisch unvermeidlich. Und andererseits muß der Übergang mehr als Prozeß statt als schroffer Wechsel gesehen werden, als den ihn die harten Teile der Emigration und die US-amerikanischen Ultrarechten beabsichtigen: „Trotz der Ähnlichkeiten, der kubanische Fall kann vom typischen Fall der ex-sozialistischen Länder aus verschiedenen Gründen abweichen. Der erste ist die politisch schwache und bettelarme Situation der Opposition gegen die Regierung, sowohl auf der Insel als auch außerhalb (...) Das bedeutet, daß, wenn nicht wenigstens verborgene Kräfte in der gegenwärtigen kubanischen Gesellschaft existieren, die rechtzeitig die Macht übernehmen können, die Anarchie und nicht die Korruption vorherrschen wird. Wenn wir diesen Ansatz als richtig ansehen ergibt sich, daß die einzige Art, um nach Castro die öffentlichen Güter „Marktwirtschaft“ und „Demokratie“ einzuführen, mittels der zwingenden Aktion ist, die sich aus einem der folgenden

Szenarien ableitet: a) die castristische Mannschaft selbst beschließt, sich auf die erwünschten Reformen zu stützen, b) die castristische Mannschaft wird durch einen inneren Staatsstreich ersetzt, oder c) die castristische Mannschaft wird durch eine äußere Kraft reformistischer Natur ersetzt. Schließen wir das dritte Szenario als unwahrscheinlich aus.“⁷⁹

In diesem Sinn sind die Lobreden und Erwartungen auffallend, die verschiedene „Kubanologen“ und Wortführer der Emigration der Rolle widmen, die die FAR nach dem Rücktritt von Fidel spielen können.

Andererseits fürchtet der Imperialismus, trotz seiner Politik der Härte gegenüber Castro, einen Knall in Kuba, 90 Meilen von seinen Küsten entfernt und im Rahmen eines tiefgreifend destabilisierten Kontinents. Diese Tatsache und der Mißerfolg der Illusionen Anfang der 90er Jahre, als die Medien des Imperialismus und der Emigration den schnellen Zusammenbruch in Kuba (beschleunigt durch die Blockade) erwarteten, scheinen eine gemeinsame Folge zu haben: vermeiden, daß die Konfrontation zu einer Krise mit unvorhersehbaren Konsequenzen treibt. „Die Vorhaben der politischen Führung, wie auch die von der Opposition und der Zivilgesellschaft stammenden, haben, wenn sie natürlich auch entgegengesetzt sind, in der Frage der „Mittel“ gemeinsame Punkte. Die Regierung strebt nach einer „dynastisch“ geordneten Nachfolge, die Opposition allgemein, auf der Insel und im Exil, nach einem auch geordneten demokratischen und friedlichen Übergang. Darum appellieren beide an Reformen der gültigen Verfassung.“⁸⁰ Das Projekt Varela von Oswaldo Payá wird als „der Versuch, eine Dynamik des demokratischen Übergangs an der Brust der Nachfolge einzuleiten“ vorangetrieben. Dieser Typ von „realistischen“ Visionen bekommt auf Kosten der ultrarechten Flügel in der kubanischen Emigration Gewicht. Der Führer der „gemäßigten“ Gruppe Cambio Cubano (Kubanischer Wandel) kehrte zurück, um in Kuba zu leben, wobei er erklärte „Wenn dieses Land in den Bankrott geht, verlieren wir dieses Land, die Kubaner, die Regierung und die Gegner“, deshalb „gibt es die Möglichkeit, daß die denkenden Köpfe sich zusammensetzen, um zu verhandeln und Lösungen zu suchen“. Und Erwartungen sogar an Fidel hinzufügend: „Es wäre

großartig, wenn Fidel selbst die Wandlungen erleichtern würde und die Wandlungen unterstützen würde. Vielleicht hat er [Castro] noch nicht genug Bewußtsein, daß es nötig ist zu verhandeln, aber es kann ein Moment kommen, in dem es so ist, und ich möchte nicht den Glauben daran verlieren.“⁸¹

Sind das Anzeichen, Beweise für ein neues politisches Szenario? Es ist möglich, daß sich unter dem Ansteigen des Drucks, der aggressiven Erklärungen und der feindseligen Maßnahmen der USA und der EU die Elemente einer „bewaffneten Verhandlung“ einen Weg bahnen, in denen der Imperialismus anstrebt die Kapitulation der castristischen Führung zu seinen Bedingungen zu erreichen bzw. ein Abkommen für die entscheidende Periode „nach Fidel“ zu erzwingen, das das Vordringen der demokratischen Konterrevolution erlaubt.

DER IMPERIALISMUS VERSUCHT, DEN „ÜBERGANG“ ZU ERZWINGEN

XI. Eine Wendung in der nordamerikanischen Politik

Seit den Attentaten vom 11. September, nach denen Bush seine weltweite „antiterroristische“ Offensive, konzentriert auf die Staaten, die als Teil der „Achse des Bösen“ (eine kurze Liste, die gemeinsam mit Afghanistan, Irak, Sudan und Nordkorea auch Kuba enthält) betrachtet werden, in Gang brachte, hat der nordamerikanische Imperialismus seinen Druck gegen Havanna verstärkt. Das schließt Behauptungen über angebliche „biologische Waffen“ und Provokationen wie die Verwandlung von Guantánamo in ein „antiterroristisches“ KZ nach der Invasion in Afghanistan ein. Für Teile der nordamerikanischen Regierung „war die Invasion in Irak der Anfang eines „Befreiungskreuzzuges, der alle Länder der Welt, einschließlich Kuba“ umfassen wird“, wie der Botschafter der USA in der Dominikanischen Republik, Hans Hertell, sagte.⁸² Bush hat immer wieder seine Politik der Wirtschaftsblockade und der starrköpfigen Feindseligkeit gegenüber Fidel bekräftigt, wobei er erklärte, daß die Normalisierung der Beziehungen, „die diplomatische Anerkennung, der freie Handel und ein starkes Hilfsprogramm nur möglich

sind, wenn Kuba eine neue Regierung hat, die völlig demokratisch ist“.⁸³ Der Einfluß der Kubano-Amerikaner wie Otto Reich, Mel Martínez oder Noriega in Washington und ihr Bündnis mit den republikanischen Rechtsextremen drücken sich im vollkommenen Anticastroismus der nordamerikanischen Politik gegenüber Kuba aus. Einige dieser Sektoren hätscheln die Idee, daß es eines der zentralen Ziele in einer erhofften zweiten Präsidentschaft von Bush sei, „Kuba zu befreien“. Als Teil dieser Orientierung hat der ständige nordamerikanische Vertreter auf der Insel, James Casson, offen angefangen, die Aktivität der Gruppen der probürgerlichen Opposition zu fördern und es ereigneten sich Drohungen und Provokationen durch hohe Politiker der Yankees. Damit stimmt eine Wendung der europäischen Politik überein, die begonnen hat Castro härter anzugreifen und sich zur aktiven Unterstützung der „Dissidenten“ zu verpflichten.

Die Mehrheit des nordamerikanischen *Establishments* scheint darin übereinzustimmen, größeren Druck gegen Kuba auszuüben – von den am meisten zu Verhandlungen mit Havanna bereiten Flügeln bis zu den Ultrarechten, die die Idee einer direkteren, einschließlich militärischen, Intervention hätscheln. Aber ebenso scheint sie nicht eine stärkere Vorbereitung auf eine militärische Aggression zu beabsichtigen. Im Gegenteil scheint es eine „spürbare Wendung der USA in ihrer Politik gegenüber Fidel (...)“ zu geben. Und „in einem deutlichen politischen Wandel schlossen die Vereinigten Staaten aus, die Sanktionen gegen Kuba zu verstärken. Das Ziel Washingtons ist es jetzt, einen demokratischen Übergang mittels der Unterstützung der kubanischen Dissidenten und eines größeren internationalen Drucks voranzutreiben.“⁸⁴ Dieser Weg stimmt mit der Nominierung von Roger Noriega als Untersekretär für die Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre überein, die von einem Block im Kongreß unterstützt wird, der die Blockadepolitik als kontraproduktiv ansieht. Im selben Tenor erklärte Colin Powell, daß „wir keine Pläne für eine vorbeugende Aktion haben, die Kuba betrifft“, während er den lateinamerikanischen Regierungen eine Verpflichtung abverlangte, durch „die OAS Formen zu finden, um zum unvermeidlichen demokratischen Übergang in Kuba zu drängen“.⁸⁵ Diese Wendung bedeutet

eine bessere Bestimmung der Politik Washingtons in den Begriffen einer demokratischen konterrevolutionären Strategie, als Mittel um die entscheidende Niederlage Kubas zu erreichen (diese Strategie schließt Druck und Aggressionen nicht aus und selbstverständlich langfristig auch die Gefahr einer militärischen Intervention nicht).

Es ist die nordamerikanische Strategie, sich die halbkoloniale Welt durch eine Politik der Stärke mehr unterzuordnen. Diese Politik beruht auf der Militärmacht und der Auferlegung einer direkteren politischen Herrschaft, die einen Sprung im Prozeß der Rekolonialisierung Lateinamerikas bedeutet. Sie stößt direkt mit der Existenz eines Arbeiterstaats in Kuba zusammen. Der kubanische Arbeiterstaat wird von den führenden nordamerikanischen Medien als ein Hindernis bei den Plänen in der Region betrachtet. In diesem Sinn ist es eine strategische Priorität für die USA, die kubanische Revolution zu erwürgen.

Die „zwei Politiken“ gegenüber Kuba nähern sich an

Das reaktionäre Klima, daß durch den imperialistischen Sieg über den Irak entstanden ist, begünstigt die Annäherung der USA und Europas hinsichtlich ihrer Politik gegenüber Kuba. Die Europäische Union begann offen den „Übergang“ voranzutreiben und die „Dissidenten“ zu finanzieren und zu fördern. Die Außenministerin Spaniens, eines Landes, das ein Partner von Bush bei der Invasion im Irak war und wichtige Interessen in Kuba hat, erklärte daß „das Regime von Fidel Castro „erschöpft“ ist und daß es wegen seines „Führerprinzips“ seinen Begründer nicht überleben wird (...) daß „der kubanische Übergang schon begonnen hat“, daß „der kubanische Suárez schon auf der Insel ist“ und daß Kuba „in wenigen Jahren“ eine in den Westen integrierte Demokratie sein wird“.⁸⁶

Das ist eine wichtige Wendung in der europäischen Politik. Seit Jahren haben sich Spanien und andere europäische Staaten im Rahmen der zwischenimperialistischen Handelsrivalitäten, die den kubanischen Markt attraktiv machten, von der Blockadepolitik der Yankees unterschieden und nicht nur einen breiten Handelsaustausch mit Kuba gehabt, sondern Investitionen ihrer Monopole auf der Insel ermuntert. In dieser ganzen Zeit forderten sie die „demokratische Öffnung“,

die die freie innere Organisation der restorationistischen Kräfte erlaubt, aber behielten gute diplomatische Beziehungen mit Castro bei, ohne eine Linie der aktiven Unterstützung der Opposition wie jetzt zu verfolgen.

Teile des *establishments* der Yankees verfolgen eine ähnliche Linie. Vor weniger als einem Jahr besuchte ex-Präsident Carter auf Einladung der kubanischen Regierung Kuba und sprach sich dafür aus, daß die USA die Blockadepolitik aufgeben, während er von Castro forderte „sich dem Pluralismus und der Marktwirtschaft zu öffnen“ (das heißt, der kapitalistischen Demokratie). Ein starker Block macht im nordamerikanischen Kongreß Druck dafür, die Blockadepolitik aufzugeben.

Sowohl Europa als auch die USA scheinen sich entschieden zu haben, eine Strategie der demokratischen Konterrevolution mittels größeren Drucks auf das Regime und aktiver Unterstützung der Dissidenten anzuwenden. So soll die Nachfolge von Castro entscheidend bestimmt und beeinflußt und die politische Linie des „Übergangs“ aufgezwungen werden. Der imperialistische Versuch, um den Hals von Kuba „die Zange zu schließen“, ist eine tödliche Gefahr für die Revolution und die kubanischen Massen, denn er versucht, sich auf die rückschrittlichen Entwicklungen zu stützen, die die castristische Politik der „Spezialperiode“ selbst in der Wirtschaft und der kubanischen Gesellschaft eingeleitet hat. Der Imperialismus will für diese Politik von der Unzufriedenheit und der Ermüdung unter den kubanischen Massen profitieren.

DIE PERSPEKTIVEN UND DIE AUFGABEN DES KUBANISCHEN PROLETARIATS

XIII. Zur kapitalistischen Restauration oder zur politischen Revolution?

Kuba ist an einem Scheideweg, möglicherweise dem schwierigsten seit den Jahren der Revolution. Die Fortsetzung der Politik der „Spezialperiode“, die von Castro ergriffen wurde, wirkt nicht sondern stärkt die prokapitalistischen Tendenzen und schwächt die Reserven der nationalisierten Wirtschaft und die Energie und Bereitschaft der Massen, der imperialistischen Belagerung zu widerstehen.

Der Imperialismus profitiert von der Isolierung und den Zugeständnissen Castros, um den Druck zu verstärken, mit dem er den politischen Sprung zum „Übergang“ erzwingen will, der nötig ist, um ohne Hindernis die Türen für die kapitalistische Rekolonialisierung Kubas zu öffnen.

Ein Versuch, den gegenwärtigen wirtschaftlichen *Stillstand* durch Vertiefung der wirtschaftlichen Maßnahmen zu überwinden, kann mit der Zerstörung der gegenüber dem „Markt“ fortbestehenden Barrieren und der Öffnung der Türen zu einem Sprung in die Zersetzung der kubanischen Wirtschaft enden. Der politische *Stillstand*, in dem sich das Regime befindet, kann in eine noch nicht bekannten politischen Krise münden und zum „Übergang“ führen, das heißt, zur „demokratischen“ Konterrevolution.

In diesem Rahmen kann man nicht ausschließen, daß angesichts einer Verschärfung der Krise innere Kämpfe oder aggressivere Bedrohungen des Imperialismus dem kubanischen Kurs neue „Zickzacks“ geben, diesmal nach links (wie tatsächlich in diesen Monaten andeutete). Der Widerstand und die Zickzacks des Fidelismus können den Verlauf der Ereignisse verzögern oder verändern – zur gleichen Zeit, wo der Arbeiterstaat noch mehr geschwächt wird, aber nicht die eiserne Alternative ändern, vor der Kuba steht: kapitalistische Restauration oder politische Revolution?

Trotzdem, weit davon entfernt, daß die Rekolonialisierung Kubas unvermeidlich wäre, ist die entscheidende Tatsache, daß die Revolution noch am Leben ist. Noch konnten weder die imperialistische Belagerung noch die schreckliche bürokratische Leitung ihre Kräfte erschöpfen. Die Werktätigen und das kubanische Volk haben während vier Jahrzehnten ihre Heldenhaftigkeit und ihre außergewöhnliche Fähigkeit zum Widerstand gezeigt. Zweifellos gibt es in Kuba keinen „friedlichen Weg zum Kapitalismus“. In diesem Sinne prallt die imperialistische Strategie auf gewaltige Hindernisse, um sich endgültig durchsetzen zu können.

Endgültig den Weg der Restauration freizumachen ist weder eine einfache noch eine friedliche Aufgabe. Möglicherweise in keinem anderen Fall sind die historischen Voraussagen Trotzki so gültig wie in Kuba: „*Die Konterrevolution, auf dem Marsch zum Kapitalismus, tendiert dazu, den Widerstand der Arbeiter zu brechen; die Ar-*

beiter, auf dem Marsch zum Sozialismus, tendieren dazu, die Bürokratie zu stürzen. Das Problem wird endgültig durch den Kampf der beiden lebendigen Kräfte auf nationalem und internationalem Gebiet gelöst.“⁸⁷

Strategisch muß der Schritt zur offenen Restauration entweder mit einer Übereinkunft der Bürokratie mit dem Imperialismus oder mit einer offenen Intervention des Imperialismus verbunden sein, die voraussichtlich einen Sprung in der politischen Auflösung der Bürokratie selbst und ihren Übergang mit Waffen und Gepäck in das Lager der imperialistischen Konterrevolution einschließt. In beiden Fällen würde sich die emigrierte *stake Bourgeoisie* in Miami in einen handelnden Faktor „von rechts“ verwandeln, während „von links“ die kubanischen Massen angetrieben werden würden, ihre historischen Errungenschaften zu verteidigen (wenn nicht die Demoralisierung, die durch die Nöte und die Politik der Bürokratie hervorgerufen wird, ihre Kräfte vorher erschöpft hat). Kuba würde in Erschütterung geraten – der Knall oder Bürgerkrieg, den die „Kubanologen“ befürchten – und dessen Ergebnisse würden sich nach Lateinamerika ausbreiten. Insgesamt könnte der Versuch, einen Sprung in die Rekolonialisierung Kubas zu erzwingen, mit einem explosiven Knall eines Prozesses der politischen Revolution gegen die imperialistische Konterrevolution enden.

Das kubanische Proletariat, die entscheidende soziale Kraft der Insel, in Wahrheit „Kind der Revolution“, muß sich auf diese strategische Perspektive vorbereiten, das bedeutet, sich vorbereiten revolutionär hereinzubrechen und die Geschicke Kubas in die eigenen Hände zu nehmen, die Bürokratie herabstürzend, die vor dem Imperialismus kapituliert und, jeden Tag den es seine Herrschaft behält, die Eroberungen der Revolution vertiefen

XIV. Ein Programm der Rettung der kubanischen Revolution

Angesichts der imperialistischen Belagerung – gegen die Blockade und jede andere Form der Aggression – ist der Standpunkt der revolutionären marxistischen Partei, genauer gesagt des Trotzkiismus, die bedingungslose Verteidigung des Arbeiterstaats, ungeachtet seiner schweren bürokratischen Deformationen und seiner Führung. Im

Fall der militärischen Aggression sind wir bedingungslos im Lager von Kuba um den Imperialismus zu besiegen. Aber in keinem Fall würde das bedeuten, der castristischen Führung politische Unterstützung zu geben, die die Eroberungen der Revolution in den Ruin führt, die Massen demoralisiert und den Weg zur Restauration des Kapitalismus öffnet. Es ist nicht möglich, den Kampf gegen den Imperialismus von den Aufgaben der politischen Revolution zu trennen und diese für eine „zweite Etappe“ zu hinterlassen. Die Verteidigung der Revolution ist die erste Aufgabe und hat den unversöhnlichen Kampf gegen die Herrschaft der Bürokratie und für ein Regime der Arbeiterdemokratie zur Voraussetzung.

Insofern die grundlegenden Eroberungen der Revolution lebensfähig sind, wenn auch geschwächt, würde das Programm einer neuen Revolution wesentlich politisch sein, verbunden mit denjenigen sozialen Aufgaben, die aus der Notwendigkeit erwachsen, die halbkapitalistischen und kapitalistischen Elemente zu bekämpfen, die sich entwickelt haben. Die wesentlichen Elemente dieses Programms bedeuten natürlich, die Elemente des Marktes und die Zugeständnisse an ihn so zu begrenzen, daß sie mit den Interessen der Revolution vereinbar sind, die Verteidigung und Verbreiterung der Basis der nationalisierten Wirtschaft und die Stärkung des Proletariats als politisch und sozial herrschende Klasse. Nur so kann der Weg freigemacht werden, um zum Aufbau des Sozialismus vorzustoßen.

Eine radikale Revision der Wirtschaftspolitik ist nötig. Die Werktätigen haben das Recht, in Übereinstimmung mit den Interessen der Revolution eine Überprüfung der Zugeständnisse an das Auslandskapital zu verlangen. Das Außenhandelsmonopol muß wieder eingeführt werden. Nein zur Politik der „betrieblichen Verbesserung“! Die Werktätigen, denen alle Opfer und Anstrengungen im Namen der „Schlacht für die Produktion“ abverlangt werden, müssen das Recht haben zu kontrollieren und über alle lebenswichtigen Fragen der Produktion und der Versorgung zu entscheiden, in der Fabrik und national. Der Lohn der Werktätigen muß sich erhöhen und die Ungleichheiten müssen auf ein Minimum reduziert werden, daß mit den Bedürfnissen des Übergangs zum Sozialismus streng vereinbar ist. Das würde durch Reduzierungen der Einkommen der hohen Staatsfunktionäre und

der „Neureichen“ und der hohen unproduktiven Ausgaben, die die bürokratischen Maßnahmen hervorrufen möglich sein. Nieder mit den Privilegien der Bürokratie! Die Reformpolitik muß durch eine neue Wirtschaftspolitik im Interesse der Werktätigen aus Land und Stadt und der Stärkung der nationalisierten Wirtschaft ersetzt werden, gemäß dem Prinzip der zentralisierten demokratischen Planung.

Volle politische Freiheiten und Freiheit der Organisation für die Massen! Legalität für die Strömungen, die die Revolution verteidigen!

Die Stabilisierung der kubanischen Wirtschaft verlangt an erster Stelle die größte Freiheit der Organisation für die Werktätigen, angefangen bei der Abschaffung aller Gesetze und Statuten, die die „führende Rolle“ der KPK in den Gewerkschaften und den übrigen Massenorganisationen vorschreiben. Die Arbeiter müssen das volle Streikrecht und die Autonomie ihrer Gewerkschaften zurückerhalten und das Recht haben, neue Gewerkschaften, Fabrikkomitees und andere Formen die sie wollen zu gründen. Volle Freiheit der Diskussion, Vereinigung und Presse für die kubanischen Werktätigen! Darin eingeschlossen ist das grundlegende demokratische Recht der Mitglieder in den Reihen der KPK und der UJC, die sich ehrlich als Kommunisten betrachten, sich in Tendenzen oder Fraktionen zu organisieren und die Politik der hohen Führung zu diskutieren. Die Jugend, die sehr feinfühlig für die Atmosphäre der politischen Unterdrückung ist, muß die größten politischen und kulturellen Freiheiten und die Freiheit der Organisation haben.

Das politische Monopol der Kommunistischen Partei und ihre Rolle als „Staatspartei“ müssen sofort beendet werden. Es gibt keine tatsächliche Demokratie für die werktätigen Massen ohne das Recht, sich unabhängig von der KPK zu organisieren. Die politische Unterdrückung des castristischen Regimes bekämpfen bedeutet nicht, die Demagogie der „reinen“ Demokratie, das heißt der bürgerlichen, zu akzeptieren, die vom Imperialismus verbreitet wird, um seine Pläne des „Übergangs“, das heißt, der Konterrevolution mit demokratischer Schminke, durchzusetzen. **Nein zur Falle des „Übergangs“! Arbeiterdemokratie!** Der bürokratische Bona-

partismus mit seinen Institutionen wie der Nationalversammlung muß durch eine echte revolutionäre Arbeiterdemokratie ersetzt werden, basierend auf den Machtorganen der Werktätigen, demokratisch organisiert von unten bis oben, die von direkt gewählten Vertretern gebildet werden, die ein Mandat der Basis besitzen und zu jeder Zeit abberufen werden können und die nicht mehr erhalten als ein qualifizierter Arbeiter verdient.

Die Außenpolitik Kubas muß sich inspirieren lassen von einem echten proletarischen Internationalismus und nicht von der „Koexistenz“ mit dem Imperialismus und der Unterstützung der bürgerlichen „Freunde“ der dritten Welt.

Heute mehr als jemals zuvor ist das Schicksal der kubanischen Revolution mit der Entwicklung des Klassenkampfes in Lateinamerika und in der Welt verbunden. Die Werktätigen und die kubanische Jugend brauchen enge Verbindungen mit denen aus Lateinamerika und den Vereinigten Staaten im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus. Das Haupthindernis auf diesem Weg sind der Castrismus und seine stalinistischen und reformistischen Verbündeten des Kontinents, die im Dienst seiner Strategie der Kollaboration mit der Bourgeoisie das Banner des proletarischen Internationalismus substituiert haben. In den ersten Jahren, als die kubanische Revolution eine internationale große Welle des Enthusiasmus hervorrief, war sich Che völlig der Notwendigkeit bewußt, die Revolution auszubreiten. Heute verlangt die Verteidigung von Kuba die rechtzeitige kontinentale Revolution. Die wirtschaftliche und politische Einheit mit anderen Ländern der Region wäre der Ausgangspunkt für die Beendigung der Isolierung, aber das kann nur mit einer Klassenpolitik verwirklicht werden: die Werktätigen müssen den kontinentalen Kampf für die Verdrängung des Imperialismus unter der Parole einer **Konföderation der Sozialistischen Republiken Lateinamerikas und der Karibik** in die eigenen Hände nehmen.

Die Werktätigen Kubas brauchen eine neue Führung.

Die KPK und das Regime können sich nicht „selbst reformieren“. Es ist möglich, daß angesichts der wirtschaftlichen Katastrophe, der imperia-

listischen Aggression oder des Drucks der Massen einige Teile der KPK, der UJC oder der militärischen und staatlichen Bürokratie nach links gehen aber die einzige Garantie, die besten Elemente zu gewinnen, ist die unabhängige politische Rolle der Arbeiterklasse. Die probürgerlichen und proimperialistischen Teile der Opposition und die Kirche benutzen die demokratischen Forderungen, um zu versuchen, aus der Unzufriedenheit mit dem stickigen politischen Druck des Castrismus und der harten wirtschaftlichen Situation Kapital zu schlagen. Um diese Versuche zu bekämpfen und dem kubanischen Proletariat zu helfen, das Schicksal der Revolution in die eigenen Hände zu nehmen, muß eine **marxistische und internationalistische Arbeiteropposition** geschaffen werden, das heißt eine echte revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, bewaffnet mit dem Programm der politischen Revolution um der Bürokratie die Macht zu entreißen und ein Regime der revolutionären Arbeiterdemokratie auf dem Weg des Aufbaus des Sozialismus zu errichten. Diese Partei würde ihre strategische Orientierung im Kampf für den Wiederaufbau der Vierten Internationale finden, als neue Weltpartei der sozialistischen Revolution, die die Werktätigen Kubas und der ganzen Welt brauchen, um den imperialistischen Kapitalismus endgültig zu schlagen.

Fußnoten

¹ Jorge Beinstein, „El contramodelo cubano: un muerto que goza de buena salud“, Übernommen von <http://www.espairmarx.org>, Artikel eingefügt am 12. November 2000.

² Remy Herrera, „Cuba: la resistencia socialista en America latina“ aus www.rebellion.org.

³ Martha Beatriz Roque, La transición a la democracia en Cuba. Algunas consideraciones económicas, Instituto Cubano de Economistas Independientes, La Habana, 20 de abril de 2001.

⁴ die Phase der „Revolution des Gegenschlags“, die wir im Artikel „Die Permanente Revolution in Kuba“ analysieren.

⁵ Ernest Mandel, Tratado de Economía marxista, Band III, S. 78, Mexiko, Ediciones Era, 1975

⁶ José A. Massip, Ernesto Hernandez Garcia, Boris Nerey Obregon, „La empresa estatal cubana y el Proceso de Perfeccionamiento Empresarial“, Cuba XXI.

⁷ Hiram Marquetti Nodarse, „El nuevo patron de crecimiento industrial: principales restricciones“, Cuba XXI, Nr. 15, Februar 2003(6) Hiram Marquetti Nodarse, „El nuevo patron de crecimiento industrial: principales restricciones“, Cuba XXI, Nr. 15, Februar 2003

⁸ Jorge Luis Acanda, „Recapitular la Cuba de los '90“, Zeitschrift La Gaceta de Cuba, Nr. 3, Mai/Juni 2000, S. 60, (Zugeschickt an filosofí@cu durch den Autor).

⁹ Haroldo A. Dilla, Cuba: el curso de una transición incierta. Dilla war bis 1996 Direktor des Zentrums für Amerikastudien beim ZK der KPK, als er gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern der KPK, die am Zentrum arbeiteten, wegen gewissen politischen Meinungsverschiedenheiten entlassen wurde. Jetzt arbeitet Dilla im Ausland. Regenerieren (Castro, der sich bis zum letzten Moment auf die alten stalinistischen Würdenträger stützte, war ein entschiedener Gegner dieser Aufstände), wäre das Schicksal von Kuba ein anderes gewesen. Aber der Abbruch dieser Prozesse und der Aufstieg von erklärtermaßen restaurationalistischen Regierungen, die zu allem bereit waren, um imperialistische Unterstützung zu bekommen, bedeuteten für Kuba einen brutalen Schlag.

¹⁰ Wenn sich die Aufstände der Massen von '89-'90 in den Ländern des Ostens bis zum Sieg als politische Revolutionen entwickelt hätten, die begonnen hätten diese monströs bürokratisierten Arbeiterstaaten zu regenerieren (Castro, der sich bis zum letzten Moment auf die alten stalinistischen Würdenträger stützte, war ein entschiedener Gegner dieser Aufstände), wäre das Schicksal von Kuba ein anderes gewesen. Aber der Abbruch dieser Prozesse und der Aufstieg von erklärtermaßen restaurationalistischen Regierungen, die zu allem bereit waren, um imperialistische Unterstützung zu bekommen, bedeuteten für Kuba einen brutalen Schlag.

¹¹ Jorge Beinstein, a.a.O

¹² Haroldo Dilla, a.a.O.

¹³ ebd.

¹⁴ Angela Ferriol M. „Apertura externa, mercado laboral y política social“, in: Cuba XXI.

¹⁵ Hiram Marquetti, a.a.O.

¹⁶ ebd.

¹⁷ Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Comisión Económica para América Latina)

¹⁸ „Situación y perspectivas 2002“, Estudio Económico de América Latina y el Caribe 2001-2002, CEPAL.

¹⁹ Hiram Marquetti, „Cuba: importancia actual del incremento de las exportaciones“, CEEC, U.H., Cuba XXI, Juni 2003.

²⁰ Omar Pérez Villanueva, „Estabilidad macroeconómica y financiamiento externo: la inversión extranjera Directa en Cuba“, Cuba XXI, Nr. 17, Oktober 2002.

²¹ ebd.

²² Hiram Marquetti, „Cuba: importancia actual del incremento de las exportaciones“, a.a.O.

²³ Claude Morin, L'insertion internationale d'une économie socialiste et ses défis, Mai 2000.

²⁴ Lázaro Pena Castellanos,

La agroindustria tabacalera cubana en la década del noventa y su inserción internacional

, CIEI, U.H.

²⁵ José A. Massip, Ernesto Hernández

García, Boris Nerey Obregón, a.a.O.

²⁶ Alfredo G. González, „Aspectos estratégicos en el perfeccionamiento del modelo de planificación“,

40° Aniversario de la Planificación en Cuba, 6. und 7. Juli 2000.

²⁷ Azoziazione di Solidarità con Cuba, „Cuba: Riforme economiche nel socialismo“, entnommen aus: asicuba/index.htm.

²⁸ ebd.

²⁹ Hiram Marquetti, a.a.O.

³⁰ Armando González,

Economía y dolarización, Centro de Estudios de la Economía Cubana, Universität Havana.

³¹ Elena C. Alvarez González, „Descentralización y diversificación en la economía cubana: Nuevas bases para la cooperación internacional“, Zeitschrift Cuba XXI.

³² „Para no lavar en casa“, in: Juventud Rebelde, 4. Juni 2003.

³³ Elena C. Alvarez González, a.a.O.

³⁴ ebd.

³⁵ Leo Trotzki, „Bericht über die sowjetische Neue Ökonomische Politik und die Perspektiven der Weltrevolution“, IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 14. November 1922.

³⁶ Hiram Marquetti, „El nuevo patrón de crecimiento industrial: principales restricciones“, Cuba XXI, Nr.15, Februar 2003.

³⁷ Perspectiva Mundial, Juli-August 2002.

³⁸ Juan Triana Cordoví, Azúcar: ajuste esperado en busca de la eficiencia necesaria.

³⁹ Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe, 2002, CEPAL.

⁴⁰ ebd.

⁴¹ Massip, Hernández, Nerey, a.a.O.

⁴² ebd.

⁴³ Caridad Lafita N., „Luchar por la eficiencia económica“, aus der Website der CTC (kubanische Gewerkschaft).

⁴⁴ Granma, 28. April 2001.

⁴⁵ Thesen, angenommen durch den XVIII. Kongreß der CTC.

⁴⁶ Massip, Hernández, Nerey, a.a.O.

⁴⁷ fehlt im Original

⁴⁸ Osvaldo Martínez M., Präsident der Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten des kubanischen Parlaments, Rede vom 21. Dezember 2002.

⁴⁹ Angela Ferriol M., a.a.O.

⁵⁰ Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe, 2002, CEPAL.

⁵¹ Informe sobre Cuba 2002

, CEPAL.

⁵² ebd.

⁵³ Haroldo Dilla, a.a.O.

⁵⁴ Mayra Espina P., Transformaciones recientes de la estructura socioclasista cubana Papers 52, 1997, Zentrum für psychologische und soziologische Forschungen (CIPS), Havanna, Kuba.

⁵⁵ Viviana Togores G., „Cuba: Efectos sociales de la crisis y el ajuste económico de los '90“, Cuba XXI.

⁵⁶ Angela Ferriol M., a.a.O.

⁵⁷ Viviana Togores G., a.a.O.

⁵⁸ ebd.

⁵⁹ Omar Pérez Villanueva, „Ciudad de la Habana, desempeño económico y situación social“, Zeitschrift Cuba XXI.

⁶⁰ Daten der Nationalen Statistik, Statistisches Jahrbuch 2000.

⁶¹ Xulio Rios, „Os dilemas da Cuba“, Zeitschrift Tempos Novos (Dezember 1997). <http://www.corevia.com/enisa/tempos>

⁶² Viviana Togores, a.a.O.

⁶³ Daten wurden übernommen von Haroldo Dilla, a.a.O. und Remy Herrera, „Cuba: la resistencia socialista en América latina“, Entnommen aus www.rebelion.org.

⁶⁴ Haroldo Dilla, a.a.O.

⁶⁵ Gerardo González Núñez, „Los llamados empresarios cubanos y la transición en la isla“, entnommen aus: Cuba in transition, ASCE, 1999.

⁶⁶ ebd.

⁶⁷ Mayra Espina Prieto, a.a.O.

⁶⁸ Remy Herrera, „Cuba: la resistencia socialista en América Latina“, aus: www.rebelion.org.

⁶⁹ Granma, 24. November 1991.

⁷⁰ Carlos Lage (stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats), in einem Interview für The Economist, März 1997.

⁷¹ Nikolai Bucharin, „Kritik der wirtschaftlichen Plattform der Opposition“, in: Debate sobre la economía soviética y la ley del valor, Grijalbo editores, Mexiko, 1974, S. 303.

⁷² Haroldo Dilla, a.a.O.

⁷³ In einem anderen Artikel wird sein politischer Ursprung als innere Reaktion in den Anfängen der Revolution erklärt.

⁷⁴ Haroldo Dilla, a.a.O.

⁷⁵ Armando Chaguaceda N., „Transición democrática o renovación socialista. Proyectos y alternativas para un siglo que comienza“, Cuba XXI.

⁷⁶ ebd.

⁷⁷ Samuel Farber, „Cuba. The Beginning of ... What?“, New Politics, Bd. VIII, Nr. 1 (Neue Serie), Sommer 2000, Gesamtnummer 29.

⁷⁸ El País, 1. Juli 2001.

⁷⁹ Jorge Sanguinetti, Son posibles una economía de mercado y una democracia, Spanisch-kubanische Stiftung.

⁸⁰ El Nuevo Herald, Miami, 30. Januar 2003.

⁸¹ Clarín, Buenos Aires, 8. August 2003.

⁸² La Jornada, Mexiko, 12.

April 2003.

⁸³ Deklarationen vom 20. Mai 2002.

⁸⁴ Clarín, Buenos Aires, 8.

August 2003.

⁸⁵ AFP, Santiago, Chile, 11. Juli 2003.

⁸⁶ El País, 3. Juli 2003.

⁸⁷ Leo Trotzki, Verratene Revolution.

Nach drei Jahren Kirchner-Regierung

Von: Christian Castillo*

Die Lage in Argentinien ist dem Anschein nach weit entfernt von den „sie sollen alle abhauen“ („que se vayan todos“) Zeiten vom 19. und 20. Dezember 2001. Obwohl die argentinische Wirtschaft heute von den Turbulenzen in der Weltwirtschaft bedroht ist, ist sie mit 9% jährlichem Wachstum in ihrem vierten Wachstumsjahr in Folge. Die Regierung Kirchners hat Befragungen zufolge ihr drittes Amtsjahr auf einem sehr hohen Popularitätsniveau absolviert. Dennoch, trotz Kirchners kritischer Rhetorik gegenüber der „neoliberalen Politik der 90er Jahre“, verfolgt das gültige Wirtschaftsschema weiterhin neoliberale Ziele. Nach der Entwertung des Pesos (die die Kursparität auf drei Pesos pro Dollar brachte) fielen die Löhne abrupt, und haben sich bis heute immer noch nicht erholt: Schätzungen zufolge liegen die „Arbeitskosten“ 30% unter dem Niveau von Dezember 2001¹. Die Arbeitslosigkeit liegt bei ca. 14% während die „Schwarzarbeit“ ca. 40% alle Beschäftigten ausmacht. Der Fall der Löhne sowie die Senkung der internen Kosten aufgrund der Entwertung des Pesos und der Preisanstieg der von Argentinien exportierten Rohstoffe (wie z.B. Soja), sind der Schlüssel der kapitalistischen „Hypergewinne“, die in den letzten Jahren verzeichnet wurden. Einer lokalen Zeitung zufolge „brachte das Jahr 2005 starke Gewinne für die Mehrheit der Unternehmen ein, unabhängig vom Wirtschaftsbereich“². Jedoch sind die Auslandsschulden, trotz der Umschuldung gegenüber den privaten Gläubigern und der bisher gemachten Barzahlungen gegenüber dem IWF (US 10 Milliarden), nach wie vor sehr hoch. Daher ist die politische Stabilität des Regimes nach wie vor wackelig. Die Regierung hat zwar einen wichtigen Teil der Menschenrechtsorganisationen und der Piquetero - Bewegung (deren Vertreter heute Regierungsfunktionäre sind) kooptiert, hat andererseits aber auch zunehmend

Mühe sich innerhalb des korrupten Apparats der Gouverneure und Vorsteher der justicialistischen Partei (Peronisten) und ihrer ergebener Gewerkschaftsbürokratie durchzusetzen. Die stark geschwächte bürgerliche Opposition versucht ihrerseits Roberto Lavagna als Präsidentschaftskandidaten durchzusetzen. Roberto Lavagna war der ex Wirtschaftsminister in den Regierungen Duhalde und sogar Kirchner.

Die Arbeiterbewegung und die Linke

Bei der Überwindung der Krise von 2001, kam der herrschenden Klasse das Fehlen einer Intervention der wichtigsten Sektoren der Arbeiterklasse zu Hilfe, die nicht als Klasse intervenierte, abgesehen von zahlreichen Fabrikbesetzungen durch fortschrittliche Sektoren der Arbeiterklasse, zu deren Wahrzeichen die Kachelfabrik Zanon und die Textilfabrik Brukman geworden sind. Die Mehrheit der linken Strömungen unterschätzte dieses Phänomen und widmeten sich dem Aufbau der Arbeitslosenbewegung, die schliesslich zum „verlängerten Arm“ dieser Parteien wurden, und über die, die Verteilung der staatlichen Pläne und Arbeitslosenhilfe lief. Daher waren sie gegen den Aufbau einer einheitlichen, nicht tendenziellen Bewegung aller kämpferischen Arbeitslosenorganisationen. Sie waren auch dagegen, für ein „Arbeit für alle“ Programm zu kämpfen, welches die Einheit zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen hätte fördern können. Währenddessen, und während die PTS eine sehr wichtige Rolle in der Bewegung der Fabrik Besetzungen spielte, setzten wir auf einen strategischen Aufbau innerhalb der Arbeiterklasse. Heute, hat die Arbeiterklasse ihre Glieder unter der wirtschaftlichen Erholung wieder eingerenkt. In den letzten Jahren entstanden drei Millionen neue Arbeitsplätze, viele davon in der Industrie, obwohl in vielen Fällen sehr schlecht bezahlt und unsicher

sind. Was die Streikbereitschaft betrifft, gab es 2005 819 Arbeitskonflikte, d.h., einen monatlichen Durchschnitt von 99 Streiks während es im gesamten Jahr 2004 nur 249 Fälle gab. Das war die höchste Zahl an Arbeitskämpfen seit 1990. In diesem Jahr jedoch konnte die Regierung eine grössere Konfliktwelle wegen der Neuverhandlung der Löhne in den Tarifverträgen dank der Mitwirkung der CGT-Führung verhindern, da diese bereit waren die „Lohngrenze“ auf 19% fest zu setzen. Nichtsdestotrotz hat eine beachtliche Anzahl an Arbeitskämpfen gegen die „Tertiärisierung“ und andere Formen der Arbeitsverelendung stattgefunden, die man als Teil einer internationalen Tendenz anzusehen sind, die diese und andere Formen der extremen Arbeiterausbeutung in Frage stellt. Es ist außerdem ein Prozess der Arbeiterorganisierung in den Betrieben angelaufen, die bisher keine gewerkschaftliche Vertretung hatten und es werden immer mehr Delegierte gewählt, die den bürokratischen Führungen in verschiedenen Gremien Widerstand leisten. Der größte Schwachpunkt der kämpferischen Sektoren ist die fehlende Koordination. Die verschiedenen Strömungen, die die anti-bürokratischen Sektoren beeinflussen, weigern sich zu einem Nationalen Arbeitertreffen aufzurufen, welches zur Koordination der Solidarität in den Kämpfen und als alternativer Pol gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie von CGT und CTA dienen könnte. Nicht einmal die wiederholten Aufrufe in diesem Sinne der Arbeiter von Zanon, die schon im vierten Jahr ihren Betrieb erfolgreich unter Arbeiterkontrolle führen, haben diesbezüglich etwas bewirkt.

In der Linken gibt es eine sehr angeregte Debatte über die Politik von Sektoren wie der MST (Sozialistische Arbeiter Bewegung) „Sozialistische Alternative“³, die eine gemeinsame Front bis hin zu einer gemeinsamen politischen Partei mit ex Funktionären und Abgeordneten der Justicialistischen

Partei betreiben wollen, wie z.B. mit Mario Cafiero, dessen Senatorenkandidatur sie bei den letzten legislativen Wahlen unterstützt haben. Diese Politik ist der lokale Ausdruck einer allgemeinen Tendenz zur Bildung „breiter Parteien ohne strategische Abgrenzung zwischen Reformisten und Revolutionären“, die verschiedene opportunistischen Strömungen weltweit verfolgen. Die PO (Arbeiter Partei. A.d.Ü.) z.B. hat heute, nachdem sie alle ihre Kräfte in den Dienst der Kreation eines vermeintlichen „Piquetero-Subjekts“ gestellt hatte, jegliche strategische Orientierung verloren. Entgegen jedweder Form der Klassenkollaboration dringt die PTS, mit dem strategischen Ziel eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse aufzubauen, auf die Notwendigkeit einer Klassenfront mit Beteiligung der sozialistischen Linken: zur Unterstützung der Kämpfe, zur Koordination, zur Verteidigung gegen die von Regierung und Gewerkschaftsbürokratie gegen kämpferische Arbeiter und die gesamte Linke betriebene Verfolgungen, und zur Erschaffung einer klaren, politisch von der Regierung Kirchners und allen bürgerlichen Parteien unabhängigen Arbeiter-Alternative. Wir sind davon überzeugt, dass dies die beste Vorbereitung auf kommende Krisen ist, und auch die Beste Ausgangsbasis darstellt um die Arbeiter für eine revolutionäre Klassenperspektive zu gewinnen, wenn sie ersteinmal ihre Erfahrung mit der Regierung Kirchners gemacht haben werden.

*Nationaler Dirigent der Partei der Sozialistischen Arbeiter

Fußnoten

¹ Clarín, 20.06.2006

² Página/12, 02.04.06.

³ Die MST hat sich in zwei Fraktionen geteilt, „Sozialistische Alternative“ und „Der Sozialist“, die in der Tat zwei unterschiedliche Gruppen darstellen, die den gemeinsamen Namen der Organisation teilen.

In Kirchners Argentinien sind 95% der Schlächter weiterhin straffrei

Eine politische Krise hat sich aufgetan

Von: Manolo Romano

Quelle: LVO vom 28.09.06

„So Gott will, ist alles anders als es aussieht“, sagte Kirchner. Weit davon entfernt jedoch ein pures „Hirngespinnst“ zu sein, gehen dem Verschwinden von Julio López am Morgen des 18. September eine Reihe von Vorfällen voraus die stark vermuten lassen, dass es sich um ein Entführung durch Sektoren der Polizei von Buenos Aires und ultrarechten Gruppen handelt, die mit den Schlächtern in Verbindung stehen; alles andere als die von dem finsternen Aníbal Fernández angedeutete Möglichkeit, dass dieser „womöglich im Haus seiner Tante sei“.

Miguel Etchecolatz hat weiterhin großen Einfluss in Teilen der Polizei von Buenos Aires in der er unter dem Kommando von Camps und Suárez Mason gedient hat. Der Sicherheitsminister der Provinz León Arslanian gab zu dass heute immer noch 60 Beamte im Dienst sind die direkt mit den geheimen Verhör- und Folterzentren der Diktatur zu tun hatten und Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus dass viel mehr als nur diese 60 immer noch aktiv sind. Um gar nicht erst von all den Polizisten zu sprechen die mit den Fällen leichtfertiger und mutwilliger Tötungen („gatillo fácil“), Folter oder Misshandlung von Gefangenen auf der Polizeiwache zu tun haben. Was den Rest der Repressionsgruppen angeht, wie die 3000 Soldaten, gegen die wegen des gewaltsamen „Verschwindens“ von Personen ermittelt wurde, erscheinen kaum 400 in der Liste der Personen die nach der Annullierung der „Versöhnungsgesetze“ vor der Justiz aussagen mussten. Und von diesen 400 wurde bis heute nur 175 der Prozess gemacht und sie zu Haus- oder Militärarrest verurteilt. Das heißt also mit anderen Worten dass nur 5% der Soldaten die in den Völkermord verwickelt waren überhaupt dafür in irgendeiner Form zur Verantwortung gezogen wurden während 95% völlig straffrei ausgegangen ist.

Die offiziellen Medien versuchen

die Schwere des Vorfalles herunterzuspielen und verbreiteten überall die Vermutung, dass López sich aufgrund eines schweren emotionalen Schocks, ausgelöst von den Erlebnissen der letzten Tage, irgendwo versteckt halte. Raúl Kollman, Journalist von Hadad auf Kanal 9 der auch für Página/12 arbeitet bestand darauf die Möglichkeit offen zu lassen, dass „wenn er unter schweren psychologischen Stress Symptomen leidet, die Gefahr sich erhöht dass ihm, wenn auch versehentlich, etwas zustoßt.“

Diese Ablenkungsmanöver der Presse verlieren Tag für Tag an Glaubwürdigkeit und hinzu kommen neue Indizien und Vorfälle wie z.B. dass Carlos Rozanski, vorsitzender Richter des Tribunals das Etchecolatz verurteilt hat, in seinem Büro ein Drohbrief zugestellt wurde. Schon 2004 wurde der ermittelnde Staatsanwalt, Carlos Dulau Dumm, in La Plata für einige Stunden entführt und ihm wurde gedroht: „Hör auf *montoneros*¹ und Linke zu verteidigen, sonst legen wir dich um.“ Am 1. Juni diesen Jahres, zeigten die Menschenrechtsorganisationen von La Plata an, dass wenige Tage vor dem Beginn des Prozesses gegen Etchecolatz „die Großmutter und



Julio López

Schwiegermutter von Desaparecidos (Verschwundenen) „Chicha“ Mariani in ihrem eigenen Haus bedroht wurde und dass dies Teil der „Einschüchterungstaktik ist die in den letzten Monaten gefahren wird“. Während des Prozesses erhielten verschiedene Mitglieder und Anwälte der gegen Etchecolatz klagenden Organisationen per sowohl Drohanrufe als auch Drohbriefe, und ihr Versammlungsort, die „Casa de Cultura Socialista La Comuna, Sitz der PTS in La Plata, wurde mit „Linke raus“ beschmiert. In der Nacht auf Mittwoch den 20. wurde auf einem Gelände auf dem während der Diktatur Leichen aufgetaucht sind, ein verbrannter Körper mit einer 9mm Einschusswunde gefunden. Aus der Polizeistation Punta Lara verbreitete sich schnell die Version, dass es sich um die Leiche von López handelt. Angesichts der Beweislage musste der Gouverneur Solá die Polizisten aus Punta Lara und weitere 36 Polizisten die mit den geheimen Gefangenenlagern der Militärdiktatur zu tun hatten der Justiz zur Verfügung stellen. Allerdings statt im Gefängnis zu landen, vermehren diese Polizisten, sowie die meisten anderen die der Reinigung der Repressionskräfte unter der K Regierung zum Opfer gefallen sind, schlicht und einfach das Heer der Arbeitslosen oder treten in private Sicherheitsdienste ein. Diese haben sich in einen wahren Hort von Folterknechten und Mördern verwandelt, von denen einige heute unter Verdacht stehen, López entführt und „verschwunden“ zu haben. Sie kommen zu den 400 Polizisten und Expolizisten hinzu welche in der Direktion der Geheimpolizei der Provinz Buenos Aires zwischen 1976 und 1983 aktiv waren, welche Etchecolatz selbst zwischen 1976 und 1979 geleitet hatte.

In Diktatur und Demokratie

Man sagt, dass Kirchner den Gouverneur Felipe Solá schwer kritisiert hat, für seine Äußerung, dass López der erste „Verschwundene“ in der Demokratie sein könnte“. Die Figur des „Verschwundenen“ ist „eng mit dem Staatsterrorismus verbunden“ sagte der Präsident, „und hat nichts mit dieser Demokratie zu tun“. Die Situation zeigt jedoch deutlich wie eng der heutige mit dem Repressionsapparat der Diktatur zusammenhängt und die völlige Straflosigkeit, die die große Mehrheit der Soldaten und Polizisten genießen, welche am Völkermord beteiligt waren.

Was die SIDE angeht, hat der CELS selbst, geleitet von dem Regierungsvertreter Horacio Verbitsky, „Einsicht in die Archive der SIDE gefordert um herauszufinden welche Agenten zwischen 1974 und 1983 dort Dienst geleistet haben“ und die Regierung eindringlich darum ersucht, „Spione die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren aus dem Dienst zu entfernen“. Die Leitung der SIDE selbst ist schon seit den Zeiten der Diktatur im Dienst, angefangen bei ihrem Operations-Chef Jaime Stiuzo, der von dem Ex-Minister Béliz angezeigt wurde, als dieser aus der Kirchner Regierung geworfen wurde nach der Provokation des Legislatur Skandals der mit politischen Gefangenen endete, gegen die demnächst der Prozess eröffnet wird. Oder der Chef der „Basis“ in der Strasse *Vereinigte Staaten 3000* in der die gesamten Archive, Spionage Ausrüstung und High Tech aufbewahrt werden, Horacio „Garnica“ García. Beide sind laut dem Clarín -Journalisten Gerardo Young in seinem Buch „SIDE, das geheime Argentinien“ schon seit 1972 im Geheimdienst tätig.

Außerdem sind seit 1983 laut der Correpi während der Demokratie auch schon mehr als 2000 Menschen von den Polizeikräften ermordet worden, viele von diesen „galten auch als „Verschwundene“ bis ihre entstellten, gefolterten und erschossenen Körper gefunden wurden“.

Die bekanntesten Fälle sind die von „Raúl Baigorria und Adolfo Garrido 1990 und von Pablo Guardatti 1992 in Mendoza, von Hector Gómez und Martín Basualdo 1994 und Elías Gorosito 2002 in Entre Ríos, von Miguel Bru und Andrés Nuñez in La Plata (letzterer wurde 1990 verschwunden aber seine Leiche erst 1995 gefunden) und vor kurzem ein halbes Dutzend Fälle in Comodoro Rivadavia, wie Hugo Álvarez, Ivan Torres und Miguel Linares“.

Trotz ihres politischen Diskurses hat die Kirchner Regierung – K hat auch während seiner gesamten Regierungszeit in Santa Cruz nichts gegen die Straflosigkeit unternommen und weigert sich jetzt die staatlichen Amnestiegesetze aufzuheben - hält diese Straflosigkeit des Repressionsapparats aufrecht obwohl dieser mehr als genug Beweise für sein mörderisches Verhalten gegenüber sozialen Kämpfern liefert hat: man denke nur an Teresa Rodríguez, Dario Santillán, Victor

Choque, die Gefallenen vom 19. und 20. Dezember, Kosteki und Santillán auf der Pueyrredón Brücke und so viele andere Kämpfer so wie an die vielen brutalen Repressionsmaßnahmen gegen das Volk und die Arbeiter die für ihre Rechte kämpfen.

Eine politische Krise hat sich aufgetan

Obwohl sie versuchten es zu verborgen hat sich die erste große Krise in der Kirchner Regierung aufgetan (und eine noch größere in der Regierung Solás in Buenos Aires). Kirchner hat sein fortschrittliches Profil hauptsächlich auf dem Gebiet der Menschenrechte konstruiert, in dem er versuchte die Reinigung der Streitkräfte und der Polizei mit einzelnen Prozessen gegen ein paar besonders notorische Folterer und Mörder zu kombinieren. In dem Urteil gegen Camps wurde zum ersten Mal die Existenz eines Völkermordes juristisch anerkannt, was ermöglichen würde alle für den Staatsterrorismus Verantwortlichen (wie zum Beispiel die Großunternehmer die die Arbeiterdelegierten denunziert haben und an der Planung des Putsches selbst beteiligt waren) zusammen abzuurteilen und das derzeitige Vorgehen Fall für Fall überflüssig machen würde. Die Entführung von López scheint die reaktionäre Antwort auf diese Politik zu sein die versucht die Regierung zu einem neuen „Schlusspunkt“ zu zwingen.

Die Demonstration auf der Plaza de Mayo, wie die Demos in La Plata, Neuquén, Córdoba, Rosario und anderen Städten des Landes sind eine erste Reaktion auf diesen Angriff gegen die Arbeiter und das Volk. Allerdings reicht diese bei weitem noch nicht aus um der faschistischen Rechten Paroli zu bieten.

Es tut Not die Mobilisierungen zu generalisieren und von den Gewerkschaftszentralen einen aktiven nationalen Generalstreik zu fordern, besonders von der CTA die öffentlich Stellung zu diesem Fall bezogen hat. Diese Forderung könnte von den Betriebsräten, den Delegiertenversammlungen oder von kämpferischen Gewerkschaften ausgehen, wie z.B. von der Opposition innerhalb der Lehrgewerkschaft und den Studentenorganisationen, von der Keramiker-gewerkschaft in Neuquén, von der SUBTE, den Eisenbahnern, den Werftarbeitern etc. die in ihren Arbeitszentren Versammlungen organisieren sollten um neue und massive Aktionen auf der

Straße zu planen.

Nicht Reformierbare

Kirchner ruft dazu auf, „keine Angst zu haben“ und darauf zu vertrauen, dass „der Staat den gesamten Weg des Kampfes für die Wahrheit beschützen werde“. In Wahrheit fürchtet Kirchner hauptsächlich die Mobilisierung der Massen in den Strassen.

Wer wird die Zeugen in künftigen Fällen gegen die Völkermörder beschützen? Die Polizei von Buenos Aires? Wir müssen die Proteste für das lebendige Wiederauftauchen López' und die Bestrafung der Verantwortlichen dieser Tat verdoppeln und uns auf die Strasse begeben um endlich mit der Strafflosigkeit der Unterdrücker von heute und gestern aufzuräumen. Dafür müssten wir auch Selbstverteidigungskomitees gründen um in Zukunft die Zeugen effektiv schützen zu können.

Warum sollten wir darauf vertrauen, dass es „nur“ 60 Polizisten die am Völkermord beteiligt waren heute noch aktiv sind wie Arslanian sagt? Und im Heer, in der Luftwaffe, in der Flotte in der Bundespolizei und in der Polizei der anderen Provinzen, der Gendarmrie, der Präfektur, wer und wie viele sind es? Um gar nicht erst von der SIDE und anderen Geheimdiensten zu sprechen die die verschiedenen Repressionskräfte habe: nach heutigem Gesetz ist es verboten die Namen ihrer Beamten einzusehen. Wir fordern die Zusammenstellung einer unabhängigen Untersuchungskommission geleitet von den Menschenrechtsorganisationen und die alle geheimen Archive der SIDE, der Streit- und Sicherheitskräfte einsehen kann und die Eröffnung eines Kollektivprozesses gegen alle am Völkermord und der Repression Beteiligten.

Die Regierung ist für das Leben von López verantwortlich und auch dafür dass 100te von Repressoren und Folterern weiterhin in den verschiedenen Streit- und Sicherheitskräften sowie den Geheimdiensten aktiv sind. Wie ihr Verhalten im Laufe der vielen Jahre gezeigt hat, sind die Bundes- und Provinzpolizeien wie z.B. die von Buenos Aires genauso wie die SIDE nicht reformierbar. Wir müssen für ihre Auflösung kämpfen.

Die andere Diktatur in Los Hornos

Los Hornos ist ein Arbeiterviertel in La Plata. Bis dorthin fanden sie ihren Weg, um Jorge Julio López am 28.

Oktober 1976 zu „verhaften“. López war Maurer und die Arbeiterklasse war das erste und größte Opfer des Putsches.

An diesem Mittwoch, als 1000 von Menschen auf der Plaza de Mayo für das lebendige Wiedererscheinen López' demonstrierten wurde das Viertel erneut aufgerüttelt: ein junger Arbeiter von 23 Jahre kam bei seiner Arbeit ums Leben. „Der Mann verhakte sich in einer Spulenmaschine und starb durch die Zerquetschung vieler Organe“ informierten die Zeitungen. Und er ist nur eine Ziffer mehr in den Statistiken: jeden Tag sterben zwei Arbeiter bei Arbeitsunfällen.

Für viele Nachbarn hatte damals die Diktatur López verschleppt und hat es jetzt wieder. Für viel Nachbarn haben die Diktatur der Bosse den jungen Arbeiter getötet und sie fordern Gerechtigkeit.

Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, gegen die Unterdrücker von gestern und gegen diejenigen die sie heute zu Prekarisierung und Tod verurteilen.

Fußnoten

¹ Eine peronistisch-populistische Guerilla Gruppe die in den 70er Jahren aktiv war

Bolivien

Die Rechte wie PODEMOS, UN, Cívicos, Unternehmer und Großgrundbesitzer gewinnen Grund, die MAS macht ihnen den Weg frei

Es lebe der Kampf der Lohnabhängigen Bergarbeiter in Huanuni!

Wir brauchen ein Arbeitertreffen in Huanuni, einberufen von der SMTMH um eine Arbeiter und Bauernallianz zu schmieden

Der Ausbruch eines Bürgerkriegs in Huanuni der von den Kooperativisten –MASisten gegen die Lohnabhängigen Arbeiter der SMTMH (Sindicato Mixto de Trabajadore Mineros en Huanuni) provoziert wurde, der 20 Tote und weit über 60 Verletzte hinterlassen hat, hat die Tiefe der nationalen Krise und die Rolle der Regierung mehr als deutlich gemacht.

Während die MAS beginnt hohe politische Kosten für die letzten Vorfälle zu zahlen, verdoppelt die traditionelle Rechte, angeführt von PODEMOS, den Cívicos Cruceños, UN u.a. ihre politische Offensive. Dabei nutzen alle und jede der Konzessionen und Abkommen die die Regierung selbst den transnationalen Unternehmen, den Großgrundbesitzern, der Bourgeoisie und der nationalen Oligarchie angeboten hat. In den letzte 8 Monaten hat jede einzelne der Maßnahmen der Regierung darauf abgezielt, dass Vertrauen der Bourgeoisie zu gewinnen und die Parteien des alten Regimes am Leben zu erhalten, mit einer trügerischen Verfassungsgebenden Versammlung, die mit der Rechten paktiert wurde, wie man an der Diskussion über ihre Reglamentierung sehen konnte und in der es den Cívicos Cruceños gelungen ist den Kern ihrer Forderungen durchzusetzen. Danach kam die vielbesprochene „Nationalisierung“ der fossilen Brennstoffe – in Wirklichkeit handelte es sich lediglich um eine Steuererhöhung – die im mehr

oder weniger freiwilligen Rücktritt von Soliz Rada den besten Ausdruck ihres tiefen Verlangens fand die transnationalen Konzerne nicht zu belästigen. Danach kam das neue Erziehungsgesetz das schließlich und endlich mit dem Segen der nicht so heiligen aber dafür umso geschäftstüchtigeren katholischen Kirche zählt. Weiter geht's mit dem bis heute völlig wirkungslosen Gesetz über die Landreform welche den Großgrundbesitzern ihren Besitzstand sichert sofern er sinnvoll verwendet wird. Schließlich setzt die Regierung die „Anti - Koka- Politik ihrer Vorgänger fort, was erst kürzlich zur Tötung von drei Cocaleros in Carrasco geführt hat und was den Bergbau angeht, betreibt sie eine offene Politik der Privatisierung der nationalen Bodenschätze. „El Mutun“, das größte bekannte Eisen und Mangan Vorkommen Südamerikas wurde an den indischen transnationalen Konzern Jindal vergeben, wie vorher bereits mit anderen Vorkommen wie z.B. San Cristobal geschehen. Durch ihren Bergbauminister Villarroel ermutigten sie die Kooperativisten sich staatliche Vorkommen unter den Nagel zu reißen damit sie danach problemlos privatisiert werden können, wie dies zum Beispiel in Caracoles, und Teilen von Colquiri und Vinto geschehen ist. Ein tiefgreifender Rechtruck, begleitet von Schönschwätzeri über „Anti-imperialismus, Volk und Ureinwohner“ um die Arbeiter und das Volk auch weiterhin betrügen zu können.

Die blutige Offensive der Kooperativisten gegen das Mineralvorkommen in Huanuni hat ihre Verantwortlichen: Evo Morales und García Linera. Sie haben mit ihrer Privatisierungspolitik die zahlungskraftigen Sektoren der Kooperativisten dazu angestiftet ihre verarmten „Genossen“ (oder: Angestellten) als Kanonenfutter gegen die lohnabhängigen Arbeiter ins Feld zu schicken. Dann haben sie zwei Tage blutiger Schlacht abgewartet dass diese ihr Ziel, die Aneignung der Mine Huanuni, erreichen würden. Das Ergebnis dieser kollaborationistischen, konziliatorischen Politik der Abkommen mit der Rechten, den Unternehmen und der Kirche ist klar: die Reaktion erhebt das Haupt, erholt sich und macht Fortschritte, die politische und soziale Krise im Land vertieft sich. Die Arbeiterklasse, angeführt von der Avantgarde welche die Bergarbeiter aus Huanuni schon immer gewesen sind,

sind die einzigen die dieser Politik eine Grenze setzen können, sie bekämpfen und eine andere Lösung anbieten können. Dies hat nicht nur der heroische Kampf der Bergarbeiter in Huanuni gezeigt sondern besonders die Allianz die die SMTMH mit einigen Bauern und Arbeitslosen aus der Region in die Praxis umgesetzt hat, um 1500 neue Arbeitsplätze zu schaffen, die COMIBOL zu reaktivieren und die Bodenschätze für den Staat und im Dienste des Volkes wiederzugewinnen.

Die lohnabhängigen Arbeiter in Huanuni haben in einer formidablen Allianz mit Bauern und Arbeitslosen, nach einigen Blockaden im September der Regierung einen Vertrag aufgezwungen der dem Privatisierungshunger und der Plünderungsgier der reichen Sektoren der Kooperativisten die mit den transnationalen Bergbauunternehmen im Bunde sind, ein Limit setzt. Sie haben die Re-Privatisierungspolitik der MAS gestoppt und was noch wichtiger ist, gezeigt, dass man mit einem kühnen Programm die erdrückenden Arbeits-, Lohn-, und Entwicklungsprobleme einer ganzen Region lösen kann. Und genau dagegen hat die Offensive der Kooperativisten und MASisten gezielt, genau gegen diese Kühnheit der Arbeiter. Aber die lohnabhängigen Arbeiter von Huanuni wussten sich gegen die Attacke mit Einheit, Organisation und militärischer Selbstverteidigung zur Wehr zu setzen. Es ist wichtig dieses großartige Beispiel von Kampf und Organisation allen Arbeitern im ganzen Land zu verbreiten und bekannt zu machen damit es Schule macht. Wir brauchen ein großes Treffen von Arbeitern, Bauern und Volk um die Kräfte neu einzuteilen, die Schlussfolgerungen aus diesen 8 Monaten MAS Regierung zu ziehen und einen „Kampfplan“ zu machen um uns wie in Huanuni der Oligarchie, den Groß-

grundbesitzern und der gesamten Rechten die heute versucht in die Offensive zu gehen entgegenzustellen. Die Bergarbeiter aus Huanuni sind diejenigen denen es am ehesten zukommt zu einem solchen Treffen, auf der Grundlage von Basisdelegierten die in Betriebsversammlungen gewählt wurden, einzuladen. Es gibt keine Zeit zu verlieren.

Dies ist der einzige Weg, der Weg der Organisation und des Kampfes, der es ernsthaft möglich machen kann unsere Rohstoffe für den Staat zurückzugewinnen, die Transnationalen zu enteignen und die Arbeits-, Lohn- Land-, Territorial- und Kokaprobleme zu lösen und die einzige Art wie wir den Imperialismus aus dem Land werfen können um endlich mit der Rückständigkeit und der Armut Schluss zu machen. Die SMTMH, die Allianz zwischen Lohnabhängigen, Bauern und Arbeitslosen in Huanuni, die Organisation und der Wille zum Sieg, koste es was es wolle in Huanuni zeigen den Weg.

Wir revolutionären Sozialisten der LOR-CI, sind nicht unparteiisch, wir stehen auf der Seite der Lohnabhängigen Arbeiter in Huanuni, für die Nationalisierung der natürlichen Rohstoffe, für die kollektive Arbeiterkontrolle und für die Enteignung aller transnationalen, nicht nur im Sektor Bergbau sondern auch im ganzen petrochemischen Sektor. Wir sind keine Pazifisten, wir sind für die Formierung von Arbeitergarden zur Verteidigung der Arbeiter und ihrer Familien. Wir kämpfen für eine Regierung aus Arbeitern, Bauern und Volk auf der Grundlage von Volksversammlungen und dafür auf diese Art den Weg zum Aufbau des Sozialismus zu betreten. Dafür werden wir in diesem Arbeiter-, Bauern- und Volkstreffen kämpfen.

10.10.06



Bergarbeiter tragen einen verwundeten Genossen

Jenseits von liberaler Demokratie und Totalitarismus



Claudia Cinatti und Emilio Albamonte

Die Aktualität der Revolution und das dialektische Verhältnis zwischen „Freiheit und Befreiung“

Der Horizont der zeitgenössischen Politiktheorien wird von dem falschen Gegensatz zwischen „Demokratie“ und „Totalitarismus“ bestimmt. Diese vulgäre Vereinfachung bemüht sich mehr als ein - einhalb Jahrhunderte Geschichte der Arbeiterklasse zu ignorieren und jegliche revolutionäre Erfahrung auf den Stalinismus in seinen verschiedenen Varianten zu reduzieren.

Die „Demokratie“ Theorien, die seit dem Fall der stalinistischen Regimes hoch im Kurs stehen, greifen die liberale Grundregel der absoluten Unabhängigkeit der Politik gegenüber jeglicher sozialer Bestimmung wieder auf und führen wieder zu dem unlösbaren Widerspruch von politischer Demokratie und ökonomischer Emanzipation.

In ihrem Buch „Über die Revolution“ in dem sie die Unterschiede zwischen der amerikanischen und französischen Revolution im 18. Jahrhundert analysiert, drückte Hannah Arendt diese Dichotomie theoretisch aus, in dem sie die These aufstellte, dass es einen Abstand/Unterschied zwischen (politischer) „Freiheit“ und „Befreiung“ (also der sozialen Emanzipation) gibt, und dass die letztere nicht notwendigerweise zur ersten führt.¹

Diese Distanz entstand durch die Einführung der „Sozialen Frage“ in die Revolution, das heißt, durch die Transformation der Armut in eine „handelnde politische Kraft“ und die Notwendigkeit die in der wirtschaftlichen Sphäre entstanden Nöte durch politische Instrumente zu beheben. Obwohl für Hannah Arendt dieser Ausbruch der „sozialen Frage“ – der „dringendsten Bedürfnisse des Volkes“ – das entscheidende Merkmal der Französischen Revolution von 1789 vor allem des Jakobinischen Terrors war, war es eigentlich

Marx, der endgültig „das Soziale in das Politische“² übertrug und „auf diese Weise, hörte die Befreiung des Menschen von seinesgleichen auf, das Ziel der Revolution zu sein, ebenso wie die Begründung der Freiheit, vielmehr wurde die Befreiung des vitalen Prozesses der Gesellschaft von den Fesseln der Knappheit zum Ziel der Revolution, damit jene in einer Flut der Fülle wachsen könne. Das Ziel der Revolution war jetzt die Abundanz und nicht mehr die Freiheit“³.

Genau das, was jenseits des liberalen Horizonts der politischen Theorie Hannah Arendts liegt, ist, dass die „Abundanz“ die „*conditio sine qua non*“ der Freiheit ist und, dass der Widerspruch nicht in der sozialen Emanzipation der Ausgebeuteten und ihrer politischen Selbstbestimmung liegt, sondern in den kapitalistischen Produktionsbeziehungen, die die menschliche Existenz in das Reich der Zwänge verdammt und, dass eben daher die lohnabhängige Ausbeutung die Negation der Befreiung und der Freiheit ist.

Der konservativste Aspekt von Hannah Arendts politischer Theorie besteht darin, dass in ihr die Idee von politischer Demokratie als Form der Selbstbestimmung und der verfassunggebenden Gewalt – seit der griechischen Polis bis zu den revolutionären Arbeiterräten 1917 in Russland, 1919 in Italien oder 1956 in Ungarn, - friedlich koexistiert mit der konkreten/tatsächlichen Akzeptanz des Kapitalismus und der Idealisierung der US-Demokratie, durch Rückführung auf die Revolution aus der sie entstand.

Während jedoch innerhalb der engen Grenzen des liberalen Denkens der Hannah Arendt die Revolution auf ihre Art und Weise einen zentralen Platz einnahm, da sie eine handelnde Realität⁴ war, ist diese aus den neuen politi-

schen Theorien gänzlich verschwunden. Wie Z. Bauman es mit dem den Ideologen unserer Zeit eigenen Zynismus ausdrückt, diese Rückkehr des Liberalismus, jenseits all seiner theoretischen Ornamente, „beschränkt sich auf den einfachen Glauben, dass es keine andere Alternative gibt“⁵.

Diese radikale Trennung der politischen Sphäre von der sozialen, diese Erhebung auf eine rein theoretische Ebene des krassen Bruchs der Dialektik von „Freiheit und Befreiung“ den die stalinistische Degeneration der UdSSR mit sich brachte und der sich in den Nachkriegs Revolutionen vertiefte, hat zum völligen Verschwinden der sozialen Revolution aus der postmodernen Vorstellungswelt geführt, da aus ihrer Sicht die Revolution die Freiheit für eine immerwährend zweifelhafte Befreiung aufgibt.

Der Bogen der „antitotalitären“ Theorien spannt sich von den „Postmarxisten“ wie E. Laclau, Parteigänger einer „pluralistischen Demokratie“, die wie wir sehen werden nichts anderes tun als den Reformismus der II. Internationale wieder aufleben zu lassen, vermischt mit einer Dosis Liberalismus und Psychoanalyse, über Ideologen der „Gegengewalt“, wie John Holloway, die zu dem Schluss gelangt sind, dass wenn sich der russische Arbeiterstaat bürokratisiert hat, es besser sei sich nie wieder vorzunehmen die politische Macht zu erobern⁶, bis hin zu Tony Negri, einem „inmanenten Kommunisten“ der die aktuellen Gegebenheiten enthusiastisch betrachtet und die politische Organisation, den Übergang und den Arbeiterstaat verneint da er davon ausgeht, dass das Politische schon endgültig im Sozialen aufgegangen ist⁷.

Die Ideologische Operation vervollständigt sich durch die „Rückbesinnung“ (auf die Griechen, auf Locke, auf Kant, auf Spinoza, auf Bernstein...) auf eine Art von „Vormarxismus“ der den „postmodernen“ Bedingungen angepasst ist, und einer Überbewertung der unilateralen Tendenzen ohne Betrachtung der möglichen Dialektik, was nur zur Mystifizierung episodischer Situationen führt und diese in gültige Realität zu verwandeln sucht.

Das ein Teil dieser neuen Ideologen Trotzki „vergisst“, selbst viele die aus den Reihen des Trotzkiismus hervorgegangen sind⁸, ist funktional für die Erschaffung einer Karikatur des Marxismus, geschlossen und deterministisch, um zu „beweisen“, dass dieser

den Keim des Totalitarismus in sich trägt, indem Marxismus mit Stalinismus gleichgesetzt wird. So vermeiden sie sich mit den Widersprüchen der sozialen Organisation im Kapitalismus auseinander zu setzen, und geben sich damit zufrieden abstrakte Theorien zu erarbeiten oder alte, von der Geschichte bereits überholte Formeln wieder auszugraben.

Angesichts solcher theoretischer und strategischer Misere stellt das geistige Erbe Leon Trotzki eine unschätzbare Hilfe dar, um die Perspektive der proletarischen Revolution wieder in Szene zu setzen und um gegen diejenigen zu argumentieren die von vorneherein behaupten – sei es aus „ontologischen“ Gründen oder auf Grund einer unausweichlichen menschlichen Dynamik die sich in der politischen Organisation entwickelt-, dass die Machtergreifung und der Versuch eine neue Gesellschaft auf der Basis von Organen der Arbeitermacht aufzubauen, automatisch zu totalitären Regimes führt.

Gerade Trotzki ist es, der am meisten über diese Probleme nachgedacht hat, zu einer Synthese der Erfahrungen der Oktoberrevolution und des Kampfes gegen ihre Degenerierung gelangt ist und sogar das Konzept des Totalitarismus vorweggenommen hat um das stalinistische Regime zu beschreiben (er hat dieses als „Zwilling des Nazismus“ bezeichnet), lange bevor unsere Liberalen eine logische Erklärung formulieren konnten. Und vor allem war er derjenige, der den Stalinismus auf das Erbitterteste bekämpft hat, indem er der monströsen Erfahrung des „Sozialismus in einem Land“ und der bürokratischen Diktatur, die Perspektive der Internationalen Revolution und der Rätedemokratie als demokratischste politische Organisationsform des Proletariats als herrschende Klasse entgegengesetzte. Genau deswegen glauben wir, dass in seinem geistigen und politischen Erbe die Schlüssel liegen, die uns ermöglichen das falsche Dilemma zwischen „Freiheit ohne Gleichheit“ und „Gleichheit ohne Freiheit“ zu überwinden und einen revolutionären Marxismus wiederaufleben zu lassen, der die Handlungsanleitung für die Eroberung der politischen Macht und der Arbeiterdemokratie im XXI Jahrhundert sein muss, in der Perspektive, dass die Menschheit endlich ihre Vorgeschichte überwinde und eine kommunistische Gesellschaft schaffe.

Die „pluralistische Demokratie“ oder Bernsteins Rückkehr

Die postmodernen Theoretiker der pluralistischen, radikalen oder agnostischen Demokratie⁹ haben das große Ziel der Emanzipierung aus der lohnabhängigen Ausbeutung durch einen vulgäre Rückkehr zu alten Konzepten der liberalen Theorie ersetzt, wie z.B. der Leier von den „universalen Werten“ der Bürgerschaft und der Gleichheit.

Während dies vom politischen Standpunkt her gesehen ein Beharren auf reformistischen Praktiken in „radikaler Verkleidung“ zur Folge hat, weist es in theoretischer Hinsicht was die grundlegenden Aspekte angeht, eine erstaunliche Ähnlichkeit mit der Diskussion auf, die sich in der II Internationale Ende des XIX Jahrhunderts unter dem Namen „Bernstein Debatte“¹⁰ entwickelte.

Wenn wir die Ideen Bernsteins noch einmal überdenken, zeigt sich, dass viele Theoretiker, ohne es zuzugeben, verschiedene seiner „Illusionen“ wieder aufleben lassen – über den krisenlosen Kapitalismus, über die Verbreitung der Demokratie, usw. Einer derjenigen der sich zu seinen theoretischen Anleihen bei der II Internationale bekennt ist Ernesto Laclau, einer der Haupt-Ideologen der „pluralistischen Demokratie“. Im Folgenden werden wir uns insbesondere auf ihn beziehen¹¹.

Die Vergleichsübung zwischen den ursprünglichen Ideen des Bernstein'schen Reformismus und denen des Laclauschen Postmarxismus ist keine Zeitverschwendung und zeigt deutlich, dass, jenseits aller Versuche des Poststrukturalismus, der Psychoanalyse und der Linguistik die Theorie zu künsteln, es sich im Grunde genommen nur um einen neuen Versuch handelt, die Verneinung einer revolutionären Perspektive und ihre Ersetzung durch eine schrittweise Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, zu rechtfertigen.

Der Reformismus und die Dynamik des Kapitalismus

Für Bernstein bewiesen die Geschehnisse Ende des XIX Jahrhunderts die vollkommen Ungültigkeit der Fundamente des Marxismus auf allen Gebieten: in der Wirtschaft, in der sozialen Dynamik der Klassen, der Politik und der Philosophie. Dies führte zur

Aufgabe jedweder revolutionärer Strategie und zum Versuch der theoretischen Rechtfertigung und der programmatischen Formulierung einer Politik, die in der Praxis bereits von bedeutenden Teilen der deutschen Sozialdemokratie betrieben wurde – besonders vom Gewerkschaftsflügel und von der parlamentarischen Fraktion. In seinen Worten: „*der Einfluss der Sozialdemokratie würde deutlich wachsen, wenn sie endlich traute, sich von der veralteten Fraseologie zu lösen und sich entschiede als das aufzutreten was sie heute wirklich ist: eine sozialistische und demokratische Partei der Reformen*“¹².

Worin besteht also die „Erneuerung“ die Bernstein vorschlägt um die „Vitalität“ des Marxismus zu erhalten? Schlichtweg in der Verneinung des Selbigen.

Vom ökonomischen Standpunkt aus gesehen, zielte Bernstein auf das Herz der marxistischen Theorie: auf die „Werttheorie“ und auf die Marx'sche Erklärung für die Krisen des Kapitalismus. Für Bernstein waren die Konzepte der „abstrakten Arbeit“ und des „Wertes“ nichts weiter als geistige Konstrukte, theoretische Verallgemeinerungen, die unter gewissen Umständen zur Analyse dienen konnten, die aber in der realen Welt nicht existierten.¹³

Er war der Meinung, dass Marx die Tendenzen, die zu Krisen führten, überbewertete – genauer gesagt die Tendenz zur Absenkung der Gewinnspanne und zur Überproduktion – und deren Gegentendenzen unterschätzte, z.B. staatliche Interventionen, die steigende Flexibilität des Kredit systems, die Erweiterung des Weltmarkts und, vor allem, das Entstehen der großen Trusts. Letzteren maß Bernstein einen absoluten Wert bei, bis zu dem Extrem, dass er glaubte, dass ihre Existenz es praktisch unwahrscheinlich machte, dass „*zumindest für eine große Zeitspanne, allgemeine Handelskrisen in dem Ausmaß wie in der Zeit vor ihrem Entstehen vorkämen*“. Daraus schloss er, dass der Kapitalismus es geschafft habe, seine widersprüchlichen Tendenzen zu harmonisieren und einen unaufhaltsamen Fortschrittskurs in Gang zu setzen. Daher hatte der „Klassenkrieg“ seinen Sinn verloren, genauso wie die gewalttätige Revolution und die politische Machtergreifung des Proletariats.

Obwohl sich die Thesen Bernsteins in der Realität tausend und einmal als falsch erwiesen haben – man denke nur an den Börsencrash von 1929 um

sich ein „katastrophales“ Beispiel vor Augen zu führen – feierte die Perspektive eines krisenfreien Kapitalismus, ja sogar eines Kapitalismus ohne wirtschaftliche Zyklen, ihre Rückkehr in den 90er Jahren. Diese Perspektive wurde von den Enthusiasten der „Globalisierung“, die in ihr eine tatsächliche Tendenz des Kapitalismus zur weltweiten Integration sahen und von den Anhängern der „neuen Wirtschaft“, welche unter anderem die Theorien vom Ende der Arbeit und der Vormachtstellung der immateriellen Arbeit aufstellten¹⁴, zum ideologischen Diskurs erhoben.

Die reaktionäre Utopie von Bernstein bis Laclau: Bürgerschaft, Demokratie und Staat

Logischerweise sind die Koinzidenzen zwischen Bernstein und denjenigen die als einzige Alternative eine „bürgerliche Emanzipation“ fordern, am deutlichsten auf dem Gebiet der politischen Definitionen. Sie zielen darauf ab, die brutalsten Tendenzen des Kapitalismus zu humanisieren und die „Volksverwaltung“ in der Öffentlichen Sphäre auszuweiten, und auf diese Weise Teile der Rohstoffe und der Aktivitäten der Kontrolle des Privaten zu entziehen, jedoch ohne auch nur im Traum daran zu denken das Privateigentum abzuschaffen.¹⁵

Schauen wir uns synthetisch an, wie Bernstein in fundamentalen Aspekten der postmarxistischen „Dekonstruktion“ jeglichen Fundamentes des Sozialismus voraus war, um am Schluss die Reformierung des Kapitalismus zu rechtfertigen, und wie schon der klassische Marxismus all seine Argumente zurückgewiesen hatte.

a) Die Demokratie als „klassenlose Regierung“

Im Einklang mit einer harmonischen Sicht der Wirklichkeit, ging Bernstein von der Interpretation der bürgerlichen Demokratie und ihres Staates als einer „überlegenen Zivilisationsform“¹⁶ aus, in der die Klassengegensätze zwar in der Bürgerschaft noch existierten, sich jedoch zunehmend abschwächten.

Entgegen der klassischen Definitionen von Marx und Engels, glaubte Bernstein die Gesetzesänderungen, die Demokratisierung und das wachsende soziale und politische Gewicht des Proletariats habe das Ende des Klassencharakters der bürgerlichen Demokratie zur Folge und übertrage diesem die neuen Rolle des gesellschaftlichen Or-

ganisators des „gesamten Volkes“. Er stellte die Perspektive auf, dass „*je mehr sich die politischen Organisationen demokratisierten, desto weniger Notwendigkeit und Gelegenheit bestünde für große politische Katastrophen*“. Unter „politischer Katastrophe“ verstand er den gewalttätigen Ausbruch des Proletariats und der subalternen Klassen gegen die etablierte Ordnung, das bedeutet die Verneinung, sogar der theoretischen Möglichkeit, der Revolution in den zentralen Ländern.

Bernstein fragt sich, „*Was ist der Anfang der Demokratie?*“ Und antwortet: „*Wir nähern uns der Antwort viel mehr wenn wir sie negativ formulieren und die Demokratie als Abwesenheit einer Regierung mit Klassencharakter definieren, als Anzeichen einer Gesellschaft in der keine Klasse politische Vorteile gegenüber der Gesellschaft als Ganzem hat. (...) Diese negative Formulierung hat außerdem den Vorteil, dass sie der Idee der Unterdrückung des Einzelnen durch die Mehrheit, die dem modernen Geist absolut zuwider ist, weniger Spielraum überlässt als die Formulierung „Volksregierung“ (...). Je mehr das allgemeine Bewusstsein angenommen wird und regiert, desto mehr wird Demokratie Synonym für die größt mögliche Freiheit für alle sein. Die Demokratie ist zuerst die Abschaffung der Regierung einer Klasse, auch wenn sie an sich noch nicht wirklich die Unterdrückung der Klassen an sich ist*“.

In Verbindung mit diesem vom Standpunkt der sozialen Gegensätze aus gesehen neutralen Inhalt, verliert die Emanzipation ihren Sinn als Emanzipation der lohnabhängigen Arbeit als Voraussetzung zur Erlangung der Freiheit, und wird so verstanden, durch die



Eduard Bernstein

Ausweitung der Bürgerschaft umgesetzt. In diesem Sinne verliert sie vollständig jeglichen klassistischen Inhalt.

Die formelle Demokratie ist jedoch dem kapitalistischen Despotismus keineswegs entgegengesetzt, im Gegenteil, stellt sie doch den juristisch stabilsten Rahmen für ihn dar. Das bedeutet dass sie die besten Bedingungen für den wirtschaftlichen Zwang die eigene Arbeitskraft zu verkaufen bietet, dem die weitaus größere Mehrheit der Menschheit ausgesetzt ist, da sie keine andere Möglichkeit zu Überleben hat.

Wenn auch aus anderen Gründen¹⁷ als Bernstein, so sieht auch Laclau das politische Regime als unabhängig von den Produktionsbeziehung auf denen es basiert an¹⁸. Dies führt zu einer vulgären Wiederholung des Glaubens das die Demokratie und der Staat ein neutrales Terrain für die Kämpfe um die Vorherrschaft darstellen, daher muss die Politik der Linken „nicht auf einen direkten Angriff auf den Staatsapparat hinauslaufen, sondern die Konsolidierung und demokratische Reformierung des liberalen Staates zum Ziel haben“¹⁹.

Man braucht nicht allzu viel argumentieren um diese Fantasie als solche zu entlarven. Geschichtlich gesehen war die bürgerliche Demokratie ein Luxus der am weitesten fortgeschrittenen Nationen. Kurz vor dem zweiten Weltkrieg definierte Trotzki das demokratische Regime als „die aristokratischste Herrschaftsform. Nur eine reiche Nation kann sie sich leisten. Für jeden britannischen Demokraten arbeiten neun oder zehn Sklaven in den Kolonien“²⁰.

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs jedoch änderte sich diese Tatsache. In dem die USA geschickt den Schrecken des Nazi-Faschismus und des Holocaust ausnutzten, sowie den repressiven Charakter des Stalinistischen Regimes, gelang es ihnen im Laufe des Kalten Krieges, das Konzept der „okzidental Demokratie“ als Synonym für „freie Welt“ durchzusetzen. Und dies trotz der grauenhaften Verbrechen welche die USA selbst begangen hatten, wie z.B. die Bombardierung Dresdens oder die Atombombe auf Hiroshima, ganz zu schweigen von den imperialistischen Massakern in Vietnam und Algerien und der Unterstützung der schlimmsten Diktaturen, von Suharto über das rassistische Regime in Südafrika bis hin zu Videla und Pinochet.

Während der Letzten zwei Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts,

breitete sich die bürgerliche Demokratie - in mehr oder weniger degradierte Form, mit einer mehr oder weniger großen Dosis Bonapartismus – sogar in der Mehrzahl der semikolonialen Staaten und der ex-stalinistischen Staaten aus. Allerdings führte diese Ausbreitung der freiheitlichen Demokratie nicht etwa zur sozialen Emanzipation, sondern ganz im Gegenteil diente sie als Deckmantel für die neoliberale Gegenoffensive und zur ideologischen Rechtfertigung der imperialistischen Kriege.

b) Die Fragmentierung des Proletariats

Bernstein vertrat die Position, dass es notwendig war, das *moderne Proletariat* zu definieren, bevor man sich zu Gunsten einer proletarischen Revolution äußere, und er tat dies wie folgt: „wenn man alle Personen ohne Eigentum oder ohne Einkünfte aus Eigentum oder privilegierter Position zählt, stellen diese mit Sicherheit die Mehrzahl der Bevölkerung der fortgeschrittenen Länder dar. Allerdings wäre dieses „Proletariat“ eine Mischung aus vollkommen verschiedenen Elementen, aus Klassen die in sich unterschiedlicher sind als das gesamte „Volk“ im Jahre 1789 (...). Die heutigen Lohnabhängigen sind keineswegs eine homogene Masse, die im gleichen Grade des Eigentums, der Familie etc. beraubt ist, wie es das Kommunistische Manifest besagt. In den fortgeschrittenen Industrien gibt es eine Hierarchie unter den Arbeitern zwischen deren Gruppen nur ein äußerst vages Gefühl der Solidarität besteht“. Zusammen mit dem Entstehen der Arbeiteraristokratie, signalisierte Bernstein, dass die industrielle Arbeiterklasse, im Marxschen Sinne des Proletariats, eine Minderheit in der Gesellschaft war, in der sich, abgesehen von den ländlichen Klassen, auch mittlere Sektoren entwickelten, die zu Aktienbesitz gelangten. Diese nicht proletarischen Klassen konnten und mussten auch nicht zu einem sozialistischen Bewusstsein gelangen. Daraus schloss er, dass, wenn auch all diese Sektoren im allgemeinen die Lohnabhängigkeit teilten und dies vielleicht sogar gewerkschaftliche Kämpfe ermöglichte, sie jedoch einmal an der Macht, keinesfalls gemeinsame Ziele hätten um einen Staat zu führen.

Schon bevor Bernstein dies schrieb, hatte Marx dieses Problem bereits im allgemeinen in seiner Kritik am Gothaer Programm skizziert²¹, in Bezug auf die Definition der nicht pro-

letarischen subalternen Klassen und die Politik welche die revolutionäre Arbeiterpartei gegenüber der Mittelklasse und der Bauernschaft vertreten sollte. Für Marx war die Arbeiterklasse die gesellschaftlich homogenste Klasse, sowie die Einzige dem Kapital diametral entgegengesetzte und daher die einzig wirklich revolutionäre Klasse. Im Kommunistischen Manifest bezog er sich, in historischer Sicht, auf die entscheidende Auseinandersetzung zwischen den fundamentalen Klassen der Gesellschaft, nicht auf die Negierung der Existenz anderer Klassen und Sektoren.

Für Laclau ist die soziale „Fragmentierung“ ausreichend um eine „Dekonstruktion“ des Konzeptes „Klasse“ vorzunehmen. Tatsächlich „dekonstruiert“ Laclau nur das Konzept „Arbeiterklasse“ und sagt nicht ein Wort darüber, ob auch die Bourgeoisie sich „dekonstruiert“ hat und sich deswegen das Privateigentum in Luft aufgelöst hat. Dies zeigt den deutlich ideologischen oder interessierten Charakter seines Unternehmens.

Allerdings ist die bloße Fragmentierung oder die einfache Unterschiedlichkeit unzureichend um das Feld der Politik zu öffnen. Es muss eine Beziehung zwischen dem „Moment der sozialen Pluralität“ und dem „Moment der gesellschaftlichen Verbindung“ bestehen. Um diese ewig zweideutige Beziehung zu lösen, versucht Laclau in seiner poststrukturalistischen Perspektive, das Konzept der „Hegemonie“ neu zu belegen, genau so wie es der russische Marxismus verstanden hatte und es von der III Internationale weiterentwickelt wurde, allerdings von jeglichem Bezug auf „Klasse“ bereinigt und so in ein „bedeutungsloses Zeichen“ verwandelt. Die verschiedenen sozialen Subjekte kämpften streiten darum ihm einen eigenen Inhalt zu geben, der universalisierende Effekte für andere soziale Subjekte hat, was, über eine Reihe von Gleichungen, das Sphäre des Politischen öffnet.

Obwohl er den Marxismus für eine „essentialistische“ und „objektivistische“ Theorie hält, muss Laclau anerkennen, dass das Gesetz der ungleichen und kombinierten Entwicklung sowie die Theorie der Permanenten Revolution, sowie sie von dem jungen Trotzki 1904-1905 formuliert und in den 1920er Jahren verallgemeinert wurde, mit dem Determinismus gebrochen und die Perspektive einer Vorherrschaft des Proletariats über die historischen, d.h. die de-

mokratischen, Aufgaben der Bourgeoisie eröffnet haben²². Damit jedoch endet die Anerkennung, da Laclau der Meinung ist, dass die politische Logik Trotzki an den „klassistischen Essentialismus“ gefesselt bleibt.

Und wirklich änderte die Tatsache, dass das Proletariat die Aufgaben übernahm, die zu lösen die dekadente Bourgeoisie reichlich spät gekommen war, weder den Charakter dieser Aufgaben noch die Identität der Arbeiterklasse, des sozialen Agenten, der sie als Teil seiner eigenen Revolution löste.

Im Unterschied zu Laclaus Interpretation des Konzeptes der „Hegemonie“ als vollkommen frei von jedem klassistischen Inhalt, hatte die Hegemonie in der Tradition des russischen Marxismus und der III Internationalen inklusive Gramsci nur solange Sinn wie die Gesellschaft in Klassen geteilt war, da sie zu nicht mehr und zu nicht weniger diente als dazu zu definieren, über welche Klasse das Proletariat seine Diktatur ausüben würde und über welche seine Hegemonie.

In den Jahren vor der russischen Revolution konzentrierte sich die Diskussion um die Vormachtstellung der Arbeiterklasse darauf, welche Rolle das Proletariat im Kampf gegen die zaristische Autokratie spielen sollte. Genauer gesagt ging es darum, dass die Arbeiterklasse die arme Bauernschaft überzeugen sollte ihr Verbündeter zu sein. Dies bedeutete in der Praxis Kompromisse in Fragen die nicht der sozialistischen Revolution eigen sind, wie zum Beispiel der Agrarreform. Diese Vormachtstellung gegenüber den subalternen Klassen stand im Gegensatz zur Diktatur die über die feindlichen Klassen, die Autokratie und die liberale Bourgeoisie ausgeübt wurde, deren Macht und Staat gewaltsam unterdrückt werden musste.

Für einen Sozialisten, der sich zum Liberalen entwickelt hat wie Laclau, ist dies zusammen mit der Revolutionären Partei die Basis für das was er „autoritäre Praxis“ nennt, da eine solche Definition a priori, also bereits vor dem politischen Akt, den klassistischen Sinn einer beliebigen Forderung und eines beliebigen sozialen Agenten festlegt.

Trotzki berücksichtigte die wachsende Heterogenität der Gesellschaft und der Arbeiterklasse selbst in seiner Konzeption der ungleichen und kombinierten Entwicklung sowie in seiner Theorie der Permanenten Revolution,

indem er forderte die Vormachtstellung des Proletariats an der Spitze der Allianz der ausgebeuteten Klassen aufrecht zu erhalten und die Notwendigkeit eines Übergangs Programms proklamierte um die verschiedenen Schichten und Sektoren innerhalb der Arbeiterklasse zu einen.

Heute, nach der neoliberalen Offensive deren Resultat zwar eine weitere Fragmentierung der Arbeiterklasse mit sich brachte und die jedoch paradoxerweise gleichzeitig zu einer Ausweitung der Lohnarbeitsbeziehungen führte, erweisen sich diese Ausführungen Trotzki als unabkömmlich um die Trennlinien innerhalb der Arbeiterklasse zu überwinden – erwerbstätige und erwerbslose Arbeiter, gewerkschaftliche organisierte Arbeiter und solche in prekären Arbeitsverhältnissen usw. -, die gesellschaftliche Vielfalt und die demokratischen Forderungen in eine antikapitalistische Perspektive zu integrieren und so eine revolutionäre Politik vorantreiben zu können.

c) Die universelle Bürgerschaft

Bernstein gelangt zu der Schlussfolgerung, dass die Diktatur des Proletariats für eine andere Epoche entworfen worden war, in der die privilegierten Klassen fraglos die Macht in Europa hatten, dass sie jedoch auf Grund der kapitalistischen Entwicklung und der Stimmzuwachs der SPD überholt sei. Dazu äußerte er folgendes: *Ist es in irgendeiner Weise sinnvoll, z. B. die Formulierung „Diktatur des Proletariats“ zu einem Zeitpunkt aufrecht zu erhalten, zu dem sich praktisch allerorts die Repräsentanten der Sozialdemokratie in die Arena des Parlamentes begeben haben? Sie haben sich für die proportionale Repräsentation des Volkes und die direkte Gesetzgebung ausgesprochen – all dies ist vollkommen widersprüchlich mit dem Konzept einer Diktatur. Die Formulierung ist heute so veraltet, dass man sie nur in Einklang mit der Realität bringen könnte, indem man die derzeitige Bedeutung des Wortes „Diktatur“ abschwächt. Die Aktivitäten der Sozialdemokratie zielen darauf ab, die Voraussetzungen für einen Übergang der modernen sozialen Ordnung zu einer höheren Form ohne gewalttätige Ausbrüche zu schaffen. Darin – in der Gewissheit und dem Bewusstsein die Pioniere einer höheren Zivilisationsform zu sein – besteht die moralische Rechtfertigung der sozialistischen Enteignung die sie anstrebt. Die Diktatur der Klassen gehört jedoch zu*

einer niedrigeren Zivilisationsform.“

Das Ziel der Sozialdemokratie war also nicht mehr die sozialistische Revolution sondern die Ausweitung der Bürgerschaft.²³ *„Die Sozialdemokratie will nicht die Bürgerschaft zerstören und alle ihre Mitglieder zu Proletariern machen; im Gegenteil arbeitet sie unaufhörlich daran den Arbeiter aus der gesellschaftlichen Stellung des Proletariers in die des Bürgers zu erheben, also daran, zur universellen Bürgerschaft zurückzukehren.“²⁴*

Obwohl er erkannte, dass sich die liberalen Parteien zu „Wächtern des Kapitalismus“ entwickelt hatten, glaubte Bernstein, dass der Sozialismus der „legitime Erbe“ des Liberalismus sei, sowohl zeitlich gesehen als auch „in seinen geistigen Qualitäten“, bis zu dem Punkt, dass er davon ausging, der Sozialismus könne sinngemäß als „organisierter Liberalismus“ definiert werden.

In letzter Instanz ging er soweit zu glauben, dass das parlamentarische Regime und der repräsentative Staat nach und nach die Konflikte zwischen den verschiedenen Klassen entschärfen würden, bis hin zum gänzlichen Verschwinden ihres Ursprungs, der Auflösung des Gegensatzes von „politischer Gleichheit“ und „sozialer Ungleichheit“.

Jedoch bestand und besteht genau darin die Stärke des Kapitalismus, dass die gravierendste „soziale Ungleichheit“, d.h. der Ausbeutung und des wirtschaftlichen Zwanges, dem die Mehrheit der die Mittel zum überleben fehlen, ausgesetzt ist, mit der vollständigsten „rechtlichen Gleichstellung“ einhergeht. Dies erweckt den Anschein, dass die „Bürger“ individuell gesehen und jenseits ihrer sozialen Stellung, vor dem Staate gleich sind. Dies bedeutet, dass sie dieselben Rechte genießen und ihnen dieselben Pflichten auferlegt werden.



Hanna Arendt

Jedoch ist die kapitalistische Ausbeutung kein juristisches Problem und verschwindet auch nicht mit der Arbeitsgesetzgebung. Wie seinerzeit Rosa Luxemburg darauf antwortete: „*es ist kein Gesetz, dass das Proletariat dazu zwingt sich dem kapitalistischen Joch zu unterwerfen, sondern die Armut, das Fehlen von Produktionsmitteln zwingt es dazu sich dem Kapital auszuliefern.*“

Entgegen dem Glauben Bernsteins, war und ist der moderne repräsentativ – demokratische Staat keine „höhere Zivilisationsform“, sondern trägt die Diktatur des Kapitals in sich, das seinen Despotismus über die lohnabhängigen Massen ausübt, auch wenn es ihnen formale politische Rechte zu gesteht.

Im Unterschied zu Bernstein, geht Laclau nicht davon aus, dass die gegenwärtige Welt eine „höhere Zivilisationsform“ darstellt, jedoch ist es für ihn die einzig mögliche „demokratische Welt“ in der es Raum um die Unterschiede „anzuerkennen“ gibt (sexuelle, ethnische, etc.).

Um dieser auf die „bestehenden“ Identitäten gestützte „Demokratie“ zu widerstehen, schafft Laclau ein Mischung aus Übergangsgesellschaft und zukünftiger kommunistischer Gesellschaft, auf die Marx sich als eine Gesellschaft frei von den Gegensätzen, welche die Vorgeschichte der Menschheit gezeichnet haben, bezieht. Daraus konstruiert er ein deterministisches und „totalitäres“ Bild des Marxismus und er sozialen Revolution als Ende der Politik und Beginn einer einheitlichen und transparenten Gesellschaft.

d) Die Rückkehr zu Kant

Bernstein lehnte die Dialektik ab, da er davon überzeugt war, dass ihr Beharren auf dem „Kampf zwischen zwei Polen“ nicht nur die Realität verzerrte, d.h. die Konflikte viel extremer darstellte als sie in Wirklichkeit waren, sondern auch weil sie fälschlicherweise eine gewalttätige Revolution rechtfertigte. Diese ablehnende Haltung gegenüber der Dialektik, brachte ihn dazu zu behaupten, dass der theoretische Kern des Marxismus seine Entwicklung und sein moralischer Inhalt sein sollten, eine Art Neokantismus, in dem der Sozialismus, von jeglichem Wissenschaftlichen Fundament befreit, in der selben Dynamik wie die kapitalistischen Widersprüche, zu einem Ethischen Ziel oder einer „regulierenden Idee“ wurde, welche von der Menschheit frei erwählt

wurde. Gleichzeitig mit dem Fortschritt der „höheren Zivilisationsform“ welche die Demokratie der zentralen Länder darstellte, näherte sich das Versprechen des Kantschen „ewigen Friedens“, welches auf krasse Art und Weise durch die Gegensätze die ihren Höhepunkt im zweiten Weltkrieg fanden, der Lüge entlarvt wurde. Bernstein sah einen Dualismus zwischen der „natürlichen Notwendigkeit“ der wirtschaftlichen Gesetze des Kapitalismus und der „ethischen Freiheit“ der Wahl des Sozialismus. Die Entwicklungstheorie musste einen tiefen Glaubwürdigkeitsverlust einstecken und wird in den heutigen Theorien quasi nicht mehr vertreten. Allerdings behielt die Rückkehr zu Kant ihren Einfluss innerhalb des Denkens der Linken, was zur Wiederkehr einer Art Dualismus zwischen den gegenwärtigen Bedingungen und einem unerreichbaren ethischen Ideal geführt hat. Die Grundzüge dieses Dualismus finden sich zum Beispiel in Derridas Versprechen der „kommenden Demokratie“ und seinem messianischem Warten. In einer Diskussion mit Ernesto Laclau, sagt Slavoj Žižek dass *„die wichtigste Kantianische Dimension Laclaus besteht in seiner Akzeptanz der unüberwindbaren Kluft zwischen dem Enthusiasmus für ein unerreichbares Ziel eines politischen Kompromisses und m erreichbaren Mindestinhalt.“*²⁵ In konkrete Politik übersetzt bedeutete dies, das Versprechen einer „radikalen Demokratie“ und einer neuen Hegemonie aufrecht zu erhalten, wähen man kleine Reformen in der bestehenden repräsentativen liberalen Demokratie erreicht.

Die gegenwärtige politische Philosophie neigt dazu die Dialektik und den historischen Materialismus negativ zu bewerten, als vollkommendste Form des Totalitarismus, des Erstickens von Einzigartigkeiten und in letzter Instanz, als das was Derrida die „Metaphysik der Gegenwart“ nannte, das heißt, die Illusion eine objektive Grundlage zu finden, welche die Realität, in diesem Falle die Gesellschaft für das Subjekt durchschaubar macht. Demgegenüber überzeichnet er die Widersprüche. Allerdings haben diese Philosophien der Kontingenz Zu nichts weiter, als zum Wiederaufleben alter Essentialismen, Metaphysiken und Vitalismen geführt, welche, weit entfernt davon die Dynamik der Bewegung und des Umbruchs zu erkennen, in neue philosophische Idealismen und politische Utopi-

en verfallen.

Dieser kurze von uns hier entwickelte Vergleich, veranschaulicht, wie wir meinen, den tiefgreifend ideologischen Charakter, im negativen Sinne des Begriffs, derjenigen Theorien, die heute Positionen vertreten welche denjenigen Bernsteins ähneln. Als Bernstein seine reformistischen Ideen vertrat, war die Arbeiterklasse dabei, wichtige Konzessionen zu erlangen, gewann durch Wahlen und Parlament laufend an sozialem und politischem Gewicht. Gleichzeitig erweckte die Entwicklung des Kapitalismus die Illusion eines Fortschritts ohne Ende und einer wachsenden Harmonie zwischen den Staaten.

Das XX Jahrhundert jedoch – mit seinen enormen Wirtschaftskrisen, zwei Weltkriegen und der Entwicklung der sozialen Revolution – ist nicht umsonst vorrübergegangen.

Heute fehlt dem politischen Reformismus der „pluralen Demokratie“ jegliche Grundlage in der Realität. Die neoliberale Offensive, die „in Friedenszeiten“ einen ungekannten Rückschritt in den Lebensbedingungen der Massen mit sich brachte, hat klar gezeigt, dass sich unter den institutionalisierten demokratischen Formen eine große wirtschaftliche und gesellschaftliche Konterrevolution entwickeln kann. Wie Lenin schon erkannte, bewies die bürgerliche Demokratie mehr denn je, dass sie der „beste Deckmantel für die Diktatur des Kapitals“ ist, und dass man die Macht der Bourgeoisie nur mit den Methoden der proletarischen Revolution entthronen kann.

Die Diktatur des Proletariats als Demokratie der Massen. Die aktuelle Debatte

Im vorausgehenden Punkt haben wir uns auf die sogenannte post-marxistische Theorie bezogen, deren Vorstellungswelt sich auf die „Radikalisierung der Demokratie“ und auf einen Reformismus beschränkt, der in groben Zügen auf den Bernsteinschen Flügel der II Internationale zurückgeht.

Allerdings beschränkt sich die Anziehungskraft der „Radikalisierung der Demokratie“ nicht nur auf intellektuelle Kreise, sondern hat vielmehr auch beträchtlichen Einfluss in den Reihen der sich revolutionär - marxistisch nennenden Linken gewonnen. Ein Beispiel ist die französische Ligue Communiste Révolutionnaire²⁶, die in ihrem letzten Kongress dafür gestimmt hat, die For-

mel „Diktatur des Proletariats“ aus ihrem Programm zu streichen.

Die europäische Presse hat dies mit der „Aufgabe der Diktatur des Proletariats“ seitens der französischen Kommunistischen Partei 1976 verglichen und zu verstehen gegeben, dass so wie die PCF den Eurokommunismus²⁷ eingeleitet hat, die LCR heute eine Wende mit ähnlichen Folgen innerhalb der sich trotzkistisch bezeichnenden Bewegung auslösen könnte²⁸. Daher rührt die außerordentliche Wichtigkeit mit dieser Strömung zu diskutieren, in deren Herzen sich herausragende marxistische Intellektuelle finden.

Die Aufgabe der Diktatur des Proletariats seitens der LCR beschränkt sich nicht auf die Streichung des Terminus oder ist rein „diskursiv“ wie führende Köpfe der LCR mit Bezug auf die zweifelsohne negative Belastung des Terminus „Diktatur“ für die Bewegung der Massen rechtfertigend geäußert haben, sondern ist die programmatische Krönung eines langen Prozess den die LCR, besonders seit den Ereignissen von 1989, in politischer Theorie und Praxis durchlaufen hat und im Verlaufe dessen die Grenzen zwischen Reform und Revolution immer mehr verwischt wurden.

Um nur einige neuere Beispiele anzuführen, denke man an die Anpassung der LCR an den reformistischen Flügel des Welt Sozial Forums, Organisationen wie ATTAC eingeschlossen, oder daran, dass sie im Jahr 2000 dazu aufrief, angesichts des Wahlerfolgs des rechtsradikalen Kandidaten Le Pen, bei den französischen Präsidentschaftswahlen für den Kandidaten der Rechten, Chirac, zu stimmen, mit dem Argument der Rettung der Republik. Das krasseste Beispiel ist der Fall von Democracia Socialista – der brasilianischen Schwesterorganisation der LCR – die sogar ein Ministerium in der kapitalistischen Regierung Lulas innehat.

Mit dieser Polemik wollen wir beweisen, dass dieser Kurs den Einfluss der postmarxistischen – und der linksliberalen – Ideen in den Reihen der LCR widerspiegelt, welche die Definitionen von Klasse durch die der Bürgerschaft und die Perspektive der Revolution durch die Radikalisierung der Demokratie ersetzen. Dies zeigt sich zum Beispiel in der von einem der führenden Mitglieder der LCR kürzlich geprägten Formel, dass die „Revolution der Kampf für die Demokratie bis zum Ende“ und dass das allgemeine Wahl-

recht und nicht die Demokratie der Arbeiterräte das Organisationsprinzip der Übergangsgesellschaft zum Sozialismus sei.

Um die Polemik einzuleiten, beginnen wir mit einer kurzen Synthese zum Konzept der „Diktatur des Proletariats“.

Die Diktatur des Proletariats, die Demokratie der Arbeiterräte und die Auflösung des Staates

Nach der Erfahrung des Stalinismus wurde die Diktatur des Proletariats automatisch mit der Einparteiendiktatur gleichgesetzt. Diese falsche Identifikation macht es Notwendig die wahre Bedeutung der Formel für die revolutionäre Theorie wiederherzustellen, welche, wie wir sehen, eng mit der mehrheitlichen Demokratie und der Auflösung des Staates verbunden ist.

In der Tradition des revolutionären Marxismus stellt die Diktatur des Proletariats eine neue Art von Demokratie dar, die Proletarische Demokratie, die sich auf die Organe der Selbstbestimmung der Massen stützt, egal ob als „strategische Frage“ wie sie Marx vor der Pariser Kommune formulierte oder als konkrete Organisationsform der postkapitalistischen Gesellschaft gesehen, welche bereits zur Auflösung jeglicher Form von Staat tendiert.

In der *Kritik zum Gothaer Programm*, formuliert Marx die konkreteste Definition davon, wie sich die „Arbeiterklasse als herrschende Klasse“ organisieren werde. In dieser unterscheidet er klar zwischen einer Übergangsphase zwischen der Entmachtung der Bourgeoisie und ihres Staates und dem Entstehen einer kommunistischen Gesellschaft; diesen Übergangsstaat-regime bezeichnet er als „Diktatur des Proletariats“²⁹.

Diese Übergangsphase, die Marx als die „erste Phase der sozialistischen Gesellschaft“ definiert, ist nicht „das Königreich der Freiheit“. Die wirtschaftliche Organisation wird weiterhin von der falschen Gleichsetzung ungleicher Individuen bestimmt, das bürgerliche Recht besitzt weiterhin Gültigkeit und was ein jedes Individuum erhält wird bestimmt dadurch, was es der Gesellschaft gibt. Wie Marx erklärt, „das Recht kann niemals den ökonomischen Strukturen einer Gesellschaft und deren kultureller Entwicklung von denen es bedingt wird übergeordnet sein“. Dieser Staat, der sich als Organisation des Proletariats als herrschende Klasse errichtet und dessen Ziel die Neuordnung der Gesellschaft nach der Enteignung der Bourgeoisie und der Kollektivierung der Produktionsmittel ist, ist in der kommunistischen Perspektive zusammen mit den Klassengegensätzen zum Verschwinden verurteilt.

Auf der Basis dieser Marxschen Definition eines Übergangsstates der in sich selbst den Keim seines Verschwindens trägt, entwickelt Lenin in *Staat und Revolution*“ sein Konzept des „proletarischen Halbstaats“ der nach der Entmachtung der Bourgeoisie entstehen werde. Lenin zeigt wie der Entwicklungsstand der Technik und der kulturelle Fortschritt der Massen die unter dem Kapitalismus erreicht wurden, es ermöglichen die Aufgaben der „Kontrolle und Buchhaltung“ die der Staat zu erfüllen habe, extrem zu vereinfachen und so die Administration für die Mehrheit der Arbeiter zugänglich zu machen. Die Reduzierung der Arbeitszeit welche die demokratische Planung der Wirtschaft mit sich brächte, das radikal demokratische Programm, basierend auf den Kriterien der Wahl- und Abwählbarkeit von Delegierten, die Ab-



Petrograder Soviet

schaffung von materiellen Privilegien und die allgemeine Bewaffnung des Volkes, garantierten in den Augen Lenins, dass der Staat sich auf seine Auflösung hin bewege.

Nach der russischen Revolution von 1905 jedoch, stellt Trotzki in konkreter Form dar, wie sich die neue Arbeitermacht abzeichnen würde und weist auf die besondere Rolle der Sowjets als Embryo des Staates in der Übergangsphase hin. In seinen *Schlussfolgerungen* aus 1905, schreibt Trotzki: „Der Sowjet organisierte die Arbeitermassen, leitete die Streiks und Demonstrationen, bewaffnete die Arbeiter und schützte die Bevölkerung vor Pogromen. (...) Wenn das Proletariat seinerseits und die reaktionäre Presse ihrerseits dem Sowjet den Titel „proletarische Regierung“ verliehen haben, lässt sich dies dadurch erklären, dass diese Organisation nichts anderes als ein Embryo einer revolutionären Regierung war (...). Da er der Ort der Konzentration aller revolutionären Kräfte des Landes war, löste sich der Sowjet nicht in der revolutionären Demokratie auf, sondern blieb weiterhin der organisierte Ausdruck des Willens der proletarischen Klasse“³⁰.

Diese vorrausschauende Vision Trotzkis von der Rolle welche die Organe der Selbstbestimmung der Massen spielen würde, die auf der Erfahrung des Petersburger Sowjets basierte, sah sich in der Februarrevolution 1917 durch die Einrichtung eines Regimes der Doppelmacht verstärkt. Diese Bedeutung der Sowjets als „endlich gefundene“ Basis des neuen proletarischen Staates, drückte sich in der bolschewistischen Forderung „Alle Macht den Sowjets“ aus, und kulminierte mit dem Triumph der Oktoberrevolution 1917.

Laut dem Geschichtsschreiber E.H. Carr, „*The concept of a dictatorship of the proletariat, applied by the Bolsheviks to the regime established by them in Russia after the October revolution, did not bear any specific constitutional implications whatsoever (...) The emotional overtones of the word «dictatorship», insofar as it was associated with the idea of a rule of the few, was totally absent from the minds of the Marxists who resorted to that phrase. Quite otherwise, the dictatorship of the proletariat would be the first regime in history in which power was to be exerted by the class who made up the majority of the population, a condition that should be met in Russia*

*by drawing the mass of peasants into an alliance with the industrial proletariat (...) Far from being the rule of violence, it would pave the way for the elimination of the resort to violence as a social punishment, i.e., for the withering away of the state.“*³¹. Dieses Projekt konnte sich nicht vollständig realisieren, da kurz nach der Machtergreifung der Bürgerkrieg ausbrach, der es unumgänglich machte, außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen und so die Zentralisierung der politischen und militärischen Macht im Staat und in der Führung der Bolschewiki verstärkte um die Revolution zu verteidigen.³² Die Evaluation die sich durchsetzte war allerdings nicht die der ersten Jahre der Revolution, sondern die ihrer bürokratischen Degeneration. Wie es F. Oliivier treffend ausdrückt, „die Stalinisten benutzten die Formel der Diktatur des Proletariats zur Rechtfertigung der Zerstörung jeglichen Anzeichens demokratischen Lebens innerhalb der Arbeiterklasse und der russischen Gesellschaft.“³³

Wenn die marxistische Theorie zu einem vulgären Determinismus degradiert wurde, so wurde die Diktatur des Proletariats als Synonym für Einparteiendiktatur mit Monopol über Staat und Politik verstanden.

Die LCR und der Kampf für die „Demokratie bis zum Ende“

In der Debatte die um das Buch *Révolution! 100 mots pour changer le monde* von O. Besancenot³⁴ entstanden ist, erklärt A. Artous, dass sich seine neue Definition von Revolution als „Kampf für die Demokratie bis zum Ende“ zusammenfassen lässt, und zwar „nicht irgendeine Demokratie, sondern eine Demokratie deren Grundlage das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist“. Er fügt hinzu, dass „wenn es darum geht von einer Neuheit in diesem Buch in Bezug auf die vergangenen Traditionen der Liga zu sprechen³⁵, ist diese, lapidar ausgedrückt, die Aufgabe einer generellen Problematik der „Demokratie der Arbeiterräte“ (oder der Räte-demokratie) zu Gunsten einer Demokratie deren Basis das allgemeine Wahlrecht ist, auch wenn diese sich natürlich nicht auf dieses Prinzip beschränkt“ und dass es sich bei der Übergangsgesellschaft um eine „um nationale, regionale und lokale Versammlungen angeordnete Demokratie handelt, die durch das allgemeine und proportionale Wahlrecht gewählt werden, und

wirklich die Bürger und Produzierenden repräsentieren“.

Um die „korporativen“ Effekte zu vermeiden die eine Demokratie die auf den Produktionseinheiten basiert mit sich brächte, schlägt Artous vor, dass „es notwendig sei, sich eine Demokratie vorzustellen, welche auf einem doppelten Repräsentationssystem basiert: einem das sich auf die Wahl von Versammlungen durch die Bürger via allgemeinem Wahlrecht gründet und einem anderen, welches dahin tendiert, vom „sozioökonomischen“ Standpunkt aus gesehen, die Lohnabhängigen und die populären Schichten zu repräsentieren, welche die große Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Ohne in die Details (ziemlich kompliziert und außerdem je nach Kontext verschieden) dieser zweiten Repräsentationsform zu gehen, kann man sich ein System der Doppelversammlung vorstellen. In Konfliktfällen jedoch, muss man genau wissen wer entscheidet. Und das kann ausschließlich auf der Grundlage der Stimmen der Individuen als Bürger geschehen, das heißt auf der des allgemeinen Wahlrechts im klassischen Sinne; zum Beispiel durch ein Referendum“³⁶.

Zu behaupten, dass die Revolution „der Kampf für die Demokratie bis zum Ende“ sei, erschafft wieder die Illusion, dass die sozialen Konflikte und Klassen –Antagonismen sich durch die Radikalisierung der Methoden der Demokratie lösen lassen. Damit verwässert die LCR nicht nur jegliche Notwendigkeit der Arbeiterzentralität im Kampf gegen die Bourgeoisie, sondern die Idee der Revolution selbst als Ausdruck eines scharfen Klassenkampfes.

Die LCR scheint sich die Schlussfolgerung E. Laclaus zu eigen zu machen, zu der dieser vor 20 Jahren in seinem Buch *Hegemonie und sozialistische Strategie* gelangt ist und die besagt, dass der „Sozialismus“ ein Aspekt der „demokratischen Revolution“ ist³⁷.

Wir revolutionären Marxisten nutzen die demokratischen Forderungen der Massenbewegung, die demokratisch – formalen eingeschlossen, wenn sie ihre „vitale Kraft“ beibehalten, um gegen den kapitalistischen Staat zu kämpfen, der diese Freiheiten zunehmend zurücknimmt. Allerdings benutzen wir sie dazu, die Grenzen dieser miserablen bürgerlichen Demokratie zu überwinden, die versucht ihren Klassencharakter hinter einer formalen politi-

schen Gleichheit zu verstecken. Auf diese Art versuchen wir die Massen einer neuen Art von Demokratie näher zu bringen, die sich auf die Organismen der Selbstbestimmung gründet, welche „die Merkmale der zukünftigen Gesellschaft skizziert“, wie die LCR sagt, oder welche sich in die Embryonen der neuen Arbeitermacht verwandeln, wie Trotzki in Bezug auf die Sowjets von 1905 sagte.

Allerdings gibt es keinen demokratischen Schritt von der kapitalistischen Gesellschaft hin zur „Gesellschaft der Zukunft“ ohne die gewaltsame Zerstörung des bürgerlichen Staates, welche die LCR aufgegeben zu haben scheint.

Auch scheint die LCR nicht zu wissen, dass jeglicher revolutionäre Kampf dazu tendiert die bürgerlich demokratischen Formen der Repräsentation zu überwinden, genau deswegen, weil er bedeutet eine neue konstituierende Macht in Szene zu setzen sie sich nicht durch die gleichen Methoden der konstituierten Macht realisieren lässt, welche sie zu entmachten versucht. Die Rolle der Räte als revolutionärer Ausdruck der konstituierenden Macht der Massen, wurde selbst von liberalen Theoretikern wie Hannah Arendt wahrgenommen, die feststellt, dass „since the eighteenth century revolutions, all great upheavals have spawned a rudimentary new form of government, one which emerged independently from previously existing revolutionary theories, directly from the course of revolution itself, namely the experiences of action and the ensuing will of the participants to take over the further evolution of public affairs. This new form of government is a system of councils.“³⁸.

Außerdem scheint sich die LCR eine Übergangsgesellschaft vorzustellen, in der nach der Enteignung der Bourgeoisie, die sozialen Klassen verschwunden sind zusammen mit der Bedrohung durch die Konterrevolution auf nationaler und internationaler Ebene, und dass es daher nicht notwendig ist, die Zentralität der Arbeiterklasse und ihre sowjetische Organisation aufrecht zu erhalten um die Revolution zu verteidigen. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus, in der Übergangsgesellschaft verschwinden die Klassen nicht sondern ganz im Gegenteil durch die Machtübernahme verschärfen sich die Gegensätze und der Arbeiterstaat muss sich nicht nur gegenüber der internen Reaktion verteidigen, sondern

auch gegen eventuelle Angriffe von außen. Daher wäre ein System der „doppelten Repräsentation“ wie es die LCR vorschlägt, in dem die Arbeiterklasse in der Bürgerschaft aufgelöst und atomisiert ist und in der bei „Interessenskonflikten“ – in einem Übergangsstaat sind die entscheidenden „Interessenskonflikte“ diejenigen welche mit der Verteidigung gegen die Konterrevolution zusammenhängen – diese durch die bürgerlichen Mechanismen des allgemeinen Wahlrechts entscheiden, de facto die Liquidation der Diktatur des Proletariats³⁹.

Die Maßnahmen der „direkten Demokratie“ wie das allgemeine Wahlrecht und das Referendum welche die LCR vorschlägt, sind, weit davon entfernt ein Schutz gegen die Bürokratisierung zu sein, im allgemeinen Instrumente auf die bonapartistisch – plebiszitäre Regimes zurückgreifen. Stalin selbst sorgte dafür, dass das allgemeine Wahlrecht als „Wahlprinzip“ in der „sowjetischen“ Verfassung von 1936 verankert wurde, nachdem er durch eine Konterrevolution jegliche Räte-demokratie liquidiert hatte und die Moskauer Schauprozesse bereits in vollem Gange waren. Dazu schrieb Trotzki dass die Stalinsche Verfassung sich „von der alten [unterscheidet] durch die Rückkehr vom Sowjetwahlssystem nach Klassen- und Produktionsgruppen zum System der bürgerlichen Demokratie. das auf dem sogenannten „allgemeinen, gleichen und direkten“ Stimmrecht der atomisierten Bevölkerung fußt. Es handelt sich kurz gesagt um die rechtliche Liquidierung der Diktatur des Proletariats.“⁴⁰

Die auf dem „allgemeinen Wahlrecht“ aufbauende zukünftige Demokratie die sich die LCR vorstellt und die angebliche „Kombination von Systemen der Repräsentation“ ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Liquidation des Systems der Sowjetischen Repräsentation durch welches die Arbeiterklasse ihre Hegemonie ausübt⁴¹.

Tatsächlich ist der konkreteste Ausdruck des von der LCR vorgeschlagenen „Systems“, basierend auf „lokalen und regionalen Versammlungen“, kein Regime des Übergangs zum Sozialismus, sondern ihre „Skizze“ der Gesellschaft der Zukunft ist die Widerspiegelung der Erfahrung der „partizipativen Demokratie“ und des „partizipativen Haushalts“ welche die Schwesterorganisation der LCR in Porto Alegre umgesetzt hat. Was für Daniel

Bensaïd eine Art „institutionelle Doppelmacht“ darstellt⁴², ist nichts anderes als eine Anpassung an den herrschenden Possibilismus und eine offen reformistische Übung auf kommunaler Ebene, welche die Macht der Kapitalisten unangetastet ließ und so bewiesen hat, dass diese „radikale Demokratie“ vor dem Privateigentum halt macht und zu keiner sozialen Revolution führt.

Bürger oder Produzierende?

Um zu dem Problem der Beziehung zwischen politischer und sozialer Emanzipation zurückzukehren, A. Artous integriert in ein marxistisches theoretisches Schema die Arendtsche radikale Trennung der politischen Sphäre indem er sich die Idee zu eigen macht, dass sich die Freiheit in letzter Instanz durch die Ausweitung der politischen Rechte der Bürger verwirklicht.

In den Schlussfolgerungen seines Buches *Marx, der Staat und die Politik*, stellt er die These auf, dass man nicht denken könne, dass „die Beziehung zwischen politischer und sozialer Emanzipation einfach ein chronologische Abfolge darstelle. Die Zweite als auf die Erste folgend um sich in dem Verschwinden jeglicher politischer Macht auszudrücken. Die politische Emanzipation ist nicht nur eine einfache Phase in der modernen Geschichte, sondern ein unaufhörlich wiederholter Moment – da er unaufhörlich in Frage gestellt wird- einer Institution des Sozialen auf demokratischer Grundlage“⁴³.

Artous bemängelt eine „Unterschätzung des rechtlichen Moments der Emanzipation“ bei Marx und bezieht sich auf die Politik von Etienne Balibar, das Konzept der „égalité“, als (Anschein von) Universalität, als Gleichheit aller Menschen im Ursprung auf Grund ihres Sprecher-Seins, oder besser gesagt, als unbedingte–unmögliche–unendliche Forderung von Gleichheit und Freiheit welche das Potenzial hat die positive Ordnung des Staates zu sprengen.

In einer seiner folgenden Arbeiten⁴⁴, fordert Artous einen Dualismus zwischen „Produzierendem“ und „Bürger“ für die Übergangsgesellschaft. Obwohl er klarstellt, dass sein Ausgangspunkt die wirtschaftliche Emanzipation als Bedingung der politischen Emanzipation ist, womit die „Bürgerschaft“ ihren Charakter der formellen Gleichheit verlieren würde welche sie unter dem Kapitalismus hat, führt die-

ser Dualismus zwischen „Produzierendem und Bürger“ zu einem Bruch der Dialektik zwischen wirtschaftlicher und politischer Demokratie.

In seiner Vision brächte die Räte-demokratie als Demokratie der Produzierenden das Risiko einer Vereinigung von „Wirtschaft und Politik“ mit sich, was den Effekt der Freiheit beschränken würde da, laut seiner Theorie, die verstaatlichte Produktion die Trennung zwischen direkt Produzierenden und den Produktionsmitteln aufrechterhält, was unvermeidlich zu einer Autonomie der Produktionsplanung führt die in eine neue Art von Herrschaft abgleiten könne.⁴⁵ Dies macht die Behauptung unumgänglich, dass die Diktatur des Proletariats – nicht mehr nur ihre stalinistische Degeneration – die Keime in sich trägt, die zu einem totalitären Regime führen. Zweifelsohne ist die Arbeit in der Übergangsgesellschaft nicht „frei“ und es herrscht die falsche Gleichheit der bürgerlichen Gesellschaft, dies bedeutet bringt jedoch nicht die notwendige Konsolidierung einer „Wissensbürokratie“ mit sich.

Artous scheint als gegeben anzusehen, dass die „Rätedemokratie“ „an der Fabriktür halt macht“ und es keinerlei Möglichkeit der demokratischen Planung der Wirtschaft gibt. In gewissem Sinne scheint er die Entstehung einer an die Produktion gebundenen Bürokratie für unausweichlich zu halten⁴⁶.

Für Trotzki ist im Gegenteil die politische Demokratie unauflöslich mit der wirtschaftlichen Demokratie verbunden. In der *Verratenen Revolution*, in der er das wirtschaftliche Debakel der stalinistischen Staaten in den 70er Jahren um einige Jahrzehnte voraussah, schrieb er, dass „In einer nationalisierten Wirtschaft setzt *Qualität* Demokratie für Erzeuger und Verbraucher, Kritik- und Initiativfreiheit voraus, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei unvereinbar sind. (...) Die Sowjetdemokratie ist keine Forderung der abstrakten Politik, noch weniger der Moral. Leben und Tod hängt von dieser Frage ab.“⁴⁷.

Für Artous jedoch bedeutet die Ausübung der politischen Rechte die Unabhängigkeit der Bürgerschaft von der Produktion. Von diesem Standpunkt aus kritisiert er die russische Verfassung von 1918, da sie zwar ein Konzept der Bürgerschaft schafft welches unter dem Zarismus nicht existierte⁴⁸, und den

„Bürgern gleiche Rechte, unabhängig von ihrer Rasse oder Nationalität“ zugestand, aber diese „an einen sozialen Status bindet und nicht an das Recht des Menschen im Allgemeinen“. Seine Schlussfolgerung ist „Zu sagen dass die Bürgerschaft die Eigenschaft einer Person und nicht einer sozialen Gruppe von Lohnabhängigen oder Produzierenden ist, ist eine Art auf andere Weise zu wiederholen, dass man sich auch von der Arbeit befreien muss (...) bedeutet zu bejahen, dass das zentrale Ziel der Emanzipation ist, die Politik in den Mittelpunkt zu stellen: das heißt, die Institution einer bestimmten Dimension des Sozialen, die jenseits der Sphäre der Notwendigkeiten, den Menschen erlaubt zusammen zu leben“⁴⁹.

Artous Vorstellung von der Politik hat eine große Ähnlichkeit mit der von Hannah Arendt, beide sehen sie als einen Raum um „zusammen zu sein“. Aber außer in einer Gesellschaft die vollkommen frei von der „Herrschaft der Bedürfnisse“ ist, das heißt im Kommunismus, können die Menschen nicht „jenseits der Sphäre der Bedürfnisse“ zusammenleben einfach dank politischer Mittel. Trotzki hat auf unwiderlegbare Weise dargestellt wie selbst die stalinistische Bürokratie tief in der „Sphäre der Bedürfnisse“ des zurückgebliebenen Russland verwurzelt war. Dies machte nicht nur die Notwendigkeit der demokratischen Planung besonders deutlich, sondern auch die internationale Strategie der Revolution.

Klasse, Sowjet und Partei

Die „antiessentialistischen“ Theorien, die sich auf die stalinistische Karikatur stützen, behaupten, dass für den Marxismus eine transparente und einheitliche Beziehung zwischen dem Proletariat als sozialem Subjekt und seiner politischen Repräsentation gibt und dass dies sich direkt in der „Diktatur des Einheitspartei“ ausdrückt.

Dies ist eine grobe Verfälschung. Der klassische Marxismus hat die komplexe Beziehung zwischen Klasse und revolutionärer Partei geschichtlich aufgebaut, und die wichtigsten Erfahrungen des Proletariats in seiner Geschichte zu einer Organisationstheorie erhoben. Der Stalinismus ist nichts anderes als die Perversion dieser Beziehung.

Die Marxsche Konzeption einer Partei war geprägt von dem Schritt von der „Klasse an sich“ hin zur „Klasse für sich“⁵⁰. Im kommunistischen Manifest schrieb er, dass die „Organisation des

Proletariats als Klasse“ sei gleichbedeutend mit seiner „Organisation in einer politischen Partei“, was besagte, dass sich der Klassenkampf in einen politischen Kampf „proletarischen Partei“ gegen die „bürgerliche Partei“. In diesem Sinne „Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. (...) Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten“.⁵¹ Die Kommunisten stellten den „entschlossensten Sektor“ der Arbeiterparteien dar.

In Bezug auf dieses Konzept der Kontinuität zwischen der kämpferischen Aktivität der Arbeitermasse und ihrer politischen Konstitution führt Lenin eine „Erneuerung“ in die Theorie der Partei ein, ausgehend von seiner in der 1902 verfassten Schrift *Was tun?* dargelegten Vorstellung. Obwohl diese Schrift weiterhin Objekt vieler Polemiken ist, werden wir uns nicht auf die vielschichtige Problematik der Schrift oder die verschiedenen Kritiken die sie erweckt⁵² beziehen, sondern nur hervorheben, dass für Lenin, der davon ausgeht, dass keine organische Kontinuität zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen Kampf besteht, die zentrale Idee war, zu begründen, dass es keine transparente und mechanische Beziehung zwischen der Arbeiterklasse als Gesamtem und ihrer Politischen Repräsentation gibt. Lenin brachte dies deutlich in seinem Kampf gegen den Ökonomismus zum Ausdruck, indem er klarstellte, dass der Sozialismus nicht spontan aus dem Klassenkampf entsteht, sondern dass im Gegenteil die spontane Ideologie des Proletariats gewerkschaftsorientiert und daher bourgeois ist. Dies machte eine Organisation notwendig, welche die bewusstesten Elemente der Arbeiterklasse und unter den Intellektuellen gruppiert und die politische Autonomie in Bezug auf die gesamte Klasse und ihre Institutionen für den wirtschaftlichen Kampf auf-

rechterhält, und sich so hauptberuflich der Revolution widmet. So brach er mit der Vision einer evolutionären und linearen Vision der Partei, die ohnehin besser zur deutschen Sozialdemokratie passte als zu einer revolutionären Partei, die in ihrem Inneren andere klassistische Institutionen wie zum Beispiel die Gewerkschaften in einer hierarchischen Ordnung organisierte.

Falls in der ursprünglichen Vorstellung Lenins die Beziehung zwischen der Autoaktivität der Massen und der Partei noch nicht klar genug definiert war, so veranlasste ihn die Revolution von 1905 dazu, diese für den Kampf um die Macht zu synthetisieren. Kurz nach dem Petersburger Aufstand, schrieb Lenin im Rahmen einer Diskussion mit anderen, falschen Positionen über die Möglichkeiten der Sowjets in der bolschewistischen Partei kursierten: „Genosse Radin geht fehl, wenn er die Frage (...) so stellt: ‘Entweder Arbeiterdeputiertensowjet oder Partei’, da der Beschluss lauten muss: ‘Sowohl Deputiertensowjet als auch die Partei’“ Wie sah Lenin diese Beziehung? Der Sowjet stellte für ihn das Organ der breitesten Einheitsfront der Massen und „versammelte alle wirklich revolutionären Kräften“⁵³. Für ihn war er kein „Anhängsel der Sozialdemokratie“ und genauso wenig musste diese ihn ersetzen, sonder ihre Aufgabe war es um die Führung der Sowjets und für die proletarische Hegemonie in demselben zu kämpfen.

Im Einklang mit dieser Observation von 1905 ist die endgültige Formulierung Lenins dieser Beziehung ist: „Die Diktatur wird von dem in Sowjets organisierten Proletariat ausgeübt und von der kommunistisch bolschewisti-



Leo Trotzki 1917

schen Partei angeführt“.

Wenn Lenin der erste war, der diesen „Bruch“ in Bezug auf eine Vision der Einheit zwischen Partei und Klasse die in der klassischen Sozialdemokratie vorherrschte, war es Trotzki der in der auf der Höhe seiner politischen Reife⁵⁴, der eine dialektische Beziehung zwischen verschiedenen Sektoren der Arbeiterklasse, den Organen der Masseneinheitsfront, der Führungsrolle der revolutionären Partei, vor und nach der Machtübernahme und dem vielparteiigen Sowjet als Form der Diktatur des Proletariats.

In der *Verratenen Revolution* stellt Trotzki klar, dass das Verbot der Revolutionär Sozialistischen Partei und der Menschewistischen Partei nicht ohne politische Folgen blieb. Für die bolschewistische Regierung war jedoch „das Verbot der Oppositionsparteien [war] eine vorübergehende Maßnahme, diktiert durch Bürgerkrieg, Blockade, Intervention und Hunger.“⁵⁵, wurde von Stalin zur Norm gemacht, indem er die Partei als gleichbedeutend mit Klasse definierte. So stützte sich das Einparteiensregime auf die mechanische Überlegung, dass durch die „Realisierung des Sozialismus“ die Klassen verschwunden seien und mit ihnen auch die Parteien. Trotzki der davon ausging, dass die Machtübernahme an sich nicht die Abschaffung der Klassen mit sich brachte, antwortete ihm: „In Wirklichkeit sind die Klassen verschiedenförmig, von inneren Gegensätzen zerrissen; ihre gemeinsamen Aufgaben vermögen sie nicht anders als durch inneren Kampf der Richtungen, Gruppierungen und Parteien zu lösen. Man kann mit gewissen Vorbehalten beipflichten, dass „die Partei ein Teil der Klasse“ ist. Aber da eine Klasse viele „Teile“ hat – die einen schauen vorwärts, die anderen rückwärts – kann ein und dieselbe Klasse mehrere Parteien erzeugen. Aus demselben Grunde kann eine einzige Partei sich auf Teile verschiedener Klassen stützen. Ein Beispiel, wo einer Klasse nur eine Partei entspräche, ist in der gesamten politischen Geschichte nicht zu finden, vorausgesetzt natürlich, dass man nicht den polizeilichen Anschein für die Wirklichkeit nimmt.“⁵⁶.

Davon ausgehend entwickelt Trotzki das sowjetische Vielparteiensystem als programmatische Norm. Im Übergangsprogramm schreibt er, dass „Die Bürokratie hat die Sowjets als Klassenorgane durch den Schwindel

der allgemeinen Wahl im Stile von Hitler/Goebbels ersetzt. Es ist notwendig, den Sowjets nicht nur ihre freie demokratische Form, sondern auch ihren Klasseninhalt wiederzugeben. So wie früher die Bourgeoisie und die Kulaken nicht zu den Sowjets zugelassen waren, ebenso müssen jetzt die Bürokratie und die neue Aristokratie aus den Sowjets verjagt werden. (...) Die Demokratisierung der Sowjets ist undurchführbar ohne die Zulassung von sowjetischen Parteien. Die Arbeiter und Bauern selbst werden durch ihre freie Stimmabgabe zeigen, welche Parteien sowjetisch sind.“⁵⁷

Artous erkennt richtigerweise dass Trotzki der „einzige Führer der russischen Revolution war, der [den sowjetischen Pluripartidismus] zwischen den beiden Weltkriegen formulierte“ und das dies besonders überraschend ist, „wenn Gramsci, wie Perry Anderson feststellt, seine Überlegungen zum Stellungskrieg mit einer Verstärkung einer autoritären Vision der Partei verbindet“. Diese Konzeption Trotzkis die aus der Erkenntnis der sozialen Unterschiedlichkeit heraus entsteht, bleibt nicht auf das politische Regime einer postkapitalistischen Gesellschaft beschränkt sondern „die Position die Trotzki über den Multipartidismus entwickelt ist das Ergebnis einer Überlegung die nicht nur der Entwicklung der UDSSR Rechnung trägt, sondern die auch seine theoretische Arbeit über den Kampf um die Macht in den westlichen Ländern mit in Betracht zieht“⁵⁸.

Sei es in der kapitalistischen Gesellschaft o oder in der Übergangsgesellschaft, die Vielheit der Parteien in den Sowjets, oder in den Organismen der Arbeiterklasse und der Volksmassen, bedeutet in keiner Weise, dass die revolutionäre Partei den Kampf um die Führung für eine Konsens zwischen den verschiedenen Parteien aufgibt. Daher ist die Einschätzung Artous' falsch, dass Trotzki in seinen reifen Formulierungen der Partei, „teilweise zu seiner Vision von der Partei – Bewusstsein die sich in seinen Jugendtexten findet zurückkehrt“⁵⁹, was zu der Schlussfolgerung führen würde, dass es keinerlei Qualitätsunterschiede zwischen einer revolutionären proletarischen Partei und den zentristischen oder gar reformistischen Fraktionen und Parteien gibt, da ja tatsächlich alle mit ihren Positionen dazu beitragen, dass die Klasse ihre „gemeinsamen Ziele“ er-

reicht, was bedeuten würde die Politik in eine permanente Einheitsfront zu verwandeln.

Für Trotzki ist das Ziel der revolutionären Partei „alle Teile des Proletariats, alle seine Schichten, Berufe und Gruppen [müssen] in die revolutionäre Bewegung hineingezogen werden“⁶⁰, durch ein System von Übergangsforderungen, welche die Massen zur Übernahme der politischen Macht führen und zur Errichtung eines Regimes der Rätedemokratie. Um diese Aufgabe zu erfüllen, muss sie sich ständig mit andere Tendenzen auseinandersetzen da obwohl „Seiner sozialen Struktur nach [ist] das Proletariat die am wenigsten ungleichförmige Klasse der kapitalistischen Gesellschaft [ist]. Nichtsdestoweniger genügt schon das Vorhandensein von „Schichtungen“ wie der Arbeiteraristokratie und der Arbeiterbürokratie, um opportunistische Parteien zu schaffen, die durch den Lauf der Dinge zu Werkzeugen der bürgerlichen Herrschaft werden.“⁶¹.

Die Arbeiterklasse muss ihre Hegemonie über die anderen ausgebeuteten Klassen vor der Machtübernahme herstellen, da, wie Trotzki in seiner *Geschichte der Russischen Revolution* schreibt, „Aber keine historische Klasse erhebt sich aus der unterdrückten Lage zur herrschenden mit einem Male, sozusagen über Nacht, mag es auch die Nacht einer Revolution sein. Sie muss schon am Vorabend in bezug auf die offiziell herrschende Klasse eine höchst unabhängige Stellung eingenommen haben; mehr noch, sie muss die Hoffnungen der Zwischenklassen und -schichten, der mit dem Bestehenden Unzufriedenen, aber für eine selbständige Rolle Unfähigen, auf sich konzentriert haben.“⁶²

Dies macht noch einmal die Notwendigkeit deutlich, die Dialektik zwischen der Autodetermination der Massen und der revolutionären Partei wiederherzustellen, und schon vor der Revolution die Tendenzen der Arbeiter zur Bildung von Embryonen der Doppelmacht zu entwickeln und so die Grundlagen der neuen Arbeitermacht vorzubereiten.

Epilog. Noch einmal zu „Freiheit und Befreiung“

Die Liquidierung der sowjetischen Erfahrung durch den Stalinismus und die Revolutionen der Nachkriegszeit, die in ihrer großen Mehrheit von bürokratischen Parteien angeführt wur-

den (Bauern oder Guerilleros) stützen die liberale Theorie, dass die Revolution zwar eine gewisse „Befreiung“ erreichen kann nie aber die „Freiheit“.

In den letzten Jahren, seit dem Zusammenbruch de Stalinismus, hat sich eine Idee immer mehr durchgesetzt die, schematisch ausgedrückt, genau das Gegenteil der eben genannten Position ist, und zwar eine einseitige Reaffirmation des anderen Pols der Gleichung, nämlich, dass „Freiheit“ unabhängig von „Befreiung“ möglich ist. Dies drückt sich in zwei verschiedenen politischen Theorien aus: einerseits in der „pluralistischen Demokratie“ und andererseits im „Autonomismus“, die beide die soziale Emanzipation als Basis der politischen Emanzipation verleugnen, wenn auch aus anscheinend entgegengesetzter Richtung.

Wie ein guter Träumer, stellt sich Negri die „Immanenz“ des politischen im sozialen vor, das heißt dass die staatlich-politische Ebene aufgehört hat zu existieren und dass das Soziale -die „Multitud“- als Anhäufung von Einzelnen direkt und ohne die Mediation einer Instanz der politischen Repräsentation handelt. Daher hält er die Konzeption des „Sowjet“ sowie der „Partei“ für überholt, da ja die Demokratie „direkt“ sein würde und durch jedes Individuum der Multitud ausgeübt würde und verkündet den Kommunismus ohne irgendeine Übergangsform. Da dieses „Reich der Freiheit“ nur in den Büchern Negris existiert und die „Horizontalität“ des Sozialen sich im Politischen „vertikal“ ausdrückt, führt die Verneinung der Notwendigkeit einer revolutionären politischen Repräsentation der Arbeiter und der Unterdrückten, zu nichts anderem als der Unterstützung irgendeines „kleineren Übels“ dass das „real-existierende“ politische System anbietet, sei dies nun ein Lula, ein Kirchner oder irgendein anderer.

Dieser autonomistischen „Immanenz“ stellt Laclau ein „Moment der politischen Artikulation“ entgegen, und sagt eine „ausschließlich pluralistische Entwicklung des Sozialen voraus die den Moment der politischen Artikulation beiseite lässt selbst wenn sie soziale Kämpfe zunehmender Intensität auflöst, da sie auf lange Sicht politisch steril sein könne“⁶³. Allerdings sieht Laclau die Basis dieser „Artikulation“ oder „Hegemonie“ in fragmentierten sozialen Subjekten deren zufällige und prekäre Identitäten sich außerhalb der Produktionsbeziehungen konstruieren

und die daher zwangsweise ihren Ausdruck in poliklassistischen „historischen Blöcken“ oder „progressiven“ bürgerlichen Regierungen finden.

Entgegen dieser Vision die sich resigniert damit abfindet niemals die Schwelle des kapitalistischen Privatbesitz zu übertreten, hat die Arbeiterklasse im letzten Jahrhundert gezeigt dass in ihren Kräften eine neue konstituierende Macht liegt. Sowjet (Räte) und revolutionäre Partei: dies sind die unersetzbaren Terme der Gleichung aus der sich diese Macht ergibt. Eine Beziehung, die im Werke des reifen Trotzki ihre vollständigste programmatische Formulierung findet, und die wir für die Revolutionen des XXI Jahrhunderts wieder aufgreifen müssen, damit die „Befreiung“ auch der Weg zur „Freiheit“ ist, was für uns, genau wie für die Klassiker des Marxismus, nicht mehr und nicht weniger bedeutet als die kommunistische Gesellschaft.

Fußnoten

¹ „Daß Befreiung und Freiheit nicht dasselbe sind, daß Freiheit zwar ohne Befreiung nicht möglich aber niemals das selbstverständliche Resultat der Befreiung ist, daß der Freiheitsbegriff, der die Befreiung eigen ist, notwendigerweise nur negativ ist, und daß also die Sehnsucht nach Befreiung keineswegs identisch ist mit dem Willen zur Freiheit

– all das sind natürlich Binsenwahrheiten“, Arendt, H. Über die Revolution, R. Piper & Co Verlag München, 1965, S.34.

² Aufbauend auf dem Erbe der griechischen Polis reflektiert H. Arendt über die Trennung der politischen Sphäre als ein getrennter Raum für öffentliche Angelegenheiten von der Privatsphäre als Raum für Bedürfnisse in den die Familie und die Wirtschaft eingeschlossen sind. Die griechischen Bürger, die am politischen Leben teilnahmen, waren freie Männer, besonders die, die nicht in Armut waren und nicht arbeiten brauchten, da die Arbeit von Sklaven ausgeführt wurde. Während die Privatsphäre von den natürlichen Bedürfnissen des Überlebens des Individuums und der menschlichen Art beherrscht wurde, war die Sphäre der Polis eine der Freiheit. In ihrem Buch „The Human Condition“ argumentiert sie:

‘because all human beings are subject to necessity, they are entitled to violence towards others; violence is the prepolitical act of liberating oneself from the necessity of life for the freedom of world’. Arendt H.,

The Human Condition, University of Chicago Press, 1974, p.31.

³ Arendt H., On Revolution, S. 65. Toni Negri antwortet auf diesen irrigen Widerspruch in sich selbst, der typisch für die liberale Theorie ist, sehr genau, indem er erklärt, daß es „Nach Marx und Lenin nicht möglich ist, ohne irgendeine Erwähnung der ökonomischen Freiheit, der freien Produktion und der lebendigen Arbeit als politischen Grundlagen über politische Freiheit zu sprechen. Freiheit hat

folglich Befreiung zu werden, wobei Befreiung eine konstituierende Kraft ist.“ Negri, A. El poder constituyente. Ensayos sobre las alternativas de la modernidad [Konstituierende Kraft. Essays über Alternativen zur Modernität.] Ed. Libertarias/Prodhufi, Buenos Aires, 1994, p 367.

4 H. Arendt fängt ihr Buch Über die Revolution mit folgendem Satz an: „Kriege und Revolutionen, so meinte Lenin vor etwa fünfzig Jahren, würden das Gesicht des zwanzigsten Jahrhunderts bestimmen. Seither ist es, als hätten die Ereignisse nichts Eiligeres zu tun gehabt als diese Voraussage zu bestätigen“. Arendt, H. Über die Revolution, R. Piper & Co Verlag München, 1965, S.9.

5 Bauman, Z. In Search of Politics

, Polity Press, CambridgeUniversity Press, 2000. Die Phrase „Es gibt keine Alternative“ wird Margaret Thatcher zugeschrieben. Mit seinem üblichen Sarkasmus sagt S. „Niemand zieht noch ernsthaft mögliche Alternativen zum Kapitalismus in Betracht, da die allgemeine Vorstellung aus Visionen über den fortschreitenden „Zusammenbruch der Natur“, über das Ende alles Lebens auf der Erde besteht, scheint es einfacher zu sein, sich das „Ende der Welt“ vorzustellen als eine viel bescheidenere Änderung, die der Produktionsverhältnisse. Als ob der liberale Kapitalismus die „Realität“ ist, die irgendwie sogar unter den Bedingungen einer weltweiten ökologischen Katastrophe überleben wird.“ Mapping Ideology, Verso, 2000, S. 1.

6 Diese Theorien sollten eines Tages dem Test der nackten Fakten ausgesetzt werden. Es wäre z.B. eine sehr fruchtbare Erfahrung Holloway zu fragen, warum die Zapatisten nicht nur damit scheiterten „die Welt zu ändern ohne die Macht zu übernehmen“, sondern auch damit scheiterten, die Not der Ausgebeuteten in Mexiko oder Chiapas zu beenden. Ebenso sollte Laclau erklären, warum er „zwanzig Jahre nachdem sein Buch Hegemonie und Sozialistische Strategie erschienen ist, behauptet, daß Macht eine leere Bedeutung ist, offen von irgendeiner Gruppe „hegemonisiert“ zu werden, obwohl sie zweifellos bereits von der Bourgeoisie allein „hegemonisiert“ ist.

7 „Die Frage der Arbeiterpartei und –demokratie sollte formuliert werden im Reich der Ontologie (Liebknechts Volksfremdwörterbuch: Wissenschaft von der Wesenheit der Dinge – Anm. des Übersetzers), mit Verweis auf eine Ontologie, die alle trennenden Unterschiede des Sozialen und des Politischen hinter sich gelassen hat. Das Politische im Sozialen zu finden ist es nicht verwandt damit einen utopischen Platz zu finden; es produziert bereits eine neue Definition des Sozialen (...) In der Vergangenheit drehte sich der Diskurs (Liebknechts Volksfremdwörterbuch: Unterhaltung – Anm. des Übersetzers) über die Befreiung um ein utopisches Ziel, in Einklang mit einer Technik von stückweiser Überbestimmung der Entwicklung vom Sozialen in das Politische, bis das letztere überragte und in das Soziale zurückkehrte. Heutzutage ist so ein Diskurs teilweise ein mystisches Gemenge geworden, benachteiligt durch eine Menge Hierarchie, die sich in der Trennung des Sozialen und des Politischen gründet, hat er sich selbst darin erschöpft, den Weg zu Taten der Befreiung zu ebnet.“ Negri, A. 'An Interpretation on the Class Position today:

Methodological Concerns', in: Guattari, F.& Negri, A., Las verdades nómadas & General Intellect, poder constituyente, comunismo [Nomadische Wahrheiten & Allgemeiner Verstand, Konstituierende Macht, Kommunismus] Ed. Akal, Madrid, 1999, S. 112/113.

8 Z.B. haben zwei der bekanntesten Theoretiker der Demokratie wie C. Castoriadis und C. Lefort einen trotzkistischen Ursprung. Sie begannen damit, die Definition des „degenerierten Arbeiterstaats“ zu kritisieren und landeten dabei auf einem Standpunkt des „bürokratischen Kapitalismus“ in der UdSSR, wie Castoriadis. Auf einer weiteren Stufe brachen beide mit dem Marxismus und vergaßen Trotzki's Kampf gegen Stalin, um stattdessen eine „These“ zu entwickeln, die seitdem Allgemeingut geworden ist, daß der Embryo des Stalinismus in der bolschewistischen Partei selbst lag.

9 'Agonism' ist die Grundlage pluraler (Liebknechts Volksfremdwörterbuch: mehrheitlicher – Anm. des Übersetzers) Demokratie. Der Begriff verweist auf einen ständigen Kampf, der sich wegen der zwangsläufigen Natur von Antagonismen (unlösbarer Widersprüche – Anm. des Übersetzers) auf politischem Gebiet entwickelt. Aber die kämpfenden Parteien sind nicht „Feinde“ sondern „agonists“, weil beide trotz ihres Antagonismus die selbe demokratische Ethik (Liebknechts Volksfremdwörterbuch: Sittenlehre – Anm. des Übersetzers) teilen. Chantal Mouffe ist die Denkerin, die diese Theorie der Demokratie am meisten entwickelt hat.

10 Die Diskussion entwickelte sich um eine Artikelserie, die

Eduard Bernstein in der Zeitschrift Die Neue Zeit 1896-98 veröffentlichte. 1899 wurden sie von ihrem Autor in einem Buch mit dem Titel Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie zusammengefaßt, das 1909 unter dem Titel Evolutionary Socialism ins Englische übersetzt wurde. Zur Zeit als diese Diskussion stattfand hatte Bernstein beachtliches Ansehen in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie, hauptsächlich weil er wie Kautsky einer von Engels' Schülern und engsten Freunden war. Die Diskussion berührte die Leiter und bekanntesten Theoretiker der Zweiten Internationale wie K. Kautsky, R. Luxemburg, A. Labriola, Plechanov and Parvus.

11 Ohne die geringste Sorge zu zeigen, seine Behauptungen zu beweisen, da das 20. Jahrhundert Bernsteins Auffassung nicht bestätigte, sagt laclau weiterhin: „Bernstein verstand klar, daß weiterer Fortschritt in der Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft von autonomen Initiativen verschiedener Stellen der sozialen Fabrik abhängen würde, wobei die gestiegene Arbeitsproduktivität und die erfolgreichen Arbeiterkämpfe eine kombinierte Wirkung hätten. Das bedeutet, die Arbeiter hörten auf „Proletarier“ zu sein und wurden „Staatsbürger“ (...) Bernsteins Standpunkt war ohne Zweifel ein sehr vereinfachender und optimistischer aber seine Voraussagen waren grundsätzlich richtig.“ 'Postmarxismo sin pedido de disculpas' ['Postmarxismus ohne Bedauern'], mit C. Mouffe, in: Nuevas reflexiones sobre la revolución de nuestro tiempo [Neue Überlegungen über Revolution in unserer Zeit], Ediciones Nueva Visión, Argentina, 2. Auflage, 2000, S. 143

12 Bernstein, E.: Die Voraussetzungen des

Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie

13 Die Grundlagen dieser Kritik wurden von Böhm-Bawerk gelegt. Wie Bernstein in seinem Buch sagt, führt er keine Originalkritik sondern führt nur Bemerkungen an, die bereits vorher entwickelt wurden. Er beansprucht nur „etwas das nicht unbekannt war sondern bereits gesagt wurde hervorzuheben“.

14 Um eine Diskussion über diese Strömungen ziehe den Artikel „Challenging the ideology of 'what is possible' A discussion on the dominant ideas of our epoch from a Trotskyist perspective“, unter: <http://www.ft.org.ar/estrategia/ei21/ingles/EI21Ideology.htm>.

15 Diese reformistische Perspektive wird von einer ganzen Reihe von Gruppen geteilt: einige lokale Bezirksverwaltungen und Regierungen, wie der Bürgermeister der brasilianischen Stadt Porto Alegre, NGOs, gesellschaftliche Gruppen und Vereinigungen wie A T T A C . Diese Sorte von Leuten ist für jede Art von Reformen, sowohl auf staatlicher Ebene als auch auf dem Finanzsektor. Sie dominieren innerhalb der 'no-global', später umbenannt in 'altermundi'- Bewegung, die sich um das Weltsozialforum herum sammelt.

16 Er glaubte an die „zivilisierende“ Rolle des westlichen Kapitalismus in dem Ausmaß, daß er in diesem selben Buch ein Kapitel einfügte, in dem er die fortschrittliche Natur des Kolonialismus verteidigte, speziell bezogen auf die guten Wirkungen der Kolonisierung Marokkos.

17 Bernstein sagt: „Durch das Niveau, das die ökonomische Entwicklung erreicht hat, gibt es mehr Raum für die ideologischen und ethischen Faktoren hinsichtlich unabhängiger Aktivitäten. Die ökonomische Evolution verliert einen Teil ihrer Kraft um das Vorbild für die Evolution anderer sozialer Tendenzen zu werden.“ Was Laclau und post-strukturalistische Theorien allgemein betrifft, so geht es um eine sogenannte „anti-essentialistische“ Epistemologie, geleitet von Eventualitäten, zu deren Grundlagen die Sprachwissenschaft und der Standpunkt, der das Soziale als einen Diskurs darstellt, gehören. Für eine tiefere Diskussion siehe: 'The Sham of Post Marxism', in Estrategia Internacional Nº 20.

18 In einem von C. Mouffe, Laclaus Schülerin, geschriebenen Artikel lesen wir: „es ist wichtig liberale Demokratie von demokratischem Kapitalismus zu unterscheiden und es in Begriffen zu verstehen, die die klassische politische Philosophie ein Regime nannte, eine politische Form der Gesellschaft die nur auf politischer Ebene besteht, seine mögliche Artikulation mit einem gegebenen politischen System beiseitelassend.“ Mouffe, Ch... The Democratic Paradox, Verso, London, 2000.

19 Laclau, E. New Refelction on the revolution of our Time, Ediciones Nueva Visión, Argentina, 2. Auflage, 2000, S. 144.

20 Und er setzt fort: „Die altgriechische Gesellschaft war eine sklavenhaltende Demokratie. Und das selbe gilt, bis zu einem gewissen Grad, für die britische, niederländische, französische und belgische Demokratie. Die Vereinigten Staaten haben scheinbar keine Kolonien aber sie kontrollieren Lateinamerika und der Rest der Welt ist eine

Art Kolonie der Vereinigten Staaten, nicht zu erwähnen die Tatsache, daß sie den reichsten Kontinent besitzen und sich frei von jeder feudalen Tradition entwickelt haben.“Trotsky, L. „Discussions on the Transitional Programme“, Ediciones Crux, S. 157.

21 Das ist der Name der einem Programm-entwurf gegeben wurde, der einem Vereinigungsparteitag zur Diskussion gestellt wurde, der 1875 in Gotha abgehalten wurde. Dabei wurden die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vereinigt. Marx selbst kritisierte scharf den Programm-entwurf, der eher das Erbe Lassalles verkörperte als den revolutionären Marxismus. In Bezug auf die Klassenfrage stellte das Gothaer Programm fest, daß alle sozialen Klassen gegenüber dem Proletariat ein reaktionäre Masse darstellen.

22 In vielen Werken Laclaus wird auf das Gesetz der kombinierten und ungleichmäßigen Entwicklung Bezug genommen, z.B. in seinen New Reflections on Revolution in our Time behauptet er, daß „die Tendenz strukturellen Wandel in die Achse der politischen Strategie zu wenden wird betont werden und einen großen Teil seines reichen Potentials in Trotzki's Werk entwickeln. Für Trotzki hängt selbst die Wahrscheinlichkeit der revolutionären Aktion von der strukturellen Ungleichheit ab. Laßt uns seine permanente Perspektive in seinen Werken über die Revolution von 1905 überprüfen (...) Die strukturelle Nichtübereinstimmung zwischen Proletariat und Bourgeoisie war die Wurzel der Unfähigkeit der Bourgeoisie, eine führende Rolle in der demokratischen Revolution zu spielen. Letztere würde durch das Proletariat hegemonisiert werden und, nach Trotzki's Meinung, das bringt die Notwendigkeit mit sich, über die demokratischen Aufgaben hinauszugehen und in sozialistische Richtung voranzuschreiten.“ a.o.a., S. 63-64.

23 Das Konzept der „Bürgerschaft“ geht weit in die Geschichte zurück. Im Alten Griechenland bedeutete das Wort „Bürger“ die Mitgliedschaft in der Polis. Gemäß Aristoteles war der Bürger der, der das Recht hat, an der politischen Verwaltung seiner Gemeinschaft teilzunehmen. Sowohl Fremde als auch Sklaven waren ausdrücklich von diesem Recht ausgenommen, weil nur ein Mann, der nicht zu arbeiten brauchte, politisch frei sein konnte. Deshalb war Bürgerschaft der politische Ausdruck der sozial-ökonomischen Position. Die theoretischen Grundlagen des Konzepts der Bürgerschaft sind in Lockes Liberalismus zu finden, zu einer Zeit, als die Bourgeoisie im Aufstieg war. Er betonte die Vormachtstellung des Individuums und des Eigentums als Voraussetzungen für das Recht auf Bürgerschaft. Bürgerschaft war damals eine fundamental revolutionäre Idee für den Kampf der Bourgeoisie gegen den Feudalismus, als Ruf nach dem Ende der Privilegien, die Adel und Klerus genossen. Eine seiner radikalsten Formulierungen ist in J.J. Rousseaus Anklage des ancien regime zu finden. Die Französische Revolution von 1789 verwarf das Eigentum als eine nötige Voraussetzung indem sie erklärte, alle Bürger seien gleich vor dem Gesetz. Aber die erste Verfassung brachte zwei Arten von Bürgern, die aktiven, die das Recht hatten zu wählen und eine Minderheit waren, und die passiven, die

keine bürgerlichen Rechte hatten. Unter dem Kapitalismus tendiert die Bürgerschaft dazu, die soziale Ungleichheit hinter der juristischen Gleichheit gegenüber dem Staat zu verstecken. Politische Rechte wie das allgemeine Wahlrecht wurden allen Bürgern zugänglich als Ergebnis harter Kämpfe von Arbeitern und Frauen, die fortschreitend das Wahlrecht eroberten, das sich zwischen dem Anfang und der Mitte des 20. Jahrhunderts durchsetzte. Der Hauptstoß der Idee des „Bürgers“ der Bourgeoisie ist auf die endgültige Trennung der ökonomischen Sphäre

– durchschnitten durch den Antagonismus der Kapitalist und Arbeiter entgegenstellt

– von der politischen Sphäre, wo dieser Gegensatz verwischt ist und juristische Gleichheit aller Einwohner eines gegebenen Staates besteht, wo jedes einzelne Individuum frei ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen oder nicht. Im bürgerlichen politischen System ist die Bürgerschaft eine abstrakte Kategorie, die die Klassenkonflikte verbirgt, die die Gesellschaft trennen. Natürlich sind auch soziale Ziele enthalten wie das Recht auf Gesundheitsversorgung und öffentliche Bildung, die sich hauptsächlich nach dem II

. Weltkrieg durchsetzten und heute zurückgedreht werden. In den entwickeltesten Ländern sind Immigranten jedoch von diesen Grundrechten der Bürgerschaft ausgeschlossen.

24 Bernstein nimmt alle klassischen Themen des Liberalismus auf und stellt sie als wissenschaftliche Wahrheit dar. Wie Luxemburg sagt: „Sich selbst bis zum Schluß treu bleibend änderte er nicht nur seine Wissenschaft, Politik, Moral und Denkmethode sondern auch die historische Sprache des Proletariats in die der Bourgeoisie. Wenn er die Idee des „Bürgers“ gebraucht um sowohl Bourgeoisie als auch Proletariat zu bezeichnen, in der Bedeutung von gewöhnlichen Menschen, setzt er ein Gleichheitszeichen zwischen gewöhnlichen Menschen und Bourgeois und auch zwischen menschlicher Gesellschaft und bürgerlicher Gesellschaft.“ Reform oder Revolution, Gesammelte Werke, Band I, ediciones pluma, Argentina, 1976, S. 107.

25 Butler, J.; Laclau, E; Zizek, S. Contingencia, Hegemonía, Universalidad. Diálogos contemporáneos en la izquierda. [Kontingenz, Hegemonie, Universalität. Gegenwärtige Dialoge in der Linken.] Fondo de Cultura Económica, 1. Auflage, Buenos Aires, 2003, S. 316.

26 Die LCR ist die wichtigste Sektion des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationalen. Nebenbei ist sie eine der wichtigsten Gruppen der Welt, die sich zum Trotzismus bekennen.

27 Was als „Eurokommunismus“ bekannt wurde war die von verschiedenen Kommunistischen Parteien begonnene Wendung, hauptsächlich der in Italien, Frankreich und Spanien und zu einem gewissen Grad in England, Belgien und der Schweiz, in den 70er Jahren. Sie ließen die Diktatur des Proletariats formell fallen und erklärten sich für unabhängig von der KP der Sowjetunion, somit nahmen sie ihre Politik der Klassenkollaboration in das Programm auf. Obwohl es nicht ein homogenes theoretisches Gedankengebäude war, ging es ungefähr davon aus, daß Demokra-

tie in westeuropäischen Ländern der einzige Weg ist, die Herrschaft des Monopolkapitals zu überwinden und Sozialismus durch demokratische Mittel erreicht werden würde. Es wurde ein politischer Standpunkt sehr nahe

bei dem der Sozialdemokratie eingenommen, die auch das allgemeine Wahlrecht als privilegiertes Werkzeug für sozialen Wandel verteidigte. Etienne Balibar schrieb sein 'Sur la dictature du prolétariat' 1976, ein Buch in dem er der Wendung der Französischen KP zum Eurokommunismus widerspricht. Er streitet gegen die Behauptung, daß die marxistische Staatstheorie überlebt sei, weil sie von allen nur ihre repressiven Aspekte in Betracht zieht, Behauptungen, die denen die heute von den Intellektuellen der LCR entwickelt werden, sehr ähnlich sind.

28 Die LCR behauptet, daß solch ein Vergleich kleingeistig sei, weil, anders als bei der Französische KP, die Änderung, die sie in ihrem Programm vornahm, nicht mit sich bringt, auf einen Kampf für „Selbstverwaltungssozialismus, eine unbegrenzte Demokratie, die Macht der Arbeiter einschließlich der Arbeiterinnen, also der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, gegen die Diktatur der Aktionäre“ zu verzichten.

29 Unter den demokratischen Aspekte, die das Gothaer Programms aufstellte, war der Kampf des Proletariats für einen „freien Staat“. Für Marx war dies jedoch unmöglich. In seiner Kritik stellt Marx folgendes fest: „

Es fragt sich dann: Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft untergehen? In andern Worten, welche gesellschaftliche Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Worts Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher. Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die

revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

30 Trotzki, L.: Die Revolution von 1905, Kap. 22: Die Bilanz der Revolution.

31 Carr EH, Geschichte der russischen Revolution. Die Revolution der Bolschewiki (1917-1923), Alianza Editorial, Madrid, 1973, S. 169. Der große Chronist der russischen Revolution, John Reed, macht folgende Erzählung über die Sowjets in jener Periode: „No political body more sensitive and responsive to the popular will was ever invented. And this was necessary, for in time of revolution the popular will changes with great rapidity. For example, during the first week of December 1917, there were parades and demonstrations in favour of a Constituent Assembly—that is to say, against the Soviet power. One of these parades was fired on by some irresponsible Red Guards, and several people killed. The reaction to this stupid violence was immediate. Within twelve hours the complexion of the Petrograd Soviet changed. More than a dozen Bolshevik deputies were withdrawn, and replaced by Mensheviks. And it was three weeks before public sentiment subsided — before the Mensheviks were retired one by one and the

Bolschewiki sent back..

Dieses Abwählbarkeitsprinzip, das dieses Organ der „sensitive and responsive to the popular will“ galt auch bei der Führung, denn „If his leadership were unsatisfactory, Lenin could be recalled at any moment by the delegation of the masses of the Russian people, or in a few weeks' time directly by the Russian people themselves.“ Allgemeiner gesagt, „if any considerable part of Russia were seriously opposed to the Soviet government, the Soviets could not last an hour.“ Auszüge aus John Reed, „Soviets in Action“ First Published: October 1918 in The Liberator. Online Version: John Reed Internet Archive (marxists.org) 2000.

32 Sogar bezüglich der außergewöhnlichen Periode des Bürgerkriegs ist es interessant, E. H. Carrs Forschungen anzusehen, weil er einen detaillierten Bericht darüber gibt, wie die Menschewiki und die SRs wegen ihrer die Reaktion unterstützenden Politik verboten, trotzdem aber weitgehend toleriert wurden, ihre Presse regelmäßig herausgaben, ihre Parteitage abhielten und sogar mit ihren eigenen Ausweisen an den Sowjetkongressen teilnahmen.

Der Kritik eines bolschewistischen Delegierten auf dem Parteitag 1919 antwortend, der sich gegen die Aufhebung des Verbots von Menschewiki und SRs wandte, sagte Lenin: „Wir sind oft gezwungen, die Linie unseres Verhaltens zu ändern und das mag befremdlich erscheinen und einem oberflächlichen Beobachter schwer verständlich sein. „Was ist das?“ würde er sagen. „Gestern machte man Versprechungen an das Kleinbürgertum und heute sagt Dzerzhinski daß sowohl Menschewiki als auch SRs vor das Erschießungskommando z

u schicken sind. Was für ein Widerspruch!“ Ja, das ist ein Widerspruch, aber es gibt auch einen Widerspruch im Verhalten der kleinbürgerlichen Demokratie, die nicht weiß, wo ihr Platz ist, die versucht gleichzeitig auf zwei Stühlen zu sitzen, von einem zum anderen springend, jetzt auf der Linken und dann auf der Rechten... Darauf antworten wir: „Ihr seit keine ernsthaften Gegner, unser ernsthafter Gegner ist die Bourgeoisie. Aber falls ihr auf ihrer Seite seid, dann würden wir gezwungen sein, die Maßnahmen der proletarischen Diktatur auch gegen euch anzuwenden.“ Carr, E. H., a.a.O., S. 191.

33 „Nouveaux statuts de la LCR, Et la dictature du prolétariat ?“, in Rouge Nr. 2040, 20/11/2003.

Wie die Postmarxisten hat die LCR angefangen eine Position anzunehmen, die zur Gleichsetzung zwischen dem sowjetischen Regime unter den Bolschewiki und dem Stalinismus führt.

Im zitierten meint Artikel F. Ollivier: A la manière des post-marxistes, la LCR a cependant commencé à articuler une position qui tend à mettre sur un pied d'égalité le régime soviétique à l'époque du parti bolchévique et sous le stalinisme. François Ollivier souligne ainsi dans l'article que nous venons de citer qu'au nom „de la dictature révolutionnaire du prolétariat, conçue comme un régime d'exception dans des circonstances exceptionnelles, Lénine, Trotsky et beaucoup d'autres dirigeants bolcheviks ont pris des mesures qui ont progressivement asphyxié la démocratie au sein des nouvelles institutions

révolutionnaires. On a assisté à la substitution du pouvoir du parti à la démocratie des soviets, à la perte de substance des conseils et comités, au refus de convoquer une nouvelle assemblée constituante, puis à l'interdiction des tendances au sein même du parti bolchevik. L'exercice de la dictature du prolétariat en Russie, y compris entre 1918 et 1924, s'est traduit par la fusion de l'Etat et du parti, ainsi que par la suppression progressive de toutes les libertés démocratiques... Im gleichen Sinne behauptet Antoine Artous in seinem Kommentar zum Olivier Besancenots Buch, dass „le regard critique porté sur les premières années de la Révolution russe d'octobre 17, alors que chez les „trotskistes“ il est traditionnel d'opposer radicalement cette période avec l'URSS stalinienne“. Und fügt hinzu, dass „toutefois, il a bien existé de façon récurrente deux approches de ce bilan. L'une -disons classique- met l'accent sur l'ensemble des conditions „objectives“ (guerre civile, état du pays, etc.) permettant de rendre compte des problèmes rencontrés, et explique que le comportement de la direction bolchevique était essentiellement pragmatique. L'autre souligne également les effets des conditions „subjectives“: le développement chez les bolcheviks non seulement de pratiques, mais de conceptions autoritaires du pouvoir. Le livre se situe, à juste titre, dans cette seconde approche.“ Voir ARTOUS Antoine, „La révolution c'est la démocratie jusqu'au bout...“, in Critique Communiste Nr. 169-170, Seite 42.

34 O. Besancenot ist die neue Öffentlichkeitsfigur der LCR und war 2002 Kandidat zur Präsidentschaft.

35 1977 veröffentlichte das VS den Beschluß „sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats“ in dem es sich für die sowjetische Demokratie und das Mehrparteiensystem aussprach, was aber das VS nicht hinderte, sich an die verschiedensten Bürokratien wie das castristische Regime oder den Sandinismus zu hängen. Später setzte es seine „demokratischen“ Hoffnungen auf Gorbatschows Glasnost.

36 ARTOUS Antoine, „La révolution c'est la démocratie jusqu'au bout...“, in Critique Communiste Nr. 169/170, Seiten 43 und 44. In der selben Zeitschrift Isaac Johsua behauptet, dass Marx und Engels eine eher fragmentarische Sicht des bürgerlichen Staates hatten und dass „Lénine ne retient que le seul aspect répressif“(p.50) de la définition d'Engels de l'Etat.

Lénine en déduirait donc que face à ce pouvoir spécial de répression de l'appareil d'Etat bourgeois il faut opposer un pouvoir spécial de répression prolétaire qui maintiendrait ce caractère répressif, bien qu'entre les mains de la majorité de la population. Il s'agit-là évidemment d'une interprétation biaisée de L'État et la révolution, puisque Joshua ne fait pas la moindre mention du programme démocratique radical que pose Lénine comme forme d'organisation de l'Etat. Son caractère répressif répond au fait que tout Etat implique domination de classe, mais cette domination est exercée exclusivement contre la bourgeoisie et l'autocratie. Pour revenir au terrain des définitions, Joshua dit que l'État est le „le lieu de l'hégémonie politique de la bourgeoisie sur la société, le lieu où se nouent les alliances de classes (p. 51)“. C'est vrai que depuis l'époque de Marx

et de Lénine, la bourgeoisie a parfait sa machinerie d'Etat et les mécanismes de consensus, mais la domination bourgeoise n'est pas seulement l'exercice de l'hégémonie, elle est combinée à la force répressive, qui, comme à l'époque de Marx ou Lénine, continue à être la dernière ressource de la bourgeoisie lorsque le pouvoir bourgeois est menacé. En ce qui concerne le suffrage universel ou les plébiscites, Joshua souligne que „les formes d'auto-organisation, bases du nouveau pouvoir politique, peuvent très rapidement se vider de leur contenu. Si c'est le cas, les fonctions publiques ont tendance à se cristalliser dans des institutions et des organes permanents (...) „[il faut donc instituer des formes permanentes] qui favorisent l'irruption de 'ceux d'en bas' quand les circonstances s'y prêtent : référendum d'initiative populaire (...)“ (p. 55) „Bezüglich des allgemeinen Wahlrechts oder Referendums, behauptet Joshua, dass 'the forms of self-organization, the foundations for a new political power, can be totally gutted out (...) with public functions cristalising in permanent institutions and organs'; so permanent forms should be created 'to make room for an upheaval from «below» in the shape of a referendum or popular initiatives.'

37 „Richtig verstanden beinhaltet jedes Projekt einer radikalen Demokratie eine sozialistische Dimension weil es nötig ist den kapitalistischen Produktionsverhältnissen ein Ende zu setzen, die die Wurzel der verschiedenen Formen der Sklaverei sind. Aber Sozialismus ist einer der Bestandteile einer radikalen Demokratie und kein anderer Weg darum herum.“ Laclau, E. & Mouffe, C. Hegemonía y estrategia socialista. Hacia una radicalización de la democracia [Hegemonie und Sozialistische Strategie. Zu einer Radikalen Demokratie.] Fondo de Cultura Económica de Argentina, 2. Auflage, Buenos Aires, 2004, S. 224. Laßt uns nebenbei festhalten, daß Laclau noch 1985 Konzepte wie „Sozialismus“ oder „kapitalistische Produktionsverhältnisse“ anwandte, die seitdem aus seiner theoretischen Perspektive völlig verschwunden sind.

38 Arendt, H. Crisis de la república [Die Republik in der Krise] Taurus, 1999, S. 232. Ähnliche Standpunkte können in anderen Texten wie On Revolution gefunden werden, wo die Beispiele zu den antistalinistischen Revolutionen zurückgehen, wie die von 1956 in Ungarn. H. Arendt denkt daß es einen unüberwindlichen Widerspruch zwischen dem demokratischen Ausdruck der Räte einerseits und den Massen- und revolutionären Parteien andererseits gibt. Das führt sie zu einer vereinfachten Sicht auf die Degenerierung der UdSSR, weil sie darin endet, die bolschewistische Partei und Lenin selbst dafür verantwortlich zu machen. H. Arendt verwendet jedoch den Begriff „Totalitarismus“ nur für die Regimes der Nazis und des Stalinismus, wobei die ersten Jahre der Russischen Revolution als gegensätzlich zum Totalitarismus definiert werden, die sie als „bolschewistische revolutionäre Diktatur“ bezeichnete. Aber nach H. Arendts Meinung ist die revolutionäre Diktatur (die der Bolschewiki und die der Jakobiner) auf die „Intensivierung der revolutionären Bewegung“ angewiesen. Das Paradox, ihrer Meinung nach, besteht darin, daß diese Art „permanenter Revolution“ nur unter der Bedingung bestehen konnte, daß die „Diktatur“ aufrechterhalten wurde, da die Revolutionäre entweder sich selbst aufgaben

oder das Ende der Revolution und die Einsetzung einer verfassungsmäßigen Regierung verhinderten und dadurch ihre Ziele erreichten. Trotz ihres erklärten „antileninistischen“ Herangehens wurde ihr Verständnis von einer ganzen Reihe von Akademikern und Theoretikern der liberalen Demokratie unter Feuer genommen., die dazu tendieren, daß ihre Beurteilung des Totalitarismus als auf den Stalinismus und Nazismus beschränkt „eine Begründung für solche Regime wie das sowjetische unter Lenin gibt.“

39 Falls wir das „demokratische“ Kriterium annehmen würden, das von der LCR verteidigt wird, sollten wir z.B. das Entgleisen der Revolution in Nikaragua durch allgemeine Wahlen in einem gesetzmäßigen Prozeß beachten, obwohl sie nicht in einen Arbeiterstaat führte.

Und das obwohl die Sandinistische Front die Macht an die proamerikanische Präsidentin Violeta Chamorro übergab.

40 Leo Trotzki: Verratene Revolution. Sowjets und Demokratie.

41 Sowohl in der argentinischen MAS (Bewegung zum Sozialismus) als auch in der Partido Obrero (Mitglied des CRQI) veröffentlichte Kritik zur Stellungnahme der LCR, ist bezeichnenderweise keine Rede von den Sowjets als konkrete Art der Organisation der Diktatur des Proletariats. Der MAS, obwohl „sehr kritisch“ bei der Forderung der Losung der verfassunggebenden Versammlung in den semikolonialen Ländern, um den Massen die Erfahrung bis zum Ende mit ihren eigenen Illusionen und demokratischen Sehnsüchten zu ermöglichen, und dabei die Bildung von Organisationen der Selbstbestimmung, stimmt mit der LCR über die „Kombinierung“ von einer Reihe von formellen Maßnahmen wie das allgemeine Wahlrecht überein, ohne ein Bezug zur Struktur und Klassenperspektive. Statt Maßnahmen vorzuschlagen, die im Sinn der Vertiefung der Arbeiterdemokratie wären. D.h., der MAS stimmt mit der LCR darin überein, die Diktatur des Proletariats aufzulösen. Somit löscht es mit einem Federzug die Sowjets und die Beziehung zwischen diesen und der revolutionären Partei in der Übergangsphase. Auf andere Wege gelangt die PO zu einem ähnlichen Ergebnis, das „orthodox“ Formel wiederholt wird, aber keinen konkreten Inhalt hat. Es scheint, daß die „Norm“ für die PO bezüglich der Übergangsgesellschaft eher einer bürokratischen Diktatur als der revolutionären Diktatur des Proletariats ähnelt. In dem langen von Jorge Altamira unterzeichnete Dokument „programmatische Thesen für die IV° Internationale“, gibt es nur eine kurze Erwähnung der Arbeiterräte im Unterpunkt 1 vom Punkt 25, die sich auf allgemeinen Hinweise, die die „IV° Internationale geben würde“, um die politische Revolution in Kuba erfolgreich durchzuführen. Aber im Punkt über „die Frage der Macht, der Partei und der IV° Internationale“ werden kein einziges mal die Organe erwähnt, die nach Trotsky „der Embryo des neuen proletarischen Staates“ bildeten. Der Artikel von J. Altamira wurde in der Zeitschrift „en defensa del marxismo“ Nr. 33 (www.po.org.ar) veröffentlicht. Die Kritik der MAS ist in der Zeitschrift Socialismo o Barbarei vom April 2004 unter dem Titel „El concepto de „dictadura del proletariado“, la LCR francesa y las críticas del PO argentino“ geschrieben von Isidoro Cruz Bernal.

42 Bensaïd D. Le sourire du Spectre. Nouvel esprit du communisme, Editions Michalon, Frankreich, 2000, Seite 197.

43 Artous, A. Marx, I

'Etat et la politique, Editions Syllepse, Frankreich, 1999, Seite 356.

44 Artous, A. Travail et émancipation sociale. Marx et le travail, Editions Syllepse, Frankreich, 2003.

45 Artous behauptet, daß der sowjetische etatismus die Produzenten von den Produktionsmitteln getrennt haltend, bei fortgesetzter Existenz der Teilung zwischen Hand- und Kopfarbeit, eine getrennte Sphäre der Produktion förderte, die dazu tendierte sich zu reproduzieren. Mit den Mitteln des bürokratischen Kommandos regierte der kapitalistische Despotismus die Fabriken. Obwohl die LCR offiziell niemals einen bürokratisch kollektivistischen Blick auf die UdSSR annahm und bei Trotzki's klassischer Definition eines degenerierten Arbeiterstaats blieb, scheint Artous zu dieser Position zu driften. In seinem Buch ist die Idee eines degenerierten Arbeiterstaats nach der siegreichen stalinistischen Konterrevolution enthalten. Weiterhin sagt er, daß sowohl Trotzki als auch Lenin die Auswirkungen des Despotismus am Arbeitsplatz in der Übergangsgesellschaft vernachlässigten, der dazu tendiere, sich selbst zu reproduzieren, genau wie Marx es über die kapitalistische Gesellschaft gesagt hat.

46 Genau deshalb zitiert er in seinem Buch M. Webers bekannte „Vorahnung“ von 1917 über die Russische Revolution und die Tendenzen zur Bürokratisierung, die er selbst in der Evolution des Kapitalismus beobachtete.

Weber zog in Erwägung, daß eine stückweise Beseitigung des Privatkapitalismus möglich wäre, wenigstens in der Theorie. Jedoch würde das nicht zur Beseitigung des unmenschlichen „eisernen Käfigs“ der industriellen Arbeit führen, wenn private Unternehmensmanager durch die Staatsbürokratie ersetzt werden, die nicht ohne Zwänge herrschen würde. Nach Webers Meinung würde die weitere Existenz einer privaten Bürokratie bis zu einem gewissen Grade eine gegenseitige Kontrolle mit der Staatsbürokratie erlauben. Aber die Vernichtung des Privatkapitalismus würde eine einzige Staatsbürokratie bringen, die zu einer härteren Herrschaft führen würde.

47 Leo Trotzki: Verratene Revolution.

48 Bezüglich der Verfassung von 1918 schreibt Carr: „Die Deklaration des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes war keine Charta der Rechte im traditionellen Sinn sondern eine Proklamation der Wirtschafts- und Sozialpolitik, weshalb sie nicht irgendeine formale Gleichheit der Rechte beachtete. Es gab so eine Tradition in der Russischen Verfassung nicht, da die Subjekte des Zarismus in fünf gesetzlich festgelegte „Hierarchien“ geteilt waren, von denen jede einen eigenen gesetzlichen Status hatte.“ Das waren der Adel, der Klerus, die Kaufleute, das Kleinbürgertum (Ladenbesitzer, Handwerker, Angestellte) und Bauern. Das städtische Proletariat hatte keinen gesetzlichen Status. „Diese Unterschiede wurden abgeschafft und eine einzige gesetzliche Kategorie von Bürgern wurde eingeführt.“ Die Deklaration proklamierte auch: „Die allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse beachtend entzieht die RSFSR allen Individuen oder bestimmten

Gruppen alle Privilegien, wenn sie zum Schaden der sozialistischen Revolution sind.“ Carr, E. a.a.O., S. 159-160

49 Artous, A. ebd., Seite 188.

50 Dieser Standpunkt des Übergangs von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich als Fortschritt des Klassenbewußtseins wurde auch von Lukacs' Richtung des westlichen Marxismus entwickelt.

⁵¹ Karl Marx – Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. Teil II: Proletarier und Kommunisten.

52 In den letzten paar Jahren wurde der Versuch unternommen, Lenin als politischen Strategen von Strömungen der Linken aus dem postmodernen Spektrum zu „beanspruchen“. Dabei wird die Autonomie des Politischen unterstrichen und wie er das strategische Moment einsetzte. Das entspricht der Linie von A. Badiou's Theorie der Auflösung.

53 Lenin, V.I. Nuestras tareas y el soviet de diputados obreros (Carta a la redacción), Editorial Cartago, Buenos Aires, 1969, Tomo X, S. 13. Eigene Übersetzung

54 Die falsche Position, die Trotzki in seiner Jugend vertrat, führte ihn näher zum Standpunkt der „Partei als Klassenagentur“. Sein Haltung zur Versöhnung zwischen Bolschewiki und Menschewiki führte ihn auch dazu, scharf gegen Lenin zu opponieren, weil er dessen Standpunkt zur Partei als Ersatz für die Selbstaktivität des Proletariats betrachtete. Aber Trotzki überwandt diese fehlerhaften Standpunkte, um schließlich mit Lenin auf der Linie übereinzustimmen, auf der einen Seite die Sowjets und auf der anderen Seite die Partei zu haben. Das führte ihn dazu, der bolschewistischen Partei am Vorabend der Oktoberrevolution beizutreten.

55 Leo Trotzki: Verratene Revolution.

56 Leo Trotzki: Verratene Revolution.

57 Leo Trotzki: Das Übergangsprogramm

58 Artous, A. ebd. Seite 317.

59 Artous, A. ebd. Seite 380.

60 Leo Trotzki: Das Übergangsprogramm. Minimalprogramm und Übergangsprogramm

61 Leo Trotzki: Verratene Revolution.

62 Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution, Band 1: Februarrevolution

63 Auszug aus der Konferenz von Ernesto Laclau in der Geisteswissenschaftlichen Fakultät (Buenos Aires) am 15. Juli 2003. Unter der Adresse <http://www.fsoc.uba.ar> zu finden.

Internationale
Strategie

Publikation der Trotzkiistischen Fraktion - für die Vierte Internationale